

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Kärntner Landtages – 32. Gesetzgebungsperiode
Mittwoch, 06. Juni 2018

Inhalt

Fragestunde (S. 206)

Aktuelle Stunde (S. 214)

Antragsteller: ÖVP-Klub

Thema: „Straßenbau-Offensive für Kärnten“

Redner: Malle (S. 215), Seiser (S. 216), Darmann (S. 217), Köfer (S. 218), Gruber (S. 220), Tiefnig (S. 221), Trettenbrein (S. 222), Hueter (S. 223), Köchl (S. 225), Pirolt (S. 226), Häusl-Benz (S. 227), Leikam (S. 228)

Gedenkminute für verst. Abgeordneten a.D. Ing. Hubert Polster (S. 229)

Tagesordnung (S. 229)

Ldtgs.Zl. 177-6/32:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2018 sowie des Stellenplanes des Landes Kärnten 2018, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2018 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 K-LVG

Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut (S. 230)

Ldtgs.Zl. 54-4/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landesrätin Schaar betreffend Novelle Naturschutzgesetz im Rahmen der Angelfischerei

Mündliche Beantwortung durch Landesrätin Schaar (S. 242)

Redner: Staudacher (S. 243), Schaar (S. 244)

Mitteilung des Einlaufes (S. 245)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 245)

1. Ldtgs.Zl. 177-13/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Finanzkontrolle: Haushaltsreform – Finanzen – Landesbeteiligungen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Lobnig (S. 245)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 246)

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement (S. 246)

2. Ldtgs.Zl. 107-5/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend sofortige Umsetzung des Digitalfunks in Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Staudacher (S. 246), Gaggl (S. 247), Köchl (S. 248)

Die Zuerkennung zur Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 248)

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden, Feuerwehren und Katastrophenschutz (S. 248)

B) Dringlichkeitsanfrage (S. 248)

Ldtgs.Zl. 54-5/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landesrätin Schaar betreffend Natura 2000 – Mitspracherecht der betroffenen Grundeigentümer

Zur Begründung der Dringlichkeit: Staudacher (S. 249)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 249)

Mündliche Beantwortung durch Landesrätin Schaar (S. 250)
 Redner: Hueter (S. 251)
 Zur Geschäftsordnung: Darmann (S. 251, 253), Malle (S. 253)

C) Anträge von Abgeordneten (S. 253)
 D) Schriftliche Anfragen (S. 254)

Beginn: Mittwoch, 06.06.2018, 09.04 Uhr

Ende: Mittwoch, 06.06.2018, 12.45 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.04 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**,
 Zweiter Präsident **Strauß**, Dritter Präsident
Lobnig

A n w e s e n d : 33 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Burgstaller, Leyrouz, Benger**

M i t g l i e d e r d e r L a n d e s r e g i e r u n g :
 Landeshauptmann **Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Schaunig-Kandut**, Landesrätin **Schaar**, Landesrat **Fellner**, Landesrat **Gruber**, Landesrat **Zafoschnig**

B u n d e s r ä t e : **Novak, Leitner, Appè, Ofner**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur vierten Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese hiermit! Ich begrüße alle anwesenden Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann Dr. Kaiser, die Stellvertreterin Dr. Prettner, die Stellvertreterin Dr. Schaub, ebenso wie die Landesräte Mag. Sara Schaar und Ing. Daniel Fellner, den Herrn Landesrat Gruber und den Herrn Landesrat Mag. Zafoschnig! Ich darf die anwesenden Bundesräte begrü-

ßen, die vollzählig an der heutigen Sitzung teilnehmen! Für die Landesamtsdirektion darf ich den Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzler sehr herzlich begrüßen, ebenso den Direktor des Rechnungshofes, wie ich natürlich auch auf unserer Zuhörergalerie die anwesenden interessierten Damen und Herren begrüße, auch die Medienvertreterinnen und -vertreter, die die Sitzung live mitverfolgen oder via Livestream die Möglichkeit nutzen, unsere Landtagssitzung heute entsprechend mitzuverfolgen! Da gibt es natürlich interessierte Kärntnerinnen und Kärntner und darüber hinaus Menschen, die Interesse an der Landespolitik in Kärnten haben und auch via Livestream dabei sind, herzlich begrüßt und willkommen! Für die heutige Sitzung entschuldigt sind der Stellvertretende Klubobmann Abgeordneter Mag. Christian Leyrouz, Abgeordneter Dipl.-Ing. Christian Benger und Abgeordneter Herbert Gaggl. Der Landtag ist beschlussfähig. Im Mai habe ich noch einen offenen Geburtstag zu vermelden. Am 30. Mai hat unser Bundesrat Bürgermeister Günter Novak seinen Geburtstag gefeiert. Alles Gute, viel Gesundheit, gutes Gelingen bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, die sowohl als Bürgermeister wie auch als Bundesrat auf ihn warten!

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur

Fragestunde

Es liegt eine Reihe von mündlichen Anfragen vor, nämlich insgesamt vier. Erste Anfrage:

1. Ldgts. Zl. 12/M/32:

Anfrage der Abgeordneten Dieringer-Granza an Landeshauptmann Kaiser

Ing. Rohr

Ich darf Sie bitten, vom Rednerpult aus die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Einen wunderschönen guten Morgen wünsche ich allen Damen und Herren hier im Hause und natürlich all jenen, die uns über dem Bildschirm folgen! Beginnen möchte ich mit einem Zitat, das meiner Meinung nach äußerst gut zur derzeitigen politischen Situation hier in Kärnten passt. Es stammt vom bekannten deutschen Dichter Johann Wolfgang von Goethe: „Die Botschaft hör‘ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Denn in den ersten Sitzungen hier in Klagenfurt ist seitens der beiden Regierungsparteien immer wieder ein Wort gefallen wie „Transparenz“, eine andere Aussage wie „Rechte der Opposition“, „Einsicht in die Akten“ und so weiter. Doch beinahe täglich werden wir nun vor neue Tatsachen gestellt, die beweisen, dass tatsächlich alles nur eine Botschaft war beziehungsweise ist. Ein gutes Beispiel dafür ist die Neubesetzung des Theaterausschusses, daher meine Frage:

Warum wurde von der langjährigen und gut bewährten Praxis abgegangen, die Nominierung der Mitglieder des Theaterausschusses der Stadttheater Klagenfurt OG nach dem Stärke-Verhältnis der im Landtag vertretenen Parteien (d'Hondtsches Verfahren) vorzunehmen? (3. Präs. Lobnig: Gute Frage!)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung dieser Anfrage!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Ich möchte zu dieser Frage ebenfalls mit einem Zitat antworten, das die Verbundenheit des Kärntner Landtages mit der durchgeführten Verfassungsreform sehr deutlich ausdrückt. Es stammt in dem Fall nicht von Goethe, sondern es stammt von Ernst Bloch, der meinte: „Die Hoffnung ist in das Gelingen verliebt und nicht in das Scheitern.“ Genau das haben wir aus dieser Kärntner

Landesverfassung mit auf den Weg genommen, die das erste Mal den Proporz im Bundesland Kärnten abgeschafft und damit eine klare Regierungskoalitionszuordnung in den Rollen vorgenommen hat. In diesem Zusammenhang wurde auch entschieden, dass dort, wo Exekutiventscheidungen zu treffen sind, die jeweiligen Gremien nach der Zusammensetzung der Kärntner Landesregierung zu bestellen sind. Das gilt im Besonderen auch für Aufsichtsräte beziehungsweise in dem Fall den Theaterausschuss, der ja eine ganz besondere Funktion miteinnimmt und der eng verbunden ist auch mit der Exekutivfunktion, die es in diesem Haus bei der Kärntner Landesregierung gibt. Genau dem haben wir auch Folge geleistet. Es ist daher logisch, dass die Zusammensetzung der beiden Eigentümervertreter des Landes Kärnten und der Stadt Klagenfurt, übrigens im Verhältnis 60 zu 40, also sechs Aufsichtsräte, nominiert vom Land Kärnten, das Land Kärnten repräsentiert durch die Kärntner Landesregierung sowie vier aus dem Bereich des Stadtsenates der Stadt Klagenfurt. Genau diese Zusammensetzung haben wir gewählt. Die haben wir in der letzten Regierungssitzung, in der vorletzten Regierungssitzung, ich korrigiere mich, eingebracht und haben sie auch einstimmig beschlossen. Bis dieser Theaterausschuss in seiner konstituierenden Sitzung, die jetzt gerade terminisiert wird, neu in Kraft tritt, hat der alte Theaterausschuss noch die Verantwortung und die Geschäfte zu führen. Wir werden das in Bälde auch bereinigt haben. Dann sehe ich eigentlich sehr hoffnungsvoll der zukünftigen Spielsaison oder den Spielsaisonen entgegen.

Erlauben Sie mir aber auch sehr wohl einen Satz, weil ich mich sehr gefreut habe über diese Anfrage, weil sie signalisiert, dass die Freiheitliche Partei auch im Bereich der Kultur, des Theaterwesens in Kärnten eine positive Rolle und Mitgestaltung einnehmen wird: Wir werden versuchen, all das, was auf dieser Ebene von Bedeutung ist und budgetärer Natur sein wird, dem Kärntner Landtag mit vorzulegen, damit wir damit auch signalisieren, dass Kultur eine sehr breite Angelegenheit ist. Ich kann Ihnen versprechen, Frau Abgeordnete, dass Sie viele Gelegenheiten haben werden, auch nicht zuletzt durch meine Initiativen, die Kulturpolitik des Landes auch in ausreichender und entsprechender Form zu unterstützen! Kärnten braucht manchmal eine

Kaiser

geschlossene Politik, um auch kulturpolitisch voranzukommen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich bei der SPÖ und bei der ÖVP nicht, dann hat die Anfragerstellerin die Möglichkeit, die Zusatzfrage zu stellen. Ist das gewünscht? (*Abg. Dieringer-Granza: Ja!*)

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Kurz darauf ein interessantes Zitat als Gegenantwort, darauf möchte ich nur kurz eingehen: „Angst vor dem Scheitern muss man nie haben, aber kritikfähig sollte man immer bleiben.“

Jetzt aber zu meiner Zusatzfrage. Dem Prozess der Intransparenz werden wir Freiheitliche hier im Landtag nicht tatenlos zuschauen, auch nicht der Entdemokratisierung, daher nochmals Goethe: „Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen.“ Hier die Zusatzfrage, als Antwort genügt übrigens ein einfaches Ja oder Nein:

Entspricht es tatsächlich dem Demokratieverständnis der „Kärnten-Koalition“, dass die Partei, die von den Kärntner Wählern zur zweitstärksten Partei gewählt wurde, nicht aktiv an Entscheidungsfindungen in Gremien mitwirken kann, wo auch sehr große Summen an Steuer-geld vergeben werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Abgeordnete, ich darf Sie darauf aufmerksam machen – Sie sind neu im Landtag: Bei der Zusatzfrage ist es nicht mehr zulässig, eine entsprechende Begründung oder Kommentierung zu machen, sondern es ist gleich die Zusatzfrage zu stellen! (*3. Präs. Lobnig: Das war eine Einleitung, keine Begründung!*) Ich bitte Sie, das nächste Mal das auch so zur Kenntnis zu nehmen! (*Abg. Dieringer-Granza: Das ist mir neu!*) Selbstverständlich! In der Anfrage selbst gibt es die Möglichkeit einer entsprechenden Einleitung und dann bitte ich, zur Zusatzfrage zu kommen!

Sie haben diese jetzt gestellt. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, diese zu beantworten!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Das mache ich sehr gerne. Danke für die Großzügigkeit, Herr Präsident! Nachdem wir hier offensichtlich einen kulturellen Zitat-Wettstreit angehen, bin ich gerne bereit, mitzumachen. „Wenn zwei dasselbe tun, scheint es nicht das Gleiche zu sein.“ Ich werde versuchen, mit meiner Antwort, die ich ganz klar der Gewaltentrennung zugeordnet habe, dieselbe Frage über einen Abgeordneten der SPÖ im Nationalrat zu stellen. Ich bin sehr neugierig, wie die Bundesregierung darauf antworten wird! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als zweite Anfrage darf ich aufrufen:

2. Ldtgs.Zl. 13/M/32:

Anfrage des Abgeordneten Jantschgi an Landesrat Zafoschnig

Ich bitte ihn, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Jantschgi** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Bundesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Liebe Zuhörer hier im Saale und zu Hause im Internet! Einleitend möchte ich festhalten, dass der Kärnten Airport eine wichtige Säule für den Wirtschafts- und Tourismus-Standort Kärnten darstellt, deshalb ist die Kärntner FPÖ von Anfang an für die notwendigen Mittel für die Sanierung und den Ausbau in der Höhe von insgesamt 30 Millionen Euro eingetreten. Davon wurden bereits rund 15 Millionen Euro, finanziert eben durch Land und Stadt, in die Erneuerung der Landebahn investiert. Leider wurde die notwendige Finanzierungsentscheidung, welche schon im Jahr 2013 zu treffen gewesen wäre, jahrelang verschleppt. Erst seit Mitte 2016 ist die Freigabe von Seiten der Kärntner Landesregierung erfolgt. Durch diese Verzögerung wurden Schlie-

Jantschgi

Bungsgründe provoziert, was unter anderem auch ein Grund dafür war, dass der Flughafen in die Krise geschlittert ist. Im Zusammenhang mit der Investitionsentscheidung wurde im Frühjahr 2014 die international anerkannte Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger vom Land Kärnten und der Kärntner Beteiligungsverwaltung, in welcher Sie Vorstand waren, beauftragt, die Investitionsentscheidung zu prüfen sowie eine Handlungsempfehlung abzugeben und ein Flughafen-Zukunftskonzept zu entwickeln. Diese Prüfung samt Konzept hat rund 150.000,- Euro gekostet. Die externen Experten haben dem Land Kärnten empfohlen, diese Investition in der Höhe von rund 30 Millionen Euro aufgrund der enormen Wichtigkeit für den Wirtschaftsstandort Kärnten und des Potentials, insbesondere für den Kärntner Tourismus durchzuführen, dies allerdings zwingend unter den Bedingungen, dass das Flughafen-Zukunftskonzept mit all den Begleitmaßnahmen wie etwa der Gründung einer Flugtourismus-Incoming-Agentur, massivem Flugmarketing im Bereich der Zielmärkte und Shuttle-Förderungen in die Regionen insbesondere im Winter umzusetzen ist. Ohne diese Begleitmaßnahmen, so stellten die Projektprüfer fest, ist diese Investition nicht zu rechtfertigen. Dieses Zukunftskonzept wurde zusammen mit der Investitionsentscheidung noch im Geschäftsjahr 2014 in der Kärntner Landesregierung beschlossen. Aus dem Protokoll sowie der zugrunde liegenden Projektprüfung ergeben sich die Zuständigkeiten auf Ebene der Regierungsmitglieder. Das Flughafen-Zukunftskonzept beziehungsweise die im Hinblick auf die Investitionen zwingend notwendigen Begleitmaßnahmen wurden allerdings bis jetzt nicht umgesetzt, deshalb befindet sich der Kärnten Airport seit dem Jahr 2013 im kontinuierlichen Sinkflug und hat in dieser Zeit weitere 100.000 Gäste pro Jahr verloren. Deshalb die Frage an Sie, Herr Landesrat Zafoschnig:

Wann und wie werden Sie als zuständiger Wirtschafts- und Tourismusreferent das Flughafen-Zukunftskonzept, welches von Roland Berger entwickelt und bereits im Jahr 2014 in der Regierungssitzung beschlossen wurde und welches Grundlage für die Investitionsentscheidung am Kärnten Airport war, endlich umsetzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, ich bitte Sie, diese Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Zafoschnig** (ÖVP):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause und auf der Tribüne! Sehr geehrter Landtagsabgeordneter Jantschgi! Danke für diese Anfrage, die aufgrund der Entwicklungen in der letzten Zeit sehr, sehr aktuell ist! Ich darf vielleicht eingangs ein paar allgemeine Ausführungen voranstellen. Die Studie, die Sie erwähnt haben, wurde im Jahr 2014 erstellt, das heißt, sie beruht auf einem damaligen Investitionsprogramm, auf einem damaligen Businessplan der damaligen Geschäftsführung der Kärntner Flughafen Betriebs-gesellschaft. Das heißt, die Studie ist jedenfalls nicht mehr aktuell, was die Grundparameter anbelangt. Zwischenzeitlich hat es ja, Gott sei Dank, auch Entscheidungen, Entwicklungen am Flughafen gegeben.

Zum Flughafen selbst, Sie haben es einleitend erwähnt: Er ist eine tragende Säule der Wirtschaft, aber auch des Tourismus, aber auch des Landes Kärnten. Er ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung für alle Kärntnerinnen und Kärntner. Die Bedeutung steht wohl außer Streit, das sieht man auch am Bekenntnis dazu im Regierungsprogramm. Konkret in Bezug auf die Studie ist es vielleicht sinnvoll, einmal einen Blick darauf zu werfen, was tatsächlich schon alles umgesetzt wurde. Grundsätzlich musste man einmal die Landebahn sanieren. Das ist erfolgt. Das ist einfach das Um und Auf dafür, dass der Flughafen fortbesteht. Es gab, das habe ich recherchiert, 2015 auch eine Ausschreibung für eine Incoming-Agentur. Die Bewerber haben sich dann aber zurückgezogen, weil eben die Diskussion um die Teilprivatisierung hier auch begonnen hat. Es gab weiterhin – das ist auch eine Empfehlung aus der Studie – ein Ticket Pooling zwischen „Kärnten Werbung“, „German Wings“ und dem Flughafen, wo die Betriebe, die Tourismusbetriebe entsprechend Tickets auch kaufen konnten. Das wird jetzt umgestellt. Man kann Tickets direkt dort kaufen. Es gab gemeinsame Marketing-Schwerpunkte der Tourismus-Regionen, aber auch der „Kärnten Werbung“. Es gibt auch eine eigene Person in der „Kärnten

Zafoschnig

Werbung“, die für die Unterkunftsgeber zur Verfügung steht, wenn es Schwierigkeiten bei Buchungen von Tickets gibt. 2015, 2016, 2017 gab es entsprechende Investitionen seitens des Landes, aber auch der „Kärnten Werbung“ in das Städtemarketing. Auch im Jahr 2018 gibt es entsprechende Investitionen für den Marketing-Schwerpunkt Stadtmarketing, und zwar zielgerichtet auf jene Städte, wo eben Flugverbindungen bestehen. Es gibt neue Destinationen im Winterflugplan – London, Moskau, Vilnius, Rotterdam. Die sind jetzt entsprechend schon teilweise buchbar, aber auch in Diskussion für Ausweitungen. Das heißt, es gab bereits Maßnahmen. Alle diese Maßnahmen, die sich auch in der Studie wiederfinden, haben zu Frequenzsteigerungen geführt. Im Zeitraum Jänner bis Mai 2018 gab es eine Steigerung bei den Passagierzahlen von 8,93 Prozent. Zwischenzeitlich gibt es einen neuen privaten Miteigentümer, Mehrheitseigentümer. Das heißt, die Situation hat sich wesentlich geändert. Es wird zukünftig aufgrund der neuen Eigentümer-Struktur die weitere Vorgangsweise auch festzulegen sein. Gefordert sind alle Bereiche, nicht nur Tourismus, nicht nur Wirtschaft. Auch Verkehr, Mobilität sind hier entsprechend wichtig und zu berücksichtigen.

Abschließend möchte ich noch festhalten, dass sich, ich glaube, alle Stakeholder dessen bewusst sind, welche Chancen die neue Eigentümer-Struktur mit sich bringt, denn wir haben erstmals einen Eigentümer, einen Mehrheitseigentümer, der auch Unternehmer ist! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich bei der SPÖ nicht, bei der ÖVP nicht. Dann hat der Anfragersteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Jantschgi** (FPÖ):

Gerne! Herr Landesrat Zafoschnig, Sie haben gewisse Sachen schon aufgeklärt, wie Sie das beleben wollen. Aber trotzdem möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass eben in der Blütezeit 500.000 Gäste befördert wurden, es jetzt

mittlerweile, wie gesagt, 100.000 weniger sind oder dementsprechend mehr, obwohl die Nächtigungszahlen im Tourismus gestiegen sind. Wer trägt hierfür aus Ihrer Sicht die Verantwortung? Wie wollen Sie den Flughafen als wichtige Säule für die Kärntner Tourismuswirtschaft wiederbeleben?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Zafoschnig** (ÖVP):

Ich darf noch einmal auf die erste Beantwortung zurückverweisen, dass es viele, viele Maßnahmen dafür gibt, wer dafür verantwortlich ist. Das Reiseverhalten der Touristinnen und Touristen ist primär dafür verantwortlich, weil die meisten Reisenden mit dem Auto nach Kärnten kommen. Daran gilt es zu arbeiten. Aber die Maßnahmen, die bereits getätigt wurden, zeigen, wenn man die Personen anspricht, wenn man sie informiert, dass es Fluglinien gibt, dass sie dann auch genutzt werden. Das zeigt auch die Steigerung, die es eben gegeben hat. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur nächsten Anfrage 3:

3. Ldtgs.Zl. 14/M/32:**Anfrage des Abgeordneten Pirolt an Landesrat Gruber**

Ich darf ihn bitten, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Pirolt** (FPÖ):

Sehr geehrte Abgeordnete! Werte Regierungsbank! Herr Präsident! Ich werde nicht mit Zitaten herumschmeißen, weil ich habe keine Zeit gehabt, bei Google nachzuschauen, (*LH Kaiser: Ich auch nicht!*) ob es eines gäbe! Das habe ich jetzt gar nicht so gemeint, Herr Landeshauptmann!

Pirolt

Herr Landesrat, das Thema „Wolf“ und so weiter oder der Wolf an sich hat es, glaube ich, gar nicht verdient, dass er medial so herhalten muss, dass er eine politische Bühne bietet.

Herr Landesrat, wann werden Sie als zuständiger Referent endlich einen Lösungsansatz hinsichtlich einer ordentlichen Dotierung des bereits beschlossenen Schadensfonds vorlegen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, ich darf Sie bitten, diese Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Lieber geschätzter Abgeordneter, lieber Franz! Ein herzliches Dankeschön für diese Anfrage, die ich natürlich auch gerne beantworte! Die Novelle des Kärntner Jagdgesetzes wurde am 06. Februar 2018 im Landesgesetzblatt 13/2018 kundgemacht und ist mit 01. März 2018 in Kraft getreten. Bezüglich der von dir angesprochenen Dotierung zum beschlossenen Schadensfonds kann ich mitteilen, dass das ein wesentlicher Punkt auch bei uns in den Budgetverhandlungen war und für das Budget 2018 auch eingepreist worden ist. Das Ergebnis aus diesen Budgetberatungen und der Vorschlag der Kärntner Landesregierung ist ein Beitrag von 96.000,- Euro für die Abgeltung von Schäden, die durch ganzjährig geschonte Wildarten verursacht werden. Dieser Betrag entspricht auch dem Verhandlungsergebnis zur Novelle des Kärntner Jagdgesetzes, das davor stattgefunden hat und eingepreist worden ist. Das steht auch so im Jagdgesetz. Wenn das Budget 2018 von Seiten des Kärntner Landtages beschlossen wird, steht diese Summe dann auch zur Abgeltung dieser Schäden zur Verfügung. Betonen möchte ich aber, dass es sich hier um eine erste Dotierung handelt. Sollten mehr Schäden auftreten, als durch die Mittel im Schadensfonds dann auch beinhaltet sind, werden sie dann über das laufende Budget abgedeckt und dieser Betrag wird dann erhöht. Auch das wurde koalitionsär und in der Regierung so vereinbart.

Weiters habe ich bereits – und das war gleich kurz nach Übernahme dieser Funktion – auch

den Verfassungsdienst damit beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Schadensfonds zur Abgeltung von Schäden durch ganzjährig geschonte Wildarten auszuarbeiten. Ein erster Arbeitsentwurf liegt bereits vor. Der nächste Schritt ist der Start der offiziellen Begutachtung und damit die Einrichtung des Fonds, und das so schnell wie möglich, damit das Gesetz beschlossen werden kann. Bis zum Beschluss des Kärntner Wildschadensfonds werden alle Schadensmeldungen wie gewohnt durch das Amt der Kärntner Landesregierung aufgenommen und behandelt. Sobald der Beschluss dann in weiterer Folge auch vorliegt, werden diese Schäden auch ausbezahlt. Es braucht somit niemand Sorge zu haben, dass er um seine Entschädigung umfällt. Damit kann ich als kurz in Zuständigkeit befindlicher Jagdreferent die erforderliche Bedeckung sicherstellen. Im Vergleich hat es neun Jahre Freiheitlicher Referatszuständigkeit inklusive vier Jahre Diskussion zur Novelle des Jagdgesetzes gebraucht, bis diese Novelle überhaupt beschlossen werden konnte. Ich glaube, das haben wir recht schnell umgesetzt. Wir sind auch mittendrin. Ein ganz wichtiges Anliegen ist auch die Bedeckung dieser Schäden und vor allem, dass die Bedeckung dieser Schäden von den Jägern erstens weggenommen ist und alles, was dort von der Versicherung nicht getragen wurde, dass es dann eine Kulanzlösung war, aus „Nettigkeit“ dann abgegolten wurde. Deshalb ist es so wichtig, jetzt wirklich das Wildschadensfondsgesetz auf die Reise zu bringen, um dann auch wirklich arbeiten zu können. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich weder bei der SPÖ, noch bei der ÖVP. Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Pirolt** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich glaube, ich muss regulierend eingreifen. Die € 96.000,- stehen jedenfalls einmal nicht in der Jagdgesetz-Novelle. Punkt Eins. Aber, Herr Landesrat, Sie wissen, dass die Forderung der Kärntner Fischer

Pirolt

in etwa einen Schaden beziffert, der in die Millionen geht. Herr Landesrat:

Wie gedenken Sie, mit diesen Forderungen umzugehen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, ich bitte nach Möglichkeit um Beantwortung!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Im Jagdgesetz steht, dass der Wildschadensfonds mit sechs Prozent der Jagdabgabe bedeckt sein soll. Das sind momentan € 96.000,--, deshalb ist das schon korrekt, was ich ausgeführt habe. Zu den Forderungen der Fischer: Es gibt Schäden, das ist selbstverständlich, aber diese müssen erhoben werden, (*Abg. Staudacher: Sie müssen bewiesen werden, Herr Landesrat!*) diese müssen bewiesen werden! Es muss eine Grundlage da sein, um dem auch nachzugehen. Das wird die Grundlage dafür sein, auch darüber zu diskutieren, wieviel erstens aus dem Wildschadensfonds kommen könnte. Und die Richtlinien zum Wildschadensfonds sind ja auch erst in Ausarbeitung. Da genau auf etwas einzugehen, was gerade erst im Entstehen ist, was schon in der Möglichkeit meines Vorgängers als Jagdreferent gelegen ist, das herzurichten und auszugestalten, da muss ich schon einmal gravierend darauf hinweisen: Ich bin seit nicht ganz zwei Monaten im Amt und im Dienst und schon kurz vor der Fertigstellung dieses Wildschadensfonds und auch der Ausarbeitung der Richtlinien und der Abgeltung der vorhandenen Schäden! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Anfrage Nummer 3 erledigt. Wir kommen zur vierten Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 15/M/32:**Anfrage des Abgeordneten Stauda-****cher an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner**

Ich erteile ihm vom Rednerpult aus das Wort!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Werte Regierungsbank! Geschätzte zuständige Frau Referentin Prettner! Wie ja bekannt ist, ist der Regionale Strukturplan Gesundheit nicht unbedingt ein großer Wurf und es gibt einen massiven Verlierer, das ist der Bezirk Spittal. Die regionalen Abgeordneten kennen die Problematik. Wir sind im Bereich der Fachärzte unterversorgt. Wir haben eine Riesenthematik im Bereich der Hausärzte. Wir haben Kassenstellen verloren. Und unser zentraler Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung, das Krankenhaus Spittal, welches, (*Abg. Scherwitzl: Wie heißt die Gesundheitsministerin?*) geschätzte Damen und Herren, das einzige Krankenhaus im KABEG-Verbund ist, welches privat geführt ist und schwarze Zahlen schreibt, wurde auch (*Es herrschen Lärm und Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Lobnig: Das müsst ihr aushalten!*) entgegen des Kärnten-Schnitts bei der Reduzierung der Betten gekürzt. Deswegen meine konkrete Frage, Frau Referentin, indem ja die mediale Berichterstattung so ist, dass es zu einer Übernahme kommen soll und die Verunsicherung in der Bevölkerung natürlich sehr groß ist:

Wie werden Sie verhindern, dass durch die seit Monaten währende Rechtsunsicherheit über die künftigen Besitz- und Betriebsführungsverhältnisse des Krankenhauses Spittal negative Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Oberkärntner Bevölkerung entstehen? (*KO Darmann: Gute Frage!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Werte ZuhörerInnen auf der Tribüne! Die politische Wahrheit liegt immer im Auge des Betrachters. Naturgemäß sehe ich den RSG 2015/2020 ganz anders, nämlich auch sehr erfolgreich. Gerade gestern haben wir in der Zielsteuerung auch ausführlich über die Zwischenevaluierung diskutiert und haben diesen Zwischenbericht bekommen. Eines vorweg, kein einziges Krankenhaus - oder zeigen Sie mir dieses Krankenhaus, das schwarze Zahlen ausweisen kann. Denn jedes unserer elf Fonds-Krankenanstalten ist abhängig einerseits von einer LKF-Finanzierung und andererseits von Summen, die zum Abgang, zum Beispiel zum Nettogebärungsabgang – im Krankenhaus Spittal heißt das Pauschalvertrag. Das heißt, hier werden diese Leistungen, die nicht durch LKF-Punkte abgedeckt werden, von Seiten des Landes finanziert. Nur so ist es sichergestellt, dass unsere Gesundheitsversorgung auch für die Zukunft gesichert ist. Das gilt für alle Spitäler in Kärnten, auch für das privat geführte in Spittal. Insofern kann erfolgreiche Gesundheitspolitik nur mit Unterstützung der Öffentlichkeit und mit der dementsprechenden Sensibilisierung stattfinden.

Das Krankenhaus Spittal hat 210 Betten, 6 Fachrichtungen, 480 Beschäftigte. 15.000 stationäre PatientInnen wurden im Jahre 2017 und 43.000 ambulante PatientInnen im Jahr 2017 versorgt. Dementsprechend ist es eines der wichtigsten Gesundheitsdienstleister in Kärnten, genau genommen der viertgrößte Standort eines Krankenhauses. Dieses Haus steht im Dienste der medizinischen Versorgung der Oberkärntner Bevölkerung. Warum ist das möglich? Wenn man sich zurückerinnert – Sie waren auch bei der 90-Jahr-Feier des Krankenhauses Spittal – 1925 wurde hier ein ehemaliges Gasthaus von zwei Ärzten übernommen, die die medizinische Versorgung im Oberkärntner Raum in die Hand genommen haben. Seit dem Jahr 1948 ist die Familie Samonigg maßgeblich im operativen Bereich hier tätig. Es gab einen Primarius Hermann Samonigg, der dieses Krankenhaus geführt hat, weiterentwickelt hat und es gab – ganz entscheidend – die Partnerschaft des Landes Kärnten. Auch der damalige Bürgermeister Köfer war maßgeblich in die Entwicklung dieses Standortes

involviert, (*Abg. Köfer: Jawohl!*) hat mitgekämpft, damit dieser Standort weiterentwickelt wird. Dieses Ausbau-Programm, das 2005 gestartet und 2012 weitgehend abgeschlossen wurde, hat sichergestellt, dass dieses ehemalige Gasthaus weiterentwickelt wurde zum modernsten Klinikum nicht nur in Kärnten, sondern in Österreich, ich würde sagen, in gesamt Europa! Das Land Kärnten unterstreicht seine Wichtigkeit für dieses Krankenhaus, indem es die Finanzierung auch sichert, nämlich, dass es infrastrukturelle Ausbau-Maßnahmen gibt wie die Weiterentwicklung und Modernisierung dieses Hauses, dass es zum Beispiel einen Großgeräte-Plan gibt mit einem MRT-Gerät, das dort abgesichert ist, das eines der modernsten Kärntens ist, mit einem CT-Gerät, das auch eines der modernsten Kärntens ist. Und vor allem, und das muss man immer wieder dazusagen, die Infrastruktur ist das Eine, aber voll motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sicherstellen, dass die Oberkärntner Bevölkerung bestens versorgt ist, das ist auch das, worauf ich in Zukunft hinmöchte, dass diese Versorgung auch für die Zukunft sichergestellt ist. Daran arbeiten wir. Es gab zum Beispiel im Jahr 2017, was die Finanzierung betrifft, 11,9 Millionen Euro seitens des Landes Kärnten, (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) was die Finanzierung sichergestellt hat und über die LKF-Finanzierung 27,3 Millionen Euro. Das heißt, mit 40,3 Millionen Euro war die Finanzierung für die Gesundheitsversorgung der Oberkärntnerinnen und Oberkärntner sichergestellt. Wir haben mit der Krankenhaus-Betriebsgesellschaft, mit der AHS-Gruppe, nach wie vor alle Verträge aufrecht. Alle Leistungen, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die fünf Minuten sind verbraucht!*) die erbracht wurden, wurden auch finanziert. Das stellt auch sicher, dass diese Dienstleistungen für die Zukunft sichergestellt sind! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich bei der SPÖ nicht, bei der ÖVP nicht. Dann hat der Anfragesteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, das mache ich sehr gerne, Herr Präsident! Vorab einmal Danke für die Grußworte! Aber um jetzt zu konkretisieren, Frau Referentin: Können Sie konkret ausschließen, dass es in Zukunft zu Kürzungen im medizinischen Angebot im Spittaler Krankenhaus kommt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettnner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Ich möchte noch einmal bekräftigen, dass mir die beste Gesundheitsversorgung im Oberkärntner Raum, aber auch insgesamt in Kärnten das Wichtigste ist, deshalb bin ich auch in dieser Position! Ich versuche, das auch dementsprechend darzulegen, dass das für die Zukunft gesichert ist. Der Standort Spittal ist mir ein großes Anliegen, weil er einen sehr, sehr großen Versorgungsbereich hat und wie gesagt, sehr, sehr gute Leistungen auch erbringt. Es besteht für das Krankenhaus Spittal keine Rechtsunsicherheit! Alle Verträge – der Vertrag der Finanzierung über den Pauschalvertrag, aber auch die Zusatzvereinbarungen, wir haben Zusatzvereinbarungen mit dem Krankenhaus Spittal im Sinne des Personals, im Sinne der onkologischen Versorgung, die zunehmend eine Herausforderung darstellt, es gibt zusätzliche Verträge, alle diese Verträge sind aufrecht, werden vom Land Kärnten eingehalten. Die Basis dafür ist die LKF-Finanzierung, die bundesweit auch Gültigkeit hat. Alle Zahlungen erfolgen vertragsgemäß pünktlich. Negative Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Oberkärntner Bevölkerung sind nicht abhängig von

der derzeitigen oder künftigen Besitz- oder Betriebsführung des Krankenhauses Spittal. Das Krankenhaus Spittal ist – unabhängig von den Eigentumsverhältnissen – an die Planvorgaben des RSG Kärnten 2020 gebunden. Wir haben gestern auch den Beschluss gefasst, die nächste Periode schon zu planen, 2020 bis 2025. Der RSG Kärnten ist ein bedarfsorientierter Gesundheitsplan, der auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet ist. Das ist mein Ansinnen. Ich bitte Sie als politische Mitbewerber, davon Abstand zu nehmen, in der Gesundheitsversorgung negative Diskussionen auszulösen, in der Bevölkerung Unsicherheit auszulösen! (*Abg. Trettenbrein: Das macht wohl ihr!*) Gesundheit sollte nicht missbraucht werden zu politischen Debatten! (*Abg. Trettenbrein: Das machst du selber! Weniger Postenschacher machen, mehr auf die Gesundheit schauen!*) Ich habe auch das Beispiel Ihres Bundespartei-Vorsitzenden nicht sehr rühmlich gefunden, dass er das Rauchen zu einem unabdingbaren Muss einer Koalition gemacht hat und damit die österreichische Bevölkerung bewusst gesundheitsgefährdet. Das ist nicht mein Zugang zu Gesundheitspolitik! (*KO Darmann: Wahlrecht! Selbstbestimmung! Verhinderung staatlicher Bevormundung!*) Halten Sie bitte die Gesundheit aus dem politischen Alltagsgeschäft heraus! Sie ist viel zu kostbar, sie ist ein viel zu großer Wert, mit dem man nicht politisch spielt, und das sage ich aus vollster Überzeugung! Als Gesundheitsreferentin sage ich es, auch als ausgebildete Ärztin! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir alle vorliegenden Anfragen in der Fragestunde abgearbeitet.

Wir kommen nun zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Landtagsklubs vor, der nach dem Rotationsprinzip dieses Mal an der Reihe ist. Das Thema lautet, „Straßenbau-Offensive für Kärnten“. Es gilt

eine Redezeit von fünf Minuten, auf die ich hinweisen möchte. Wir haben in der Präsidiale vereinbart, dass seitens der Regierung der zuständige Referent, Martin Gruber, ebenso die Mög-

Ing. Rohr

lichkeit haben sollte, das Wort zu ergreifen. Wir haben nun 09 Uhr 40 Minuten, wo wir die Aktuelle Stunde starten. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klubobmann Markus Malle. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Danke vielmals, Herr Präsident! Liebe Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen! Werte Regierungsbank! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Kärnten hat einen massiven Aufholbedarf, was die Infrastruktur unserer Straßen und Brücken angeht. Es ist so, dass man ja oft sagt, wenn man ein Projekt auf die „Rüttelstrecke“ führt, dass man so quasi überprüft, ob das Projekt auch den Anforderungen standhält. Leider ist es so, dass die Kärntnerinnen und Kärntner sehr oft über eine „Rüttelstrecke“ ihre persönlichen Wege in die Arbeit oder auch privat zurücklegen müssen. *(KO Darmann: Wer hat das erfunden?)* Es ist jetzt so, dass die vergangene Zeit ganz stark davon geprägt war, dass durch die Aufarbeitung des Hypo/HETA-Skandals die budgetären Mittel des Landes *(Abg. Staudacher: Peinlich!)* sehr rudimentär waren. Es ist aber unbedingt notwendig, um eine sichere Befahrbarkeit der Kärntner Landesstraßen wieder herbeizuführen und auch zu behalten, dass wir hier eine Aufstockung der finanziellen Mittel herbeiführen! Mir ist vollkommen klar, dass der vorherige Referent mit mehr Geldmitteln auch mehr bauen hätte können – no na nit! Ich glaube, dass es aber jetzt auch ein klarer Weg ist und eine klare Absichtserklärung dieser „Kärnten-Koalition“, dass die Budget- und Geldmittel für den Ausbau und die Sanierung der Kärntner Straßen über die gesamte Legislaturperiode erweitert werden. Das ist aus meiner Sicht schon aufgrund der Sicherheit ein absolutes Muss, weil es viele Situationen gibt, die aufgrund des Straßenzustandes zu einer Gefährdung der Autofahrerinnen und Autofahrer führen. Wir haben aber auch im wirtschaftlichen Bereich enorme Herausforderungen. Wenn ich mir die Situation auf der Windischen Höhe anschau, Verbindung zwischen Gailtal und Drautal, dann merken wir hier, dass der Straßenzustand zu einer tatsächlichen massiven Verlangsamung der Verkehrsströme führt, die im wirtschaftlichen Bereich auch negative Auswirkungen hat. Es gibt ja auch daneben angeführte gesetzliche Rahmenbedingungen wie die höchst-

zulässige Fahrzeit von LKW-Lenkern, die höchstzulässige Arbeitszeit und, und, und, die durch diese Verzögerungen nicht eingehalten oder schwer eingehalten werden können. Das heißt, da sieht man auch, dass diese Straßenzustände auch dazu führen können, dass andere gesetzliche Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden können.

Im touristischen Bereich sind die Straßen natürlich auch eine Visitenkarte des Landes Kärnten. Es geht ja hier auch um die Besucher unseres Bundeslandes, die nicht durchfahren, sondern die bei uns verweilen. Wir haben im letzten Jahr einen großen Boom im Camping-Tourismus gehabt. Wenn man dann mit so einem Camping-Anhänger unterwegs ist, ist es beim derzeitigen Zustand der Kärntner Landesstraßen manchmal schon auch sehr schwierig, hier sicher ans Ziel zu kommen und auch nicht zu Behinderungen für die anderen Verkehrsteilnehmer zu werden. Insofern bin ich wirklich froh und stolz, dass der zuständige Landesrat das Projekt in kürzester Zeit in Angriff genommen hat und auch bei den Budgetverhandlungen eine massive Ausdehnung – *(Zwischenrufe von KO Darmann und von Abg. Staudacher.)* eine massive Ausdehnung nicht nur der Zwischenrufe, die unpassend sind und einfach nur sind, damit man irgendetwas quakt, *(Abg. Trettenbrein: Weil sie wahr sind! – KO Darmann: Weil sie wehtun!)* sondern dass eine massive Ausweitung der Budgetmittel im Straßenbau erfolgen wird. *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* Danke vielmals, Herr Präsident! Es ist so, dass im heurigen Jahr, obwohl es ja nur noch ein Rumpffjahr ist, an die 7,7 Millionen Euro, also fast acht Millionen mehr an Budgetmitteln für die Erweiterung des Straßenbaus ausgegeben werden sollen und das Ganze nur, damit wir wirklich Schritte in die Richtung setzen, über die gesamte Periode mehr Geldmittel zu haben, also ein erster Schritt in die Straßenbau-Offensive des Landes, in Maßnahmen des Landes Kärnten, die fünf Jahre anhalten werden. Aber ein erster Schritt, hier fast acht Millionen Euro im heurigen Jahr zusätzlich auch zu verbauen, nicht nur zu planen, sondern auch tatsächlich zu verbauen. Ich denke, das haben sich die Kärntnerinnen und Kärntner verdient! Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der SPÖ, Abgeordneter Herwig Seiser. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Selbstverständlich macht sich auch beim Straßenbau, in der Verkehrsinfrastruktur jene Zeit bemerkbar, in der in Kärnten das Geld abgeschafft wurde. Aber ich möchte heute nicht eine wie immer geartete Umfahungsdiskussion führen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur, weil er anwesend ist, dem Direktor des Rechnungshofes ganz, ganz herzlich danken, der da in der Causa Bad St. Leonhard doch Schlimmstes verhindert hat! Vielen Dank, Herr Direktor! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Natürlich haben sich alle Referenten immer redlich bemüht, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln entsprechende Maßnahmen zu setzen. Einige habe sich redlich bemüht, einige haben sich besonders redlich bemüht. Das beschäftigt heute noch die Gerichte, aber das ist ein anderes Thema. Ich möchte eigentlich auf die tatsächliche Ursache kommen, warum die Verkehrsinfrastruktur in Kärnten und nicht nur in Kärnten, sondern in allen anderen Bundesländern und in allen mitteleuropäischen und europäischen Ländern ein riesengroßes Problem ist. Die Verkehrsinfrastruktur hat es einfach nicht geschafft, mit dem Verkehrsaufkommen und mit der Verkehrsleistung entsprechend mitzukommen. Das ist nicht passiert, da hätten unglaubliche Gelder investiert werden müssen, die keine Volkswirtschaft zur Verfügung hat. Nehmen Sie nur das Beispiel Kärnten. Wir haben in Kärnten 2.750 Kilometer Landesstraßen, wir haben 1.700 Brücken und wir haben 3.000 Mauern. Diese Strecken, diese Flächen, diese Bereiche entsprechend instandzuhalten, verlangt natürlich unglaubliche Gelder. 70 Prozent der Straßen befinden sich in der Güteklasse 3, 4 und 5. Das gilt es jetzt, mit intelligenten Methoden entsprechend aufzuarbeiten.

Bei dieser Gelegenheit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, lassen Sie mich den 630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Straßenbauämter, der Straßenmeistereien und der Abteilung 9 ein herzliches Danke und eine herzliche Anerkennung für ihre großartige Arbeit aussprechen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Um zu den Ursachen zurückzukommen - wir merken auch im Verkehrsbereich die Sünden der Raumplanung. Es gab ja früher so eine Regel, „zu jeder Milchkanne eine Landebahn zu bauen“. Das kann es nicht sein, dass alles asphaltiert, alles versiegelt und alles zubetoniert wird, weil das einfach finanziell nicht mehr machbar ist! Die Abteilung 9 bemüht sich natürlich, mit kostengünstigen Methoden, sprich mit Deckensanierungen, mit der Durchfräs-Technik hier kostengünstige Sanierungen durchzuführen. So ist es auch in den letzten zehn Jahren gelungen, den Straßenzustand in Kärnten, ich sage jetzt einmal, einigermaßen passabel zu halten. Dennoch ist es notwendig, und das ist ja heute schon gesagt worden, die finanziellen Mittel entsprechend anzupassen. Das passiert auch. Wir haben heuer im Jahr 2018 ein Baubudget zur Verfügung. Das liegt in etwa in einem Ausmaß von 26,8 Millionen Euro. Das wird ja auch schon verbaut. Das ländliche Wegenetz hat eine zusätzliche Dotierung in der Höhe von 800.000,- Euro erhalten. Also wir liegen hier bei circa acht Millionen Euro. Ich denke, wenn die Finanzierungskosten des Fördereinlösemodells für die Umfahrung Bad St. Leonhard und für die Umfahrung Völkermarkt wegfallen werden – und das ist, sage ich jetzt einmal, *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* beinahe zur Gänze im Jahr 2019 der Fall – dann werden auch die entsprechenden Gelder in diesen Straßenbereich kommen und wir werden auf ein Straßenbau-Budget kommen, das zwischen 35 und 40 Millionen Euro liegt. Das ist auch das, was uns die Abteilung 9 sagt, was notwendig ist, um den Straßenzustand zu erhalten.

Ich möchte nur noch erwähnen, dass bereits im Jahr 2015 vom ehemaligen Infrastrukturminister Stöger dem Land Kärnten über die AS-FiNAG 550 Millionen Euro zugesprochen wurden. Das heißt, da geht es um den Ausbau des Karawankentunnels, da geht es um den Sicherheitsausbau der S 37. Für uns ist das eine Garantie, geschätzte Damen und Herren, dass Kärnten

Seiser

angekoppelt bleibt an den internationalen Verkehrswegen, ob das jetzt die Baltisch-Adriatische-Achse ist oder andere Verbindungen, die unbedingt notwendig sind, um – wie heute schon erwähnt – die Standortqualität in Kärnten aufrechtzuerhalten. Sie sehen also, meine Damen und Herren, es ist auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur alles getan worden, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) es wird alles getan werden, um diese notwendigen Lebensadern entsprechend aufrechtzuerhalten beziehungsweise funktional für die Kärntner Bevölkerung und die Wirtschaft zu gestalten. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Gernot Darmann. Ich erteile ihm dieses!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Wenn man den Ausführungen von Klubobmann Malle und Klubobmann Seiser folgt, bleibt meinerseits zu hoffen, dass die Systemtechniker von Stadtwerke Klagenfurt zugehört haben und diese eine Möglichkeit finden, diese heiße Luft in das Fernwärmenetz Klagenfurts einzuspeisen, damit wenigstens die Klagenfurter Bevölkerung etwas von diesen Ausführungen hat! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Denn es ist ja kein Geheimnis und seit wenigen Wochen auch bekannt und Faktum, dass die ÖVP Kärnten als sündigen Preis für den Eintritt in diese Chaos-Regierung das letzte Stückchen Würde in der SPÖ-Parteizentrale abgeben musste. Wenn man aber einen Beweis gebraucht hat dafür, dass damit auch das letzte Stückchen Redlichkeit und Glaubwürdigkeit mit abgegeben wurde, dann war es auch die Auswahl des heutigen Themas in dieser Aktuellen Stunde und die Ausführungen vom Kollegen Malle. Denn eines ist amtlich, werte Damen und Herren: Sie von SPÖ und ÖVP waren es nämlich, die in den letzten fünf Jahren bei Landesstraßen und bei sonstigen Verkehrsinfrastruktur-Maßnahmen notwendige Investitionen gestrichen oder massiv zurückgefah-

ren haben! Aufgrund Ihrer Verantwortungslosigkeit haben die Kärntnerinnen und Kärntner und unsere Gäste in unserem Kärntnerland tagtäglich quer durchs Land fertiggefahrene Straßen zu bewältigen! Und das ist ein Armutszeugnis dieser alten und neuen Regierungskoalition! Und das ist Faktum, und das können Sie nicht wegreden, (*3. Präs. Lobnig: Schlaglöcher der Regierung!*) denn unsere Bevölkerung spürt dies tagtäglich auf dem Weg zur Arbeit, auf dem Weg zum Kindergarten und wundert sich oft über die haarsträubenden Verkehrssituationen und Gefahrensituationen, die sich ergeben! Sie wissen selbst am besten, auch Sie, Frau Finanzreferentin, die jetzige Budgeterhöhung reicht bei Weitem nicht aus, um die Versäumnisse der letzten fünf Jahre aufzuholen! Das wissen Sie, die Straßen sind eine Zumutung für die Steuerzahler, die natürlich zu Recht eine adäquate Infrastruktur einfordern. Straßenstück für Straßenstück in Kärnten ist als Schandfleck zu bezeichnen. Wir alle wollen wohl hoffentlich in Zukunft ein modernes Kärnten gestalten, und diese Schandflecke sind zu beseitigen!

Geschätzte Damen und Herren! Diese unzähligen Problemstraßen quer durch das Kärntnerland führen immer wieder zu ungeheuerlichen Gefahrensituationen. Auch das ist heute angesprochen worden. Nur, Herr Kollege Malle, wer hat denn in der Vergangenheit eine Sanierung und auch einen Neubau solcher Straßenstücke verhindert durch die eigene Budgetpolitik? Das waren Sie von Rot, Schwarz, noch mit dem grünen Beiwagerl dazu, die zum Glück nicht mehr hier im Landtag vertreten sind! Sie brauchen dann auch nicht mit dem Finger auf den ehemaligen Straßenbaureferenten Köfer zu zeigen, (*KO Malle: Ich habe auf dich gezeigt! Auf dich habe ich gezeigt!*) denn eines ist klar und auch das ist amtlich: Der Straßenbaureferent kann nur mit diesen Geldern arbeiten, die ihm von der Koalition, nämlich auch von der Finanzreferentin zur Verfügung gestellt werden! Und wenn hier SPÖ, ÖVP und Grüne geschlampt haben, müssen das leider mittlerweile die Kärntnerinnen und Kärntner tagtäglich ausbaden, und das ist auch leider Faktum! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Kollege Trettenbrein wird Ihnen in weiterer Folge trefflich – trefflichst – in Erinnerung rufen, welche notwendigen und längst anstehenden Sanierungsmaßnahmen Rot-Schwarz zum Nachteil der Kärntner Bevölkerung verhindert haben,

Darmann

aufs ewige Abstellgleis gestellt haben - ich sage Ihnen sogar dazu, wissentlich verhindert haben - denn sie haben es nämlich auch wissen müssen, welche massiven Schäden das in weiterer Folge nach sich ziehen wird! Denn wenn man auf der einen Seite bei Sanierungsmaßnahmen die eine oder andere Million spart, wird das in weiterer Folge, langfristig gesehen, zu zig Millionen Investitionskosten führen müssen, weil die Straßen dann wegzureißen und neu zu bauen sein werden! Das sagt Ihnen jeder Experte, dass das grob fahrlässig, ja verantwortungslos war, was hier in den letzten Jahren geschehen ist. Denn Sie haben es gewusst und es wurde Ihnen regelmäßig nicht nur durch den Straßenbaureferenten, sondern auch durch unseren Verkehrssprecher hier in Debatten im Kärntner Landtag mitgeteilt, dass zig Projekte kärntenweit notwendigst umzusetzen sind, im Sinne der Kärntner Infrastruktur, um größere Schäden in weiterer Folge auch für den Steuerzahler zu verhindern! (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!*) - Ja, Herr Präsident! In etwa einer Stunde wird die Finanzreferentin Schaubig-Kandut jubeln und sagen, wie gut sie gewirtschaftet hat und was sie nicht für ein tolles Budget vorlegen wird. Aber ich sage Ihnen, dieses Budget ist ein Potemkinsches Dorf, denn das desolater Kärntner Straßennetz widerlegt die Aussagen Schaubigs. Es ist auch klar, dass dieser jämmerliche Zustand des Straßennetzes in Kärnten durch die Finanzreferentin selbst mitverantwortet worden ist. Das von der SPÖ hochgejubelte Budget ist eine Fassade. Es ist eine reine Fassade, weil diese Fassade zu einem guten Teil auf Kosten der Substanz des Landes erstellt wird, auf Kosten der Substanz der Straßen erstellt wird, auf Kosten der Substanz unserer Infrastruktur erstellt wird. Ich sage Ihnen, wenn Wohnbau-Millionen nicht für Wohnbau verwendet werden, wenn unzählige Millionen seitens des Bundes - (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Danke, Herr Präsident! - die für die Straßenerhaltung überwiesen werden, nicht in die Straßenerhaltung gehen, dann bleibt am Schluss der Bürger auf der Strecke! Nehmen Sie das zur Kenntnis und handeln Sie danach! Denn der Schaden ist bereits entstanden und Sie tragen hierfür die Verantwortung! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Klubobmann, wir werden noch Gelegenheit haben, in der Budgetdebatte diese Themenstellungen ausführlich zu besprechen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Obmann der Interessengemeinschaft Team Kärnten, Abgeordneter Gerhard Köfer. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist schon mutig und es ist auch kühn, es ist aber auch ein bisschen dumm, eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Straßenbau-Offensive in Kärnten“ zu wählen, nämlich dann, wenn es die ÖVP einbringt! Meine sehr geschätzten Damen und Herren der ÖVP – die Hauptprotagonisten sind heute leider nicht anwesend, sonst könnte ich sie persönlich ansprechen – es waren gerade Sie, die im Laufe der letzten Periode verhindert haben, dass es eine vernünftige Referatsaufteilung geben kann! (*3. Präs. Lobnig: Ja! – Beifall vom TKK und von der FPÖ.*) Ich darf Ihnen die Situation darstellen – so hat das damals ausgeschaut. (*Der Redner hält eine Grafik in die Höhe.*) In der Zeit der FPÖ war es vernünftig, alles unter einem Dach zu haben, den öffentlichen Verkehr, den Straßenbau und das Verkehrsrecht. Fünf Jahre lang wurde das unterbrochen und es wurden die Referenten Ragger und Darmann mit dem Verkehrsrecht bedacht. Ich habe den Straßenbau und den öffentlichen Verkehr gekriegt. Nicht einmal da hat man dem Koalitionspartner, den Grünen, getraut, ihnen den öffentlichen Verkehr zu übergeben. Heute schaut die Situation so aus: Öffentlicher Verkehr, Straßenbau, ländliches Wegenetz und Verkehrsrecht in einer Hand. So müsste es eigentlich sein! Man hat aber fünf Jahre lang – fünf Jahre lang! – bewusst darauf verzichtet, aus Willkür, aus politischer Berechnung hat man ein Referat bestraft! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ihr habt nicht mich bestraft! (*3. Präs. Lobnig: Den Bürger!*) Man hat den Bürger bestraft, (*3. Präs. Lobnig: So ist es!*) man hat den Tourismus bestraft, man hat die Wirtschaft bestraft, man hat den Pendler bestraft, man hat die Kärntner Gemeinden bestraft, die Bezirke bestraft, den Autofahrer, den Steuerzahler und das in vollem Bewusstsein! Ihr

Köfer

habt da gar kein Problem damit gehabt, man hat das einfach getan! Was macht man im Wahljahr, in der Wahlvorbereitung? Da geht die ÖVP her – und das muss man sich vorstellen – hat überhaupt keine Skrupel, eine Milliarde Euro – eine Milliarde Euro! – für die nächste Periode zu versprechen! Was heißt eine Milliarde Euro - für Digitalisierung und für Straßenbau, das wären, wenn man das umrechnet, pro Jahr 200 Millionen Euro. Ihr kriegt, glaube ich, sieben Millionen Euro mehr für den Straßenbau und sieben Millionen für die Digitalisierung. Meine sehr geschätzten Damen und Herren der ÖVP, das sind Peanuts! Das ist etwas, wo man eine Straßenbau-Offensive nicht einmal im Ansatz ankündigen sollte, aber ihr tut das ganz einfach! Wir sind nicht die kleinste Partei in diesem Land, ich sage das immer wieder. Die kleinste Partei ist mit Abstand die ÖVP geworden, nicht nur heute bei der Präsenz, sondern mittlerweile auch, was die Haltung betrifft, was die Redlichkeit betrifft! Da haben wir euch bei Weitem überholt. *(Beifall vom TKK und von der FPÖ-Fraktion.)*

Aber dass es auch anders geht, dass man sagt, fünf Jahre, ja, ja, da werden wir schon irgendwen bedienen, halt nur nicht den Kärntner Steuerzahler, den Autofahrer, beweist auch die Situation im Bereich des ländlichen Wegenetzes. Das ist jetzt da dabei, das ist vernünftig. Und wenn man auf Kärntens Landesstraßen dahinfährt – und wir haben das gerade gehört, dass man dahinhumpelt zum Arbeitsplatz und auch die Rettungsfahrzeuge – dann gibt es aber noch einen zweiten Bereich, das ist das ländliche Wegenetz. Da gibt es dann „Freunde“, als solche darf ich sie ja bezeichnen, da gibt es dann einen Abzweiger von der Landesstraße auf irgendeinen Berg, auf irgendeine Alm, das ist dort überhaupt kein Problem, da gibt es ein perfektes Straßennetz! Da sind auch Millionen von Euro investiert worden! Gut, man muss aber dazusagen, da wohnen oft bis zu zehn Personen oben, die haben das dann auch verdient und man braucht das in diesem Bereich. Ein Micky Mouse-Budget, wie wir das zur Verfügung gestellt bekommen haben! Ich habe hier eine Tafel, das ist normal nicht meine Art. *(Der Redner hält eine Tafel in die Höhe.)* Hier war fünf Jahre lang Dürre, hier war Bescheidenheit, hier war Demut angesagt! Bei jeder Wortmeldung hier im Kärntner Landtag habe ich einen charmanten Augenaufschlag

(Vorsitzender: Noch eine Minute!) der Finanzreferentin bekommen, mehr war leider nicht zu erreichen! Aber trotzdem haben wir vieles getan. *(3. Präs. Lobnig: Seht ihr, was die Freiheitlichen damals gemacht haben!)* Ich will gar nicht erwähnen, dass sich der ARBÖ oder viele Abgeordnete der SPÖ damals hinter ein Schlagloch gesetzt und gesagt haben, das ist unbedingt wichtig, dass wir das jetzt machen, weil das ist viel zu wenig Geld. Auch jetzt höre ich diese Erkenntnis wieder. Kollege Malle, du sagst, mit mehr Geld kann man mehr bauen. Das habe ich eigentlich nicht gewusst, dass das so ist, sonst hätte ich damals mehr Geld gefordert! Oder ich habe auch gehört, dass 70 Prozent der Straßen der Güteklasse 3 bis 5 angehören. Auch das ist eine Erkenntnis, liebe Freunde, die schon seit vielen Jahren bekannt ist. Der Kollege Ebner, den ich sehr geschätzt habe, hat damals im Kärntner Landtag gesprochen, er benötige in etwa 550 Millionen Euro, um hier die Sanierungskosten für Kärntens Straßen zu bewerkstelligen. Von 550 Millionen sind wir weit entfernt. Das was jetzt da ist, ist eigentlich außer bescheiden gar nichts!

Last but not least: Wir haben vieles trotzdem erledigen können, wir haben vieles gebaut. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* Wir haben die Lieserschlucht sicher gemacht, wir haben den Windwurf von Hermagor bewältigt, einen Erdbeben im Liesertal, Straßen-Neubauten durch Muren et cetera und so weiter und so fort. Wenn man von einer Offensive spricht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann muss man aber auch den Mut haben, dass wir sagen, wir gehen die B 100 an – das wäre eine Herzensangelegenheit der Oberkärntner – oder den Ausbau der S 37. Es wären Mittel für die Lieserschlucht notwendig, *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist schon deutlich überzogen, Herr Köfer!)* für den Ausbau des Plöckenpasses, für die Umfahrung in Mittlern, aber ich habe so meine Bedenken, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass das auch jemals realisiert wird! Danke! *(Beifall vom TKK.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der zuständige neue Referent für den Straßenbau,

Ing. Rohr

Landesrat Martin Gruber. Ich erteile ihm das Wort!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Hoher Landtag! Geschätzter Präsident! Liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer! Ich glaube, es ist vieles angesprochen worden. Und vom Zustand unseres Straßennetzes zu berichten, wäre wahrscheinlich vermessen an dieser Stelle, weil wir kennen es durch unsere täglichen Fahrten im Kärntnerland. Das unterstelle ich auch jedem Abgeordneten, dass er fleißig unterwegs ist in seinen Bereichen und auch seine notwendige Arbeitsleistung einbringt. Wenn wir mit unseren Autos unterwegs sind auf unseren Straßen, dann merken wir, dass es einen massiven Aufhol- und Sanierungsbedarf im Straßen- und Brückenbau gibt. Sicherheit, Befahrbarkeit und eine funktionierende Straßeninfrastruktur sind die Grundlagen für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum. Unsere Straßen zu sanieren und auszubauen, bedeutet daher auch, Infrastruktur auch für die Zukunft zu schaffen, mit allen Begleiterscheinungen, die es gibt, ob es Breitband-Ausbau ist, ob es Kanal- und Wasserversorgung ist, was man im Zuge dessen natürlich gemeinschaftlich miterledigen könnte.

Zu den 17 Millionen Euro im Straßenbau, die im heurigen Bauprogramm zur Verfügung gestanden wären und geplant wären, auch auszugeben und den acht Millionen Euro im ländlichen Wegenetz konnten zusätzliche Budgetmittel in der Höhe von 7,7 Millionen Euro im Straßen- und Wegebau erreicht werden, € 6,9 Millionen eben im Landesstraßenbau und € 800.000,- im Wegebau. Eine so deutliche Erhöhung im Bauprogramm, im Baubudget und in den Mitteln, die umgesetzt werden, um unser Landesstraßennetz zu erhalten und auszubauen, hat es seit vielen, vielen Jahren in unserem Bundesland nicht gegeben! *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion und vom TKK.)* Mit 41 Prozent Steigerung ist das die größte Straßenbau-Offensive für die Kärntnerinnen und Kärntner seit vielen Jahren, und das war längst notwendig, und das setze ich auch um! Damit werden in allen Regionen Kärntens über die bisherigen Bauprogramme hinaus zusätzliche Straßenbau-Projekte ausgeschrieben und auch umgesetzt. Im Fokus dieser Straßen-

bau-Projekte stehen Sanierungsmaßnahmen und Ausbaumaßnahmen mit zwei bis drei Ausnahmen. Die erste Ausnahme ist der Bereich B 100 Drautalstraße und die Ostspange in Klagenfurt, die seit vielen, vielen Jahrzehnten einer Umsetzung nachlaufen. Ich habe schon die Planungen beauftragt, um eine leistungsfähige und sichere Straßenverbindung dort herzustellen und auch die notwendigen Akzente zu setzen, damit die Drautalerinnen und Drautaler auch eine Bundesstraße haben, die ihren Bedürfnissen entspricht und wie es auch oft in Kärnten notwendig ist.

Im ländlichen Wegenetz bedeutet die Budgeterhöhung neben Instandhaltung auch den Neubau und Umbau von zusätzlichen Wegen. Wenn ich dem Herrn Kollegen Köfer zugehört habe und er vor allem die Maßnahmen im ländlichen Wegenetz für nur zehn Personen so angekreidet hat, dann möchte ich schon sagen, dass da das Landwirtschaftsgesetz umgesetzt wird und dass die ländliche Bevölkerung auch das Recht hat, auf gesunden Straßen zu fahren *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* und dass wir in diesem Bereich – und da sieht man die Zuständigkeit eines Referenten, wie man mit wenigen Geldmitteln viel umsetzen kann für die Kärntnerinnen und Kärntner, für unsere Kinder, für unsere Älteren und vor allem auch für unsere Touristinnen und Touristen! *(Zwischenruf von Abg. Klocker.)* Ich glaube, das ist das Entscheidende, was durchgeführt werden muss. *(KO Darmann: Deine Worte sind Schall und Rauch! Wo sind die Taten?)*

Zum bestehenden Bauprogramm des heurigen Jahres: Wir haben jetzt 18 neue Baulose ausgeschrieben, mit der Aufstockung dieser Geldmittel. Sie befinden sich teilweise auch schon in Umsetzung. Da darf ich einen Auszug machen aus jenen, die heuer mehr gemacht werden im Vergleich zum vergangenen Jahr: Das ist die L 3 Amlacher Straße, L 7a Nagglerstraße, L 17 Obermillstätter Straße, B 111 Gailtal Straße, L 25 Egger Straße, L 46 Teuchen Straße, L 62 Metznitztal Straße, L 83 Krappfeld Straße, L 93 Steinbichler Straße, B 85 Rosental Straße, B 92 Görtschitztal Straße, B 93 Gurktal Straße, B 78 Obdacher Straße, B 82 Seeberg Straße. Und bei den Brücken ist es die Lieserbrücke in Gmünd, Nölbingerbachbrücke, die Lavantbrücke und die Schattenbauer Brücke. Das sind die Projekte, die möglich waren durch eine massive Aufstockung des zu verbauenden Budgets in unserem Straßenbauprogramm in Kärnten, für die Kärntne-

Gruber

rinnen und Kärntner! (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Es geht um Verkehrssicherheit, es geht um Anrainerschutz, um die Mobilität für den ländlichen Raum, für die ländliche Bevölkerung, aber genauso auch für die urbane Bevölkerung, denn die Straßen nutzen wir alle, egal, ob wir zum Arzt müssen, ins Krankenhaus, in die Volksschule, in die Kindergärten, zu unserer Arbeit. Ich glaube, da massiv den Einsatz zu zeigen. Mehr Mittel könnten es immer sein, das kann ich auf jeden Fall unterstreichen und das wird jeder da herinnen unterstreichen. Mehr Mittel wären auch absolut nötig, um den Stand noch weiter zu erhöhen. Aber wenn wir es schaffen – und das haben wir uns als „Kärnten-Koalition“ und als Regierung auch zum Ziel gesetzt, dass wir mit einem Mehrbudget von 15 Millionen Euro pro Jahr nämlich das abarbeiten können, was wir müssen, und das war auch mit der Abteilung so besprochen, das hat auch der Vorgänger-Referent so aufgenommen und gewusst – dann wird es möglich sein, unser Straßennetz wirklich zu sanieren und eine Infrastruktur zu schaffen, die für die Zukunft bereitsteht und vor allem unseren Kärntnerinnen und Kärntnern Genüge tut, damit sie eben ohne Achsbrüche in die Arbeit oder in die Schule oder wohin auch immer kommen. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Das wird die Aufgabe sein, das setzen wir gemeinsam um und deshalb gibt es diese Straßenbau-Offensive mit plus 41 Prozent der Mittel im Umsatzbudget. (*Zwischenruf von Abg. Klocker. – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Alfred Tiefnig von der Sozialdemokratischen Fraktion. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Mitglieder der Regierung! Geschätzte Damen und Herren hier im Hohen Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! „Ärgere dich nicht über die Schlaglöcher in der Straße, sondern genieße die Reise.“ Wenn man im Oberen Drautal zu Hause ist, dann fällt einem der Glaube an dieses wirklich sinnvolle Zitat sehr, sehr schwer! Aber ich

stelle eines fest: Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die saniert für die Zukunft keine Straße. Offensive heißt ja nach vorne. Wenn ich das in der Fußballer-Sprache sage – ihr wisst ja, dass ich auch Fußballer war – Offensive heißt nach vorne. Das heißt, nach vorne ist erfolgreich. Gerade am Samstag haben wir im Wörthersee Stadion miterlebt, was Offensive heißt. (*KO Darmann: Aber dazu braucht es gute Spieler! – Abg. Pirolt: Das ist mit der Regierung nicht möglich!*) Also wir haben in Zukunft wirklich darauf zu achten, den Fahrzweck der Menschen verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen. Wir brauchen in Zukunft gut aufeinander abgestimmte Infrastrukturen. Besonderes Augenmerk soll auch auf die Wirksamkeit von Straßen-Neubauten gelegt werden. Die Dringlichkeit soll wirklich geprüft werden! Mir ist schon bewusst, dass es immer diese Straßen sind, die in meiner Nähe sind, die die wichtigsten sind. Geht man aber objektiv an diese Thematik heran, dann stellt man fest, es gibt wirklich Straßen, die den heutigen Voraussetzungen, dem Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen sind, in punkto Verkehrssicherheit, Zumutbarkeitsgrenze der Anrainer durch den Lärm, Zunahme des Quellverkehrs in Richtung Osttirol. Es ist die schnellste Ost-West-Verbindung, ohne den Gail- und den Iselsberg, das Einstellen der Mineralöllieferungen durch die ÖBB, dadurch erhöhtes LKW-Aufkommen und erhöhtes Risiko-Potential. Richtig, Sie haben das schon gemerkt, es geht um die Drautal Bundesstraße B 100. Die Drautal Bundesstraße B 100 ist die neunte Sinfonie unserer Straßenbaureferenten der letzten 30 Jahre, Beethoven, die Unvollendete, falls sich jemand in der Kultur nicht so bewandert fühlt. Meine Hoffnungen liegen jetzt aber ganz beim Referenten Martin Gruber, dass diese wirklich unendliche Geschichte ein Ende hat! (*KO Darmann: Oh je!*) Ich habe Diskussionen mit den Straßenbaureferenten Haider, Dörfler en masse gehabt. Es wurde immer dahingestellt, dass ich mich da nicht auskenne. Es ist immer noch nichts passiert, außer den Spatenstichen. Ich glaube einfach, dass das ein prioritäres Straßenbau-Projekt ist. Es ist ja im Regierungsprogramm aufgenommen, aber – und da möchte ich auch den zuständigen Referenten darauf hinweisen, dass es nicht nur um den Ausbau im Bereich Berg im Drautal gehen soll, sondern gerade auch in den Gemeinden Greifenburg und Dellach ist die Zumutbarkeitsgrenze für die Bevölkerung absolut erreicht!

Tiefnig

In den inhaltlichen und finanziellen Wirkungsbereich wurden die Länder eingebunden. 2002 – 2002, Herr Klubobmann Darmann – wurden die Bundesstraßen B vom Land übernommen vom Bund mit einmaligen Abschlagszahlungen. Da ist vergessen worden, dass eine überregionale Straße wie die Ost-West-Spange Richtung Osttirol, Richtung Südtirol, Richtung Felber Tauern auch in diese Länderkompetenz übernommen wurde. Jetzt können wir hier alle im Landtag sagen, ja, wir gehen zum Bund. Das geht leider nicht, wenn wir zum Bund gehen, weil es klare Regelungen gibt. Die sagen aus in den Verzeichnissen I und II des Bundesstraßengesetzes 1971, dass die inhaltlichen und finanziellen Wirkungsbereiche den Ländern übertragen wurden. Es wurde auch Geld für die B 100 zusätzlich ausgeschöpft. Es gab einen Zweckzuschuss für diesen Ausbau der B 100. Das Geld ist leider nicht dort verbaut worden, (*Vorsitzender: Die Redezeit neigt sich dem Ende zu!*) wo es vorgesehen war, daher ist meine große Hoffnung, dass in Zukunft diese B 100, so wie geplant, umgesetzt wird und das möglichst rasch! Weil es ist für die Bevölkerung des Oberen Drautales nicht mehr zumutbar, wo der meiste Schwerverkehr auf einer nachrangigen Straße fährt, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) wo das Verkehrsaufkommen – sofort, letzter Satz – dementsprechend zunimmt. Daher bin ich auch einer – es ist heute schon zitiert worden – daher bin ich auch in das Gelingen verliebt und nicht in das Scheitern! Herzlichen Dank! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – KO Darmann: Wir werden euch an den Taten messen!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harald Trettenbrein von den Freiheitlichen. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

(*KO Darmann: Jetzt kommt ein echter Sportler!*) Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Köfer ist jetzt nicht da, aber er hat das früher so richtig auf den Punkt gebracht, wie man dieses Thema als ÖVP aussuchen kann! Das ist so, als wenn man sich gleichzeitig ins eigene Knie schießt. Ich weiß nicht,

was euer Berater von Beruf ist, aber Berater sicher nicht. Denn ihr habt in Wirklichkeit, und das hat der Kollege Köfer richtig erkannt, einen großen Teil der Mitverantwortung an dieser Situation, die wir in Kärnten an unseren Straßen haben, neben der SPÖ natürlich. Denn wenn heute von eurem Referenten großspurig angekündigt wird, es sind jetzt sieben Millionen Euro mehr zur Verfügung, dann muss man schon festhalten, im Jahr 2013 waren es noch 38 Millionen, dann ist in den darauffolgenden Jahren auf 15 Millionen heruntergekürzt worden, auf 17 Millionen und dergleichen. Jetzt kommen wir wieder bei 24, 25 Millionen an. Das heißt, wir sind immer noch weit unter dem, was vor fünf, sechs Jahren noch im Budget war. Der Kollege Darmann hat das ja schon gesagt, das was man verabsäumt hat, das ist das, was in Zukunft doppelt und dreifach so teuer sein wird! Ich glaube, das weiß jeder. Das ist nicht nur bei den Straßen, das ist in vielen Bereichen so.

Als ehemaliger Vorsitzender des Verkehrsausschusses könnte ich Ihnen da 70, 80 Straßen aufzählen, über die wir im Verkehrsausschuss gesprochen haben, die alle zu sanieren wären, über die wir mit dem Kollegen Bidmon, mit dem zuständigen Referenten gesprochen haben. Ich glaube, das würde den Rahmen dieser Aktuellen Stunde sprengen, wenn man das aufzählen würde. Ich kann Ihnen aber auch 32 Straßen aufzählen – ich habe das Protokoll der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses da – ich könnte Ihnen 32 Straßen aufzählen, wo die Freiheitliche Partei Anträge eingebracht hat. Das sind die Straßen, die jetzt in Kärnten am desolatesten sind. Alle diese Anträge sind mit Hilfe der ÖVP komischerweise nicht zur Beschlussreife herangetragen worden. (*KO Darmann: Na, so was!*) Das ist halt „Zufall“! Und jetzt geht die ÖVP her und sagt, wir machen eine Straßenbau-Offensive. (*KO Darmann: Soviel zum Thema Glaubwürdigkeit!*) Man muss vielleicht schon sagen, ihr wart ja schlau genug, diese Anträge nicht abzulehnen, (*Abg. Pirolt: Der Hueter Ferdi weiß wieder von nichts! Schwarze Schmierenskomödie!*) da wart ihr schlau genug, weil ihr genau gewusst habt, wenn die Anträge abgelehnt werden, dann kommen sie hierher ins Haus und dann wird hier in der Öffentlichkeit diskutiert. Dann würde die Bevölkerung draußen endlich einmal eurem schaurigen Spiel auf die Schliche kommen, wie es ihr betreibt, und zwar, draußen bei der Bevöl-

Trettenbrein

kerung immer zu erzählen, wie ihr die Straßen sanieren wollt und herinnen dann sozusagen die Anträge abzulehnen, abzusetzen und in der Schublade verschwinden zu lassen! Ich kann mich noch gut erinnern an den Kollegen Wieser in Ettendorf, bei der Ettendorfer Straße. Bei einem Feuerwehrfest ist er am Rednerpult gestanden und hat gesagt: „Wir werden die Straße sanieren, damit die Feuerwehr rechtzeitig zum Einsatz kommt.“ Zwei Wochen später im Ausschuss hat er den Antrag gestellt, dass unser Antrag für die Sanierung der Ettendorfer Straße abgesetzt wird und nie zu einer Beschlussreife kommt! So ein verlogenes Spiel der ÖVP ist allgemein bekannt. Deswegen habt ihr das abgelehnt, damit es ja nicht in der Öffentlichkeit diskutiert wird! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Benger heute fehlt, dann hat das schon seinen Grund. Der Kollege Köfer hat das schon gesagt, er hat schon gesprochen von der im Wahlkampf versprochenen Milliarde. *(KO Seiser: Tu' aufpassen! – KO Malle: Tu' aufpassen!)* Das war ja so, Entschuldigung! Die Milliarde wurde ja im Wahlkampf versprochen vom Herrn Benger! Was bekommt ihr jetzt? Das was ihr jetzt bekommt, diese sieben, acht Prozent mehr, die ihr bekommt, das ist nicht einmal das Skonto von dem, was der Herr Benger versprochen hat! Das ist nicht einmal das Skonto davon! Denn wenn man jetzt herrechnet, dass 25 Millionen Euro für die Straßen zur Verfügung stehen und man rechnet das auf die Periode hoch, dann kommt man auf 125 Millionen Euro. Da ist man weit weg von der versprochenen Milliarde! Genau deswegen, meine Damen und Herren, ist das, was ihr heute hier macht, eine verlogene Diskussion! Wenn man dann hergeht und sagt, 25 Millionen, 41 Prozent Erhöhung, das hat der Herr Referent heute gesagt, da muss man schon sagen, das kann man in jedem einzelnen Tal in unserem Bundesland verbauen! Das könnte man locker im Lavanttal in einem Jahr verbauen, was Sie da als große Errungenschaft nennen. Ob es das Lesachtal ist, das Drautal, wo auch immer, es ist überall dasselbe. Wenn der Kollege Köfer früher auch das ländliche Wegenetz angeschnitten hat, dass dort so breite Straßen asphaltiert worden sind: Ich gebe dir schon recht, Herr Referent, dass du gesagt hast, die ländliche Bevölkerung hat ein Recht auf vernünftige Straßen! Aber wovon der Herr Köfer gesprochen hat, von den

Straßen hinauf in die Wälder zu den Jagdhütten so mancher schwarzer Funktionäre, da hat die ländliche Bevölkerung überhaupt nichts davon! Das ist genau das, wo ihr immer die Straßen macht, liebe Freunde! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Es stellt sich die Frage: Muss man bei der Landwirtschaftskammer sein oder irgendwo bei der Raiffeisen Bank oder im Lagerhaus beschäftigt sein, damit man im ländlichen Bereich asphaltierte Straßen bekommt? Das ist genau das, was bei euch passiert und die normale Bevölkerung geht euch sozusagen am „A...“ vorbei! Denn genau das ist es nämlich, was man früher gehört hat, wenn die Leute zur Arbeit fahren müssen, wenn sie zur Schule fahren müssen, wenn sie zum Kindergarten fahren müssen mit den Kindern, wo hier die große Schlaglöcher-Rallye ist! Wenn wir schon bei der Schlaglöcher-Rallye sind: Es war genau die SPÖ, die noch vor ein, zwei Jahren diese große Schlaglöcher-Rallye durch Kärnten gemacht hat. Vor jedem Schlagloch habt ihr euch hingekniet und habt in den Bezirken Fotos gemacht. Ihr wart selbst in der Regierung! *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Danke, Herr Präsident! Eure Finanzreferentin war es, die diese Mittel dafür gestrichen hat. Also wenn ihr schon eine Rallye macht, dann macht die Rallye zu eurer Finanzreferentin und entschuldigt euch bei der Kärntner Bevölkerung! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ferdinand Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause! Ja, es ist ein emotionales Thema, die „Bauoffensive Straße“. Ich möchte ganz bewusst mit keinem Zitat beginnen, wir haben heute schon so klasse gehört. Ich glaube, wir sollten zur Normalität zurückkehren und sollten eigentlich froh sein, dass es eine Aufstockung im Budget gibt! Wir sollten froh sein, dass wir wieder in Richtung „morgen“ schauen und dass wir diese Visitenkarte „Straße“

Hueter

der Bevölkerung, auch den Touristen, allen wieder etwas näherbringen! Mit diesem gegenseitigen Hin- und Herschmeißen, wer für was und nichts und was weiß ich was war, weiß ich nicht. Ich kann das nur – ich bin auch schon seit über 20 Jahren in diesem Geschäft – so beurteilen: Wir hatten einen Vorvorgänger, der vielleicht übereifrig war. Wir hatten einen Vorgänger, der vielleicht das Gegenteil war – (*Abg. Köfer betritt den Plenarsaal.*) jetzt kommt er gerade – der schön leise und der in meinen Augen vielleicht da und dort zu leise war. Jetzt haben wir wieder einen Landesrat, der, glaube ich, die Sache erkannt hat, dass wir einen Nachholbedarf haben und dass wir hier in Richtung Normalität kommen müssen. (*Abg. Pirolt: Ferdi, der war auch einmal ein Bürgermeister wie du! Red' nicht so einen Blödsinn zusammen!*) Zu dieser Normalität möchte ich euch ein paar Zahlen sagen. Schaut's! Diese Vorfinanzierung dieses übereifrigen Landesrates, da hätten wir uns sehr viel Geld erspart. Im Jahr 2014 zahlen wir 11,2 Millionen Euro für Bad St. Leonhard, Völkermarkt und für noch ein paar solcher Vorgriffe retour, (*Abg. Pirolt: Der Völkermarkter Bürgermeister ... Der ist ein Roter!*) im Jahr 2015 € 11,2, im Jahr 2016 € 10,5, im Jahr 2017 € 9,9, also fast 10, 2018 – heuer – noch einmal € 9,4. Das heißt, wenn man von diesen 17, 18 Millionen Euro, was gekürzt worden ist, diese Gelder dazugäbe, dann wären wir schon einmal in einem Bereich gewesen in den letzten fünf Jahren, der überschaubarer gewesen wäre. Leider waren da halt andere Referenten, die das ein bisschen übereifrig angegangen sind. Und jetzt zum Kollegen Köfer: Ich verstehe dich schon, Gerhard, Geld ist immer zu wenig. Logisch, wo kein Geld ist, kann man auch nichts bauen.

Aber jetzt möchte ich schon auf ein paar Dinge eingehen, auf die Lieserschlucht zum Beispiel: In fünf Jahren bringe ich die mit den kleinsten budgetären Mitteln locker zusammen, speziell dann, wenn ich – ich war damals noch Bürgermeister und habe schon damals mit dem zuständigen Landesrat Dörfler intensiv verhandelt. Ich hätte eigentlich als zuständiger Referent dieses Baulos locker umgesetzt. Zweite Geschichte als Beispiel, die B 100: Dort sind acht Millionen Euro, zuerst sogar ein bisschen mehr, zur Verfügung gestanden. Die liegen heute noch da. In diesen fünf Jahren hätten wir zumindest eines machen können – oder in vier Jahren, weil wir

haben erst 2015 die einstimmigen Beschlüsse gefasst – (*Abg. Köfer: Du brauchst 80 Millionen! 80 Millionen!*) in Greifenburg, in Berg und in Dellach, dass wir mit der Detailplanung begonnen hätten, dass wir das, und das wäre deine Aufgabe gewesen, mit der Finanzierung mit dem Bund, mit allen Zuständigen, auch mit dem Land auf die Schiene kriegen hätten können, die Grundverhandlungen machen hätten können und auch das Behördenverfahren einleiten hätten können! Passiert ist relativ wenig bis gar nichts! Wir sind heute bei der B 100 – und das hat mein Vorredner gesagt – in einer Situation, die in meinen Augen grob fahrlässig ist! Wir haben leider Gottes vor 14 Tagen den letzten Toten gehabt, einen jungen Drautaler, der an der gleichen Stelle hinausgefahren ist – ich habe vor zwei Jahren ein Foto geschickt – wo ein Urlauber, ein Pinzgauer, glaube ich, vorne hinausgeflogen ist. Ich habe da herunteren schon ein paar mal gesagt, es wird halt leider Gottes so sein müssen bei der B 100, drei, vier Tote zugleich, wenn es geht, zwei Kinder, ein Riesenaufschrei, dann geht auf einmal alles! (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!*) Ich möchte das nicht haben! Deswegen – und da hat der jetzige Landesrat Martin Gruber, ich glaube, die Weichen gestellt – wir gehen in diese Offensive, dass dieses grob fahrlässige Baulos B 100 endlich – endlich, sage ich! – in Angriff genommen wird! Es wird nicht alles verzaubert werden. Es wird auch nicht alles zugleich gehen, das wissen wir alle. Aber es muss einmal angesetzt werden. Ich hätte noch ein paar Dinge zu fragen zur Erklärung, Gerhard! Aber das hilft da auch nichts, weil das ist verlorene Liebesmüh'! Ich glaube, dieses gegenseitige Hin- und Herschmeißen mit viel Geld, weniger Geld und gar nichts, bringt uns nicht weiter. Wir sollten offensiv die Bauoffensive des Straßenzustandes angehen – gemeinsam! Wir sollten schauen, dass wir noch mehr Gelder hereinkriegen, schauen, dass wir diese Nadelöhre zusammenbringen, dann sehe ich absolut positiven Dingen entgegen. Ich kann nur insgesamt sagen: Ein „Glück Auf“ den Kärntner Straßen! Ein „Glück Auf“ auch dem zuständigen Referenten, damit die Straßen auch wirklich als Visitenkarte unserer Bevölkerung, vor allem für den Tourismus auch in Zukunft halten! Alles Gute! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klaus Köchl von den Sozialdemokraten. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Straßenbau in Kärnten, ein Thema, das uns sicherlich sehr intensiv und sehr lange beschäftigt und über Jahre hinweg beschäftigt. Ein Budget wird für ein Jahr gemacht, eine Periode geht über fünf Jahre, eine Straßenbau-Geschichte ist zwischen 15 und 20 Jahren auszurichten. Wir haben in der letzten Periode – und da möchte ich mich einmal ganz besonders beim Herrn Dipl.-Ing. Bidmon und beim ehemaligen Landesrat Köfer bedanken, die haben mit den wenigen Mitteln eine ausgezeichnete Arbeit geleistet! Und das wird meistens vergessen, nachdem das aufgeteilt war, dass das ländliche Straßennetz und alles getrennt war! Aber vor allem die Gemeindereferentin Gaby Schaunig hat irrsinnig viel gemacht für diese Straßen, indem die KBO-Mittel, und das waren immerhin 26 Millionen Euro, da zusätzlich in Gemeindestraßen und dergleichen gegangen sind, (*Abg. Staudacher: Ganz großartig! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) wo die Gemeinden mitfinanziert haben. Das ist etwas Wesentliches und etwas ganz, ganz Wichtiges!

Das Schuldzuweisen hat eigentlich keinen Sinn, aber der Fehler liegt schon weiter vorne. Der ehemalige Landeshauptmann Dörfler hat zehn Jahre lang ein Budget gehabt, mit 40 Millionen Euro hat er angefangen und bei 20 Millionen Euro haben die Freiheitlichen in ihrem Budget aufgehört. Das sind genau die 20 Jahre, die ihr heute kritisiert, dass die Straßen so ausschauen! Das ist eigentlich das, was für mich das Bedenkliche ist. Wir können jetzt schauen nach einer HETA-Geschichte, nach einer Geschichte, wo man sagen muss, das war normal so eh nicht zu stemmen, jetzt bei den Straßen auf Vordermann zu kommen. Und das ist das große Problem, weil der Dörfler hat mehr Spaten verteilt als Straßen asphaltiert, das muss ich dir auch sagen! (*Abg. Staudacher: Du hast geklatscht daneben! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das war näm-

lich genau seine Geschichte, weil der das nämlich gar nicht anders können hat. Jeder vernünftige Mensch weiß – jeder vernünftige Mensch – dass der Asphalt, wenn er ausbröckelt, aushungert, dass dann Wasser eindringt, dass Frostschäden entstehen und dass dann eine Generalsanierung sehr, sehr viel teurer ist. Wir haben 1.070 Kilometer in der Kategorie 3, in der Gelben Zone, wo wir in erster Linie zu sanieren haben werden. Das wird unsere Aufgabe sein und deshalb haben wir auch gesagt, dass hier wirklich rund 10 Millionen Euro mehr kommen werden in nächster Zeit, wenn wir dann die Möglichkeit haben, dass die Prestige-Projekte Bad St. Leonhard und Völkermarkt abgezahlt sind. Ihr müsst euch einmal vorstellen, wie weit hinaus der Dörfler agiert hat! Der hat ja bald zehn Jahre hinaus eine Vorfinanzierung für Straßen gemacht. Und dann zu sagen, die Nachfolge-Regierung geht her und kann mit dem Straßenbaubudget nicht wirtschaften, das passt einfach nicht, das muss man fairerweise sagen. Straßen eignen sich normal auch nicht für die Politik, sondern das braucht jeder Einzelne von uns, deshalb darf man hier nicht sagen, so wie es der Klubobmann Darmann gesagt hat, dass das alles verschlampt worden ist. Die Bevölkerung hat das schon erkannt, wer das verschlampt hat, deswegen haben sie euch auch nicht gewählt, weil nur Spaten auszuteilen allein ist zu wenig. Wir brauchen uns nicht zu entschuldigen bei der Bevölkerung. Entschuldigen muss sich der Darmann für die verfehlte Politik der vergangenen Jahre bei der Kärntner Bevölkerung, weil das war, glaube ich, das überhaupt alles Entscheidende! Es wird in Zukunft so sein, ich bin überzeugt, dass der neue Landesrat Daniel Fellner alles dazu unternommen wird, dass wir wieder so ähnliche Mittel kriegen, dass die Gemeinden hier zusätzlich noch etwas machen können. Aber zuerst gehört, glaube ich, eines auch geklärt – und da seid ihr vom Bund aufgefordert, (*Abg. Pirolt: Herr Kollege, von was redest du? Weißt du, wo das Geld herkommt?*) da seid ihr vom Bund aufgefordert (*Abg. Pirolt: Das ist Gemeinde-Geld!*) - Das weiß ich ja, tun wir ja auch Gemeindestraßen damit richten, das weiß ich ja wohl. Wo ich danke sagen würde, wenn ihr es zusammenbringen würdet in der Bundesregierung draußen, alle Bundesländer gleich zu behandeln, das Straßenbaubudget und eine Sonderfinanzierung für eure Fehler, die ihr in den letzten zehn Jahren gemacht habt, nach Kärnten zu

Köchhl

bringen, (*Abg. Pirolt: Werden wir schon machen!*) damit wir da wirklich anständig Landesstraßen und Bundesstraßen asphaltieren können! Das verstehe ich unter Zusammenarbeit und nicht die Schuldzuweisungen, die ihr die ganze Zeit macht. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Staudacher: Solche Aussagen von einem Bürgermeister! Beschämend!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pirolt. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Pirolt** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Kollege Klaus Köchl! Es ist schon verwunderlich. Erstens einmal, die Kommunale Bauoffensive ist Geld der Gemeinden, um das brauchen wir nicht zu bitten, das hat die Frau Landesfinanzreferentin uns zu geben, in welcher Form auch immer! Das gehört den Gemeinden! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Abg. Staudacher: So ist es! Bravo!*) Das ist einmal ein anderes Thema. Du weißt nicht einmal, wie die Finanzierungsströme laufen! Abgesehen davon, du kannst dich bei der Frau Dr. Schaunig auch bedanken, die Fördersummen insgesamt vom Land zu den Gemeinden für das ländliche Wegenetz sind gekürzt worden! Herzlichen Dank dafür, Frau Landesfinanzreferentin, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion! – Abg. Staudacher: Bravo!*) damit wir da auch einmal die Wahrheit sagen, lieber Herr Kollege Klaus Köchl, falls du das nicht wissen solltest!

Dass der Seiser meint, na ja, „zu jeder Milchkanne brauchen wir keinen Landeplatz“, da bin ich auch bei dir, aber das zeigt ungefähr das sozialistische Bild gegenüber den Bauern, das man allgemeinerweise hat. Jetzt sei mir nicht böse! (*KO Seiser: Bist jetzt bei mir oder nicht?*) Und wenn man darüber redet, dass man € 800.000,-- mehr für das ländliche Wegenetz aufstellt, ich meine, lasst euch bitteschön auslachen von der ÖVP! Da zeigt es sich ja wieder, dass die ÖVP maximal ein „glatzertes Reserveradl“ dieser Regierung ist, das zusätzlich sogar noch einen „Patschen“ hat! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Aber dass die Kärntner Verkehrsadern mehr oder weniger blutleer sind, das kann man durchaus erkennen. Ganz entlassen kann ich natürlich auch den heutigen Kollegen Köfer nicht. Weil allein in der Sanierungsoffensive der letzten Zeit, falls man das überhaupt so nennen kann, weil Geld hast du natürlich nicht so viel gehabt, aber ein Faktum war, bei den ganzen Rastplätzen entlang der Landesstraßen, da hat man auf einmal gesagt, ja, Gemeinden, wenn ihr dort einen Asphalt haben wollt, dann müsst ihr ihn selber zahlen. Man hat natürlich aufgrund des Finanzmangels vielleicht so arbeiten müssen.

Aber, ländliches Wegenetz, und jetzt nehme ich die Gemeinde Friesach her. Stadtgemeinde Friesach, sozialistisch geführt, mehr oder weniger alleweil knapp vor dem Bankrott. Dort hat man tatsächlich € 5.000,-- für das ländliche Wegenetz eingebucht! Stellt euch das einmal vor, die Stadtgemeinde Friesach! So! Wie kommt ein Friesacher Bürger, ein Bauer, der draußen auf dem Land lebt, dazu, dass er diesen Missstand, den „Saustall“, den die Gemeinde da führt, am Ende draußen ausbaden muss? Herr Landesrat, da wirst du auch nachdenken und kreativ sein müssen, wie man dort die sozialistische Misswirtschaft endlich beenden kann! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Aber, ein ganz grausliches Thema für unseren Bezirk: Am 08. Juli 2005 ist die S 37 in das höherwertige oder hochrangigere Straßennetz per Nationalratsbeschluss eingegliedert worden. Damit ist ein Planungs- und Errichtungsauftrag einhergegangen, falls ihr wisst, was das ist. Aber leider Gottes ist dieses Vorhaben nur bis 2013 aktiv betrieben worden! Dann, lieber Herr Landesrat, hast du gemeint, das ist nicht gar so wichtig. Das war eigentlich einer der schlimmsten Bauchflecke, die man überhaupt infrastrukturell hat machen können! Dann hat nämlich die AS-FiNAG gesagt, wenn das Land Kärnten – da zählt natürlich die ganze Regierungsreihe dazu – wenn das Land Kärnten das nicht aktiv betreibt, lehnen wir uns zurück und tun wir nicht wirklich. (*Zwischenruf von Abg. Köfer.*) - Du weißt es! Faktum ist, im Jänner 2014 hast du noch Presseaussendungen geschrieben, was du alles getan hast. Bis heute ist da überhaupt nichts geschehen! Diese Landesregierung und auch der Herr Kollege Gruber, der tut sich lieber mit dem Wolf unterhalten. Schau lieber, dass draußen in Wien in der Sache endlich etwas weitergeht!

Pirolt

Und wenn man einen Weitblick hat wie ein blindes Kuhhorn, meine Herrschaften, (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!*) dann kommt nicht mehr heraus! Jedenfalls ist die S 37 eine Lebensader, die alte Triester, die alte 17er, die haben wir gebraucht. Sie verbindet quasi Linz, Passau herunter, hinauf bis Litauen. Das brauchen wir wie die Augen im Kopf! Lieber Herr Landesrat, das wären deine Aufgaben! Tue den Wolf in die zweite Reihe zurück, schau, dass unsere Straßen gemacht werden! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete (*Abg. Köfer meldet sich zur Geschäftsordnung.*) - Eine tatsächliche Berichtigung, eine Geschäftsordnungswortmeldung. Bitte, am Ende der Aktuellen Stunde sich zu Wort zu melden! Am Wort ist die Frau Abgeordnete der ÖVP, Bürgermeisterin Silvia Häusl-Benz. Ich erteile ihr dieses!

Abgeordnete **Häusl-Benz** (ÖVP):

Herzlichen Dank! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder des Landtages! Geschätzte Zuhörer! Es ist so, es ist ein heißes Thema und es ist ein wichtiges Thema, deswegen ist es auch so wichtig, dass wir es heute in der Aktuellen Stunde eben bereden! Als Alt-Bürgermeister weiß er, dass die Lebensader in der Gemeinde die Gemeindestraße ist. Genauso ist die Landesstraße für uns eine Lebensader in Kärnten, deswegen ist es auch wichtig, dass wir uns hier diesen massiven Aufhol- und Sanierungsbedarf bei den Kärntner Landesstraßen genau anschauen und auch tätig werden. Es ist auch so, mit der Aufstockung der finanziellen Mittel haben wir auch die Möglichkeiten, hier tätig zu werden. Wichtig ist es aufgrund dessen, dass man sich das natürlich auch anschaut, dass die intelligente Verschränkung mit Breitband-Ausbau bei Straßen- und Wegebau, Baumaßnahmen genauso, hier im Blickpunkt sind. Vor allem geht es um die Leerverrohrung, weil wir wissen, dass neben Kanal und Wasser, was unter der Straße läuft, auch das ein Thema sein wird für die Zukunft. Da bitte ich eben auch, dass wir darauf achten

und schauen, dass wir hier wirklich Vorreiter sind! (*KO Darmann: Nicht bitten, machen!*)

Touristisch gesehen ist es für unseren Wirtschaftsstandort Kärnten ganz, ganz wichtig, weil, wie das auch schon der Herr Kollege Malle gesagt hat, das die Visitenkarte des Landes ist. Jeder Tourist und jeder Gast, der bei uns durch das Land fährt, sieht auch, in welchem Zustand das Land ist. Wichtig für uns ist es, dass wir eben schauen, dass wir dadurch auch die Stärkung der Erreichbarkeit aller Kärntner Täler und die Sicherung vom ländlichen Raum hiermit erreichen und dass im alltäglichen Leben – Kärnten ist ja ein Land der Pendler, mehr als 117.000 Pendler haben wir in Kärnten, dass diese hier auf guten Straßen zur Arbeit fahren können. Es geht um die Sicherheit und das betrifft jeden einzelnen Kärntner und jede einzelne Kärntnerin.

Lassen Sie mich bitte ein paar wichtige Bauvorhaben hier aufzählen. Maßnahmen wie der Brücken-Neubau auf der B 83 Kärntner Straße, die ÖBB-Unterführung Seebach in Villach, hier reden wir von insgesamt 3,7 Millionen Euro an Landesmitteln. Oder die Wiederherstellung der Befahrbarkeit auf der L 29, der Guggenberger Straße. Hier war die Straße teilweise abgerutscht und ist nun wieder beidseitig befahrbar. Hier reden wir von einer Gesamtinvestition vom Land Kärnten von € 310.000,--. Noch heuer geplant sind weitere dringende Sanierungsmaßnahmen an der L 33 Kreuzner Straße bei Paternion. Hier reden wir von Gesamtkosten in Höhe von € 235.000,--. Hier gab es Fahrbahnschäden. Sie sind teilweise so groß, dass ein generelles Fahrverbot für LKW und Sattelschlepper erlassen wurde, was insbesondere für die Holzindustrie ein großes Problem darstellt. In Vorbereitung befinden sich außerdem im Bezirk Wolfsberg das Baulos zwischen Taxwirt und Reichenfels an der B 78 Obdacher Straße, im Bezirk Spittal die Bauarbeiten für einen weiteren Abschnitt an der L 3 Amlacher Straße, im Bezirk Völkermarkt Fahrbahnsanierungen an der L 121 Turnersee-Straße. Hier reden wir von Kosten in Höhe von € 165.000,-- und Straßensanierungen aufgrund von Katastrophenschäden an der B 82 Seeberg Straße, Kosten € 130.000,--. Das sind Beträge, die natürlich hier im Raum stehen. Ich bin mir sicher, dass der Herr Landesrat das gut machen wird. Den Abschlussworten vom Hueter kann ich nur beipflichten, dass es wichtig sein wird, in

Häusl-Benz

die Zukunft zu schauen, das abzarbeiten und zu schauen, dass wir hier eben diesen Aufhol- und Sanierungsbedarf bei den Kärntner Landesstraßen auch machen. Danke! (3. Präs. Lobnig: Tun! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letzten Redner in der Aktuellen Stunde habe ich den Abgeordneten Günter Leikam vorge-merkt. Ich erteile ihm dieses Wort vom Rednerpult aus!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsglieder! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor den Internetgeräten! Am Beginn vielleicht ein paar Sätze zu den Ausführungen des Abgeordneten Trettenbrein – ich sehe ihn zwar jetzt nicht hier im Saal – als er gemeint hat, wie wenig in den Straßenbau in Kärnten investiert wird. Wir und die derzeit im Amt befindliche Finanzreferentin Gaby Schaunig, wir sparen zuerst, wir stellen die Mittel auf und wir geben sie dann aus. Und ihr, geschätzte Kollegen der Freiheitlichen, habt mit euren Referenten in der Vergangenheit auf Pump gelebt und habt nachfolgende Generationen belastet. Ich überlasse es euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst zu entscheiden, sich selbst ein Bild zu machen, welche Finanzpolitik in diesem Bereich die vernünftiger ist, ansparen oder auf Pump zu leben. Vielleicht ein Beispiel, die „vergoldete“ Umfahrung Bad St. Leonhard. Hier mussten im Straßenbauprogramm 2008 bis 2011 circa 100 Bauvorhaben zurückgestellt werden, eine Maßnahme oder Maßnahmen, die bis heute nachwirken.

Jetzt zum heutigen Thema, zur Straßenbau-Offensive. Die sichere Befahrbarkeit der Kärntner Landesstraßen durch Verbesserung der Straßeninfrastruktur ist die Grundlage für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum. So ist es niedergeschrieben im Regierungsprogramm der „Kärnten-Koalition“. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es stimmt und wir stellen das gar nicht in Abrede, im Bereich des Straßenbaus besteht massiver Sanierungsbedarf, daher bekennt sich auch diese „Kärnten-Koalition“ zu einer Offensive im Bereich des Straßenbaus, im

Bereich des Wege- und des Brückenbaus! Es werden aber auch Akzente im Bereich des ländlichen Wegenetzes in Zukunft gesetzt. Und was auch ganz, ganz wichtig ist, das Radwegenetz wird weiter „attraktiviert“. Die Kärntner Landesregierung, an der Spitze hier mit der Finanzreferentin Gaby Schaunig, hat im Jahr 2018 bereits bei der Budgeterstellung einen Schwerpunkt in diesem Bereich der Infrastruktur gelegt, 26,2 Millionen Euro Mitteleinsatz, Investitionen in den Straßenbau, eine Höherdotierung – heute schon erwähnt – von 7,7 Millionen Euro, € 800.000,-- die Höherdotierung im Bereich des ländlichen Wegenetzes, mit einer Gesamtsumme von 8,8 Millionen Euro.

Was aber auch ganz, ganz wichtig ist: Neben diesem Straßenbau und dem ländlichen Wegenetz gibt es insgesamt alleine Mittel über das Landesbudget für bauwirksame Investitionen in unserem Land im Jahr 2018, um über 40 Millionen Euro mehr als im Jahr 2017. Ich darf aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass die Landesregierung, die vorherige Landesregierung, die „Zukunftskoalition“, mit dem Bund, mit dem damaligen Infrastrukturminister Stöger ein Kärnten-Paket mit Investitionen in Kärntens Infrastruktur von 2,6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 verhandelt hat. (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Das ist wohl der beste Beweis, dass die damalige Bundesregierung an die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geglaubt hat. Neben den enormen Investitionen im Bereich der ÖBB Schiene, Stichwort Koralmtunnel, werden auch 550 Millionen Euro im Straßenbereich über die ASFiNAG investiert, große Projekte, unter anderem der Neubau der zweiten Röhre des Karawankentunnels, voraussichtlich 2022 für den Verkehr freigegeben, mit Kosten von 185 Millionen Euro oder der Sicherheitsausbau der S 37, der Klagenfurter Schnellstraße. Diese Investitionen in die Infrastruktur sind sehr, sehr wichtig! Der Wirtschaftsstandort Kärnten braucht eine starke Infrastruktur mit Investitionen in Straße, mit Investitionen in Schiene, mit Investitionen in Forschung oder auch das Internet. Mit diesen Investitionen bleibt Kärnten an den Zentralraum angebunden.

Zum Abschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, zurück zu den landeseigenen Investitionen. Ja, unbestritten, mehr Mittel für den Straßenbau kann man immer einsetzen,

Leikam

das ist eh klar. Wir müssen uns aber nach dem Budget, wir müssen uns nach unseren Möglichkeiten orientieren. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) - Danke, Herr Präsident! Mit der Erhöhung dieses Straßenbaubudgets für Straßenbau und Straßensanierung von 7,7 Millionen Euro im Jahr 2018 ist ein erster, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung erfolgt! Ich bin überzeugt, es werden weitere richtige Schritte folgen. Die „Kärnten-Koalition“ bekennt sich zu einer landesweiten Straßen-, Wege- und Brückenbau-Offensive! Ich danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir die Aktuelle Stunde mit 10 Uhr 42 Minuten erledigt.

Bevor ich nun in die Tagesordnung eingehe, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, weil wir eine kurze Gedenkminute für ein ehemaliges Mitglied des Hohen Hauses vornehmen wollen! (*Alle Anwesenden erheben sich.*) Am 23. Mai 2018 ist Herr Ing. Hubert Polster, Abgeordneter a. D. und landwirtschaftlicher Fachlehrer i. R., im 80. Lebensjahr verstorben. Er wurde geboren am 31. Oktober 1938 in Fischering, am Bauernhof vulgo Kamper, als jüngstes von insgesamt fünf Kindern. Als er 14 Jahre alt war, starb seine Mutter. Dieser Schicksalsschlag schweißte ihn mit seinen vier Geschwistern, mit der Familie noch deutlich enger zusammen. Nach der Hauptschule und der Landwirtschaftlichen Fachschule Fürn besuchte er die Höhere Bundeslehranstalt für Landwirtschaft in Raumberg, wo er eine fundierte bäuerliche, jagdliche und vor allem auch persönlichkeitsbildende Ausbildung genießen durfte, welche für seinen weiteren Lebensweg entscheidend war. Nach der

Schule wurde er Angestellter der bäuerlichen Genossenschaft und in weiterer Folge Fachlehrer an der Landwirtschaftlichen Fachschule St. Andrä. In der Landjugend und geprägt davon als guter Rhetoriker hat er auch den Weg in die Politik gefunden. Er bekleidete wesentliche Funktionen in der Stadtgemeinde St. Andrä als Gemeinderat, als Gemeindeparteiobmann und als Stadtparteiobmann, wo er in der Funktion des Vizebürgermeisters tätig war. Er war Mitglied des Kärntner Landtages über drei Legislaturperioden, allerdings in seiner ersten Amtszeit vom 18. Mai 1979 bis 29. Oktober 1979 verkürzt. Da war er Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses. Dann war er Abgeordneter vom 20. Oktober 1979 bis 30. Oktober 1984. Da war er Mitglied des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaftsangelegenheiten. Dann wiederum wurde er Abgeordneter vom 18. Dezember 1986, in der 25. Gesetzgebungsperiode, bis 28. Februar 1989. Er war da ebenso als Mitglied des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft tätig. Er hat natürlich auch zahlreiche Auszeichnungen erfahren. Er war Ehrenmitglied und Ehrenbezirksjägermeister der Kärntner Jägerschaft. Er war 17 Jahre als Hegeringleiter, 8 Jahre als Vorsitzender in den verschiedenen Ausschüssen tätig. Er war 20 Jahre Bezirksjägermeister des Bezirkes Wolfsberg. Ich denke, er war neben seiner Tätigkeit als Kommunalpolitiker und Abgeordneter sehr, sehr engagiert in öffentlichen Funktionen. Unter anderem war er auch Mitglied des KELAG-Aufsichtsrates. Er war ein umgänglicher, kooperativer, liebenswürdiger Kollege. Ich verspreche, dass wir ihn seitens des Kärntner Landtages in ehrendem Angedenken bewahren werden! – Ich möchte mich bedanken für diese kurze Trauerminute!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen nun zur

Tagesordnung

Bevor ich den vorliegenden Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich noch darauf hinweisen, dass die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen und -anfragen spätestens in einer Stunde, also um 11 Uhr 47 Minuten endet. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge und eine

Dringlichkeitsanfrage vom Freiheitlichen Landtagsklub bereits auf. Die Behandlung der vorgezogenen Dringlichkeitsanträge würde vier Stunden – aber nachdem davon auszugehen ist, dass es nicht so lange dauern wird, bis wir zur Verhandlung kommen, sind die auch nicht vorgezo-

Ing. Rohr

gen beantragt. Sie werden also vor Verlesung des Einlaufes stattfinden. Ebenso ist die Dringlichkeitsanfrage spätestens eine Stunde nach Eingehen in die Tagesordnung entsprechend zu begründen und dann im Einlauf auch entsprechend zu beantworten. Der Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung heute ist die sogenannte Budgeteinbegleitung durch die Finanzreferentin des Landes Kärnten, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig.

Ldtgs.Zl. 177-6/32:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2018 sowie des Stellenplanes des Landes Kärnten 2018, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2018 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 K-LVG

Ich darf mich auch sehr, sehr herzlich bedanken für die Vorbereitung dieses Budgetentwurfes seitens des Landtages bei der zuständigen Finanzabteilung und deren Abteilungsvorstand, Dr. Horst Felsner! Es werden in den nächsten Tagen noch die entsprechenden Ausschusssitzungen und Beratungen im Landtag dazu stattfinden. Dann wird es sozusagen ein endgültiges Budget nach dem Provisorium mit der Zwölftel-Regelung nach Beschlussfassung am 21. und 22. Juni in der Debatte über das Budget hier im Haus geben. Ich darf die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig bitten, vom Rednerpult aus zu sprechen!

Bevor ich ihr aber das Wort erteile, sehe ich, dass eine Besucher-Gruppe, auf die ich schon gewartet habe, auf der Galerie im Begriff ist, Platz zu nehmen. Es ist dies der Seniorenklub Lurnfeld. Er wird begleitet von Vizebürgermeister Siegfried Mohl. Sie sind insgesamt mit 40 Personen auf Klagenfurt-Besuch und lassen die Gelegenheit nicht aus, nicht auch die aktuelle Landtagssitzung entsprechend zu besuchen und

dann auch eine Führung durch den historischen Wappensaal zu konsumieren. Ich wünsche euch eine informative und interessante Landtagssitzung, vor allem jetzt, wo es um wesentliche Zukunftsfragen, das Budget des Jahres 2018, hier im Hohen Haus geht! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, ich bitte dich, vom Rednerpult aus deine Budgeteinbegleitung vorzunehmen!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin

Schaunig-Kandut (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungskolleginnen und -kollegen! Geschätzte Abgeordnete zum Kärntner Landtag! Sie erlauben mir, eine Begrüßung vorzunehmen, an meine Eltern! Danke für die Unterstützung stellvertretend für alle unsere Angehörigen und deren laufende Unterstützung, denn ohne sie könnten wir unsere Arbeit, die doch sehr anspruchsvoll ist, nicht machen! Es freut mich auch, dass die Vertreterinnen und Vertreter einer Generation heute da sind, denen wir zu großem Dank verpflichtet sind und deren Interessen wir in allen Budgets des Landes auch entsprechend vertreten!

Die letzte Regierungsperiode haben wir mit Mühlsteinen begonnen, mit der Aufarbeitung der Hypo/HETA-Krise mit den massiven Landeshaftungen. Ich erinnere daran, der Höchststand – 24 Milliarden Euro! Im heute zu beschließenden Landesvoranschlag 2018 stehen an dieser Position 24 Millionen Euro! Weitere Mühlsteine waren die Verpflichtungen aus Vorperioden, wie die Finanzierung des Stadions, aber auch die Straßenbau-Finanzierungen der Vorgänger-Regierungen, die über ein Jahrzehnt Mittel aus dem Straßenbau für Vorfinanzierungen gebunden haben. Die jetzige Legislaturperiode beginnen wir mit Meilensteinen, mit der wirklich historischen Investition, die Infineon in Villach tätigt – 1,6 Milliarden Euro – mit den Silicon Austria Labs, die wir umsetzen können und wodurch wir Kärnten ganz klar an die Spitze der Technik, der Forschung im Bereich der Mikroelektronik bringen und mit der Wiedererlangung der finanziellen Vertrauensfähigkeit unseres Landes. Wir können uns wieder auf Finanzmärkten finanzieren. Es gibt ein Vertrauen in die finanzielle Gebarung des Landes Kärnten. Die wirklich historische Investition von Infineon ist

Schaunig-Kandut

primär einem zukunftsorientierten Unternehmen zu verdanken, den wirklich innovativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Es erfüllt einen mit Stolz, auch wenn man nicht unmittelbar dazu beigetragen hat, wenn der Vorstandsvorsitzende von Infineon in der Pressekonferenz dezidiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Standortes in Villach anspricht, die dazu beigetragen haben, dass diese Investition nach Kärnten kommt! Des Weiteren sind sicher langfristige wirtschaftliche Überlegungen des Konzerns die Grundlage. Dass sich aber Österreich gegenüber Deutschland und Malaysia durchgesetzt hat, das hat sehr wohl mit den Rahmenbedingungen in Österreich zu tun, insbesondere auch mit dem Bereich der Forschungsprämie, die F&E-Ausgaben von Unternehmen ganz gezielt fördert. *(KO Darmann: Dank Bundesregierung!)* Ja, das hat die letzte Bundesregierung gemacht. Danke für den Einwurf, Herr Abgeordneter Darmann! Dass sich Österreich durchgesetzt hat, das hat mit diesen Rahmenbedingungen zu tun. Dass Kärnten und Villach sich darüber freuen können, dass dieses Werk und die Forschungsbereiche bei uns angesiedelt werden, hat auch mit den Weichenstellungen der letzten Jahre zu tun. Wir haben eine klare Fokussierung auf unsere Stärken vorgenommen, die im Bereich der Mikroelektronik liegen. Wir haben unser Engagement bei Silicon Alps entsprechend gezeigt, ebenfalls gemeinschaftlich mit der letzten Bundesregierung. Wir unterstützen die Lehrlingsausbildung auch ganz stark im Bereich der Digitalisierung. Davon zeugt auch eine letzte Investition in der Lehrwerkstätte in Villach im Bereich des 3D-Druckes. Wir bündeln die MINT-Fächer und unterstützen die Schulen in diesem Bereich durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Diese gleichen Schritte haben auch dazu geführt, dass die Silicon Austria Labs in Kärnten angesiedelt werden. Diesen erfolgreichen Weg, den werden wir auch in dieser Legislaturperiode fortsetzen. Ich habe in den letzten Jahren meine Budgetrede immer mit Zitaten aus der Literatur begonnen. Für das heurige Jahr habe ich für Kärnten – als Eishockey-Hochburg passend – ein Sportzitat von Wayne Gretzky gewählt. Seine persönliche Erfolgsstrategie lautete: „I skate to where the puck is going, not where it has been.“

Seit 2013 hat unser Bundesland eine tiefgreifende Veränderung erfahren. Oft, glaube ich, wird uns dem selbst gar nicht bewusst, denn wenn

man so im Zentrum des Sturms ist, dann ist es dort meist am ruhigsten. Aber lassen Sie mich anhand von ein paar Kennzahlen im Zeitraffer die Entwicklung der letzten Jahre Revue passieren. Ein Indikator für die Entwicklung unseres Landes ist das Rating. Das erste Moody's Rating Kärntens erfolgte 2011 mit der Stufe Aa3. Im Jahr 2014, Sie erinnern sich, die ersten Probleme in der Hypo, wurde das Rating herabgestuft auf A2. Im März 2015, ein Tag, der dem Herrn Landeshauptmann und mir wahrscheinlich in ewiger Erinnerung bleiben wird, erfolgte die Umwandlung der Hypo in eine Abbaueinheit HETA und die Herabstufung auf Baa3, im August 2015 der Tiefpunkt auf B3. Unser Rating war auf sogenanntem „Ramsch-Niveau“. Wir konnten uns auf dem Kapitalmarkt nicht mehr finanzieren. Wir erinnern uns noch alle an die damit verbundenen Ausgaben-Sperren. Wir konnten viele Bereiche nicht zeitgerecht auszahlen. Kulturinitiativen, Sozialdienstleister waren die Leidtragenden dieses schlechten Ratings unseres Bundeslandes. Im April dieses Jahres erreichte unser Rating wieder Aa3. Laut Definition Moody's: „Obligations rated Aa are judged to be of high quality and are subjected to very low credit risk.“ Wir können uns wieder auf dem Kapitalmarkt finanzieren. Die KABEG macht das in diesem Jahr auch mit einer Kreditaufnahme für ein großes Investitionsvolumen. Kärnten wird als vertrauenswürdiger Partner angesehen. Zwischen diesen beiden – Tiefpunkt und aktuelles Rating – liegen gerade einmal 994 Tage, 994 Tage oder 2 Jahre, 8 Monate und 20 Tage. Wir haben uns, um in der Eishockey-Sprache zu bleiben, vom Tabellen-Ende wieder an die Spitze der Liga hochgearbeitet, wie im Sport, mit viel Arbeit – die Schlafbilanz vom Uli Zafoschnig und mir in der Zeit der HETA-Haftungsbereinigung, die Bilanz zwischen Arbeitszeit und dem, was wir Ruhe hatten, ist sehr bescheiden ausgefallen – mit viel Einsatzbereitschaft, Verzicht, Schweiß und Rückschlägen – wir erinnern uns an die Ablehnung des ersten Angebotes – mit auch Glück, der allgemeinen Konjunkturentwicklung und vor allem mit Teamgeist und Fairness allen Beteiligten und Partnern gegenüber. Der größte Dank gilt den Kärntnerinnen und Kärntnern, die, auch wenn es schwierige Zeiten gab, und da darf ich noch einmal die Auszahlungssperren anführen, hinter ihrem Regierungs- und Landtagsteam gestanden sind! Ein großes Danke dafür auch für die vielen positiven

Schaunig-Kandut

Rückmeldungen und Unterstützungen in dieser Zeit, die wir alle dringend gebraucht haben!

Auch die wirtschaftlichen Kennzahlen unseres Landes, die Arbeitsmarktdaten und die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes spiegeln die positive Entwicklung wider. Im Vergleich 2013 zu 2018 ist die Forschungsquote in Kärnten von 2,86 Prozent auf 3,15 Prozent angestiegen, eine Steigerung um 10 Prozent. Im Lichte der letzten Entwicklungen wird dieser Trend ganz sicher fortgesetzt werden. Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2013 minus 0,2 Prozent. Die Wirtschaft ist geschrumpft. Der aktuelle Jahreswert liegt bei 2,19 Prozent. Ein besonders erfreulicher Wert ist die Entwicklung unseres Bruttoregionalproduktes. Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen, trotz der Notwendigkeit, unser Budget zu konsolidieren und einen Sparkurs zu fahren, haben wir es geschafft, so intelligent zu sparen, dass wir dennoch auch die richtigen Impulse gesetzt haben. Unser Bruttoregionalprodukt ist von 2013 bis 2018 um 3,3 Milliarden Euro gestiegen, von 17,9 auf 21,2 Milliarden, eine Steigerung um 18,5 Prozent. Dafür das Danke an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land, an die Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit wirklich viel Arbeit, mit großem Einsatz und auch mit Hilfe von Investitionen der öffentlichen Hand es bewirkt haben, dass wir eine so positive Entwicklung ausweisen können!

Die Nächtigungen in Kärnten betragen 2013 12,1 Millionen, in diesem Jahr 16,4 Millionen, eine Steigerung um 35,3 Prozent. Die Förderungen beim Wirtschaftsförderungs Fonds, das heißt von Unternehmen damit getätigten Innovationen und Investitionen, sind kräftig angestiegen von 648 auf 797 Förderfälle und das Jahr ist noch nicht abgeschlossen.

Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten ist gestiegen von 205.000 auf 210.000 im Jahresdurchschnitt. Und ein ganz wichtiger Indikator, die Jugendarbeitslosigkeit, sank in diesem Zeitraum um 36,23 Prozent. Das ist für ein Land besonders wichtig, denn wir müssen den jungen Menschen Perspektiven geben.

In der Bauwirtschaft stieg das Investitionsvolumen in der Gesamtbetrachtung des Produktionswertes von 980 Millionen auf 1 Milliarde 100 Millionen, eine Steigerung von 12,24 Prozent. Betrachtet man nur das, was durch öffentliche

Investitionen ausgelöst wurde, so stieg das Volumen im Jahr 2013. 400 Millionen, auf zwischenzeitig 574 Millionen Euro, eine Steigerung von 43,24 Prozent. Diese Steigerung lässt sich auch in ganz erfreulichen Daten der Bauwirtschaft in der Statistik in Kärnten ablesen.

Dieser kurze Blick in die Vergangenheit zeigt, dass wir in den letzten fünf Jahren durch intelligentes Sparen unser Budget auf den richtigen Weg gebracht haben, aber gleichzeitig sinnvoll investiert haben mit den von unserem Landeshauptmann mehrfach angeführten kleinen Schritten, die letztendlich zu großen Ergebnissen führen. Um auch hinkünftig erfolgreich zu sein, müssen wir uns weiterhin stets daran orientieren, was die Erfordernisse der Zukunft sein werden. Wir müssen die Gegenwart von der Zukunft aus denken. Wie soll Kärnten in zehn Jahren aussehen und was müssen wir heute dazu tun, um diese Zielsetzungen zu erreichen? Bei den wichtigen Zukunftsthemen müssen Schwerpunkte im Budget gesetzt werden, um unser Bildungssystem, beginnend bei den Jüngsten, auf die Anforderungen abzustimmen, die wir im nächsten Jahrzehnt brauchen werden – Kreativität, Teamfähigkeit, ethische Werte und Lernfreude ein ganzes Leben lang. Wir müssen Schwerpunkte setzen, damit unsere wirtschaftliche Entwicklung die Trends der Zukunft – Nachhaltigkeit und Digitalisierung – aktiv nutzen kann, aber auch um jenen, die von dieser Entwicklung nicht entsprechend profitieren, die Sicherheit zu geben, dass es eine gemeinsame politische und zivilgesellschaftliche Aufgabe ist, uns für sie stark zu machen, um sicherzustellen, dass soziale Sicherungssysteme auch den Anforderungen der Zukunft gerecht werden, damit jede und jeder die Gewissheit hat, dass Gesundheit und Pflege in unserem Bundesland auf höchstem Niveau gewährleistet ist und um unsere Umwelt und Lebensmittel nachhaltig in ihrer Qualität zu sichern.

Bevor ich zu den Eckdaten des Landesvoranschlages 2018 komme, möchte ich mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen, allen voran Herrn Dr. Felsner, der Finanzabteilung bedanken, die wie alle Jahre mit großer Akribie und großem Fleiß die Budgetdaten erstellt und uns alle unterstützt haben, ebenso wie den Verantwortlichen der einzelnen Landesabteilungen! Ich darf anfügen, danke auch allen Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, die alle top

Schaunig-Kandut

vorbereitet waren, gemeinschaftlich mit den KollegInnen in der Verwaltung und die Budgetverhandlungen wirklich zügig geführt werden konnten!

Der Landesvoranschlag 2018 weist Ausgaben in der Größenordnung von 2.732.523.700,- Euro aus. Dem stehen Einnahmen ohne Fremdfinanzierung von 2.456.814.600,- Euro gegenüber. Unter Zugrundelegung der vorgesehenen Tilgung von Finanzschulden in Höhe von 231.923.000,- Euro ergibt sich eine Nettoneuverschuldung von minus 43,78 Millionen Euro. In unserer Budgetplanung hatten wir noch eine Neuverschuldung für das heurige Jahr von über 80 Millionen Euro vorgesehen. Wir übertreffen also das, was wir uns an Konsolidierungszielen selbst gegeben haben. Das Maastricht-Ergebnis für das Jahr 2018 beträgt plus 12,4 Millionen Euro. Das ist der relevante Wert, wo die Einmal-Ereignisse herausgerechnet werden und wir eine Vergleichbarkeit auch mit anderen Perioden und anderen Bundesländern sicherstellen. Wenn man jetzt den LVA 2018, den bereinigten Landesvoranschlag 2018, also ohne HETA-Einmal-Effekte gegenüberstellt, ist ersichtlich, dass wir im Landesvoranschlag 2017 eine Nettoneuverschuldung von 104,4 Millionen Euro ausgewiesen haben. Das heurige Budget liegt maßgeblich darunter. Wir haben uns auch im Vergleich zum Vorjahr wiederum verbessert. Wir haben mit dem Budget auch alle gesetzlichen und vertraglich vorgegebenen Bedingungen eingehalten: Die Ausgabenbremse, das Kärntner Budgetkonsolidierungsgesetz und wir tilgen wiederum Schulden. Bei der Ausgabenbremse, das ist ein Faktor, der im Stabilitätspakt eingeführt worden ist, um die Ausgaben-Zuwächse der einzelnen Gebietskörperschaften einzudämmen. Als Vorgabe für das Jahr 2018 hatten wir in Kärnten 4,33 Prozent oder 73,82 Millionen Euro an möglichen Ausgaben-Zuwächsen. Wir bleiben weit unter diesem Wert mit einer Steigerung von 3,03 Prozent oder 51,6 Millionen Euro. Desgleichen halten wir mit dem Maastricht-Ergebnis von plus 12,43 Millionen Euro die Vorgaben des Kärntner Budgetkonsolidierungsgesetzes ein. Das größte Augenmerk legen wir auf die Eindämmung des Schulden-Zuwachses. Nach der Tilgung der ersten große Tranche des Haftungsbeitrages im Jahr 2017 von 400 Millionen Euro aus den Erlösen des Sondervermögens Kärntens und einer außerordentlichen Tilgung der Schulden aus der

Pfandbriefbank und hohen Tilgungen aus dem Haushalt ohne nennenswerte Kreditaufnahmen im letzten Jahr, haben wir die Schulden bereits signifikant reduzieren können. 2017 sind wir auch aus den letzten Fremdwährungskrediten ausgestiegen. Das heißt, das Budget 2018 weist keine Risiken von derivativen Rechtsgeschäften oder Fremdwährungskrediten mehr auf. Wir haben eine absolut risikoaverse Finanzgebarung. Trotz eines Abganges im Landesvoranschlag 2018 gemäß VRV wird im Jahr 2018 das Ziel des Schuldenabbaus auch weiterhin realisiert. 2018 werden wir maximal 100 Millionen Euro an zusätzlicher Liquidität aufnehmen müssen. Wir tilgen 231,9 Millionen Euro. Das heißt, wir erreichen einen Schuldenabbau von 114,3 Millionen Euro oder 3,15 Prozent. Unser Schuldenstand sinkt von 3,62 Milliarden auf 3,51 Milliarden. Ich gehe aber auch davon aus, dass wie in den Vorjahren durch sparsame Budgetbewirtschaftung wir die vorgegebenen Werte des Landesvoranschlages, die ja einen Maximalrahmen darstellen, wiederum verbessern werden. Wenn man jetzt die Verbindlichkeiten für die HETA hinausrechnet, die ja im laufenden Budget schon eingepreist sind, dann erreicht unser Schuldenstand 2,8 Milliarden Euro und liegt damit unter dem Schuldenstand des Landes Kärnten des Jahres 2010. Den Haftungsbeitrag, den wir zu leisten haben für unseren Beitrag zur HETA-Bereinigung, bedecken wir aus dem laufenden Budgetprogramm. Wir haben in der letzten Legislaturperiode vereinbart, dass keine zusätzlichen Kreditaufnahmen erfolgen, sondern im Gegensatz zu Vorgänger-Finanzreferenten jedes Jahr Tilgungsbeträge eingestellt werden und aus dem Budget heraus ohne zusätzliche Schuldaufnahmen getilgt wird. Das Haftungsrisiko des Landes Kärnten, insbesondere nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes hat keine substantielle Bedeutung mehr. Und nach dem Upgrade von Moody's auf Aa3 findet das auch hier seinen positiven Niederschlag. Im Bereich der Annuitäten, wie schon erwähnt, wenden wir 283,6 Millionen Euro auf. In diesem Betrag sind die 50 Millionen Euro Rückführung des Haftungsbeitrages an die OeBFA auch schon mit-enthalten. Bereits dargelegt hat Herr Abgeordneter Leikam die Investitionsmaßnahmen im Jahr 2018. Der Landesvoranschlag 2018 beinhaltet investive und beschäftigungswirksame Maßnahmen in der Höhe von 546 Millionen Euro, das sind 36 Millionen Euro mehr als im Vorjahr,

Schaunig-Kandut

im Bereich der bauwirksamen Maßnahmen 352 Millionen Euro, das sind 48 Millionen mehr als im Vorjahr. Der Landesvoranschlag 2018 kann daher zu Recht als ein Budget des Schuldenabbaus, der Innovation und der Investitionen bezeichnet werden.

Einer der Schwerpunkte im Landesvoranschlag 2018 sind die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Wir haben das Ziel, Kärnten zur kinderfreundlichsten Region Europas zu machen, ein Anliegen, für das unser Landeshauptmann Peter Kaiser steht. Die beitragsfreie Kinderbetreuung ist dabei nur ein Teil dieser Zielsetzung. Dazu gehört aber auch die Qualität des Bildungs- und Betreuungsangebotes, die Förderung der MINT-Fächer, die Errichtung von Motorikparks in allen Gemeinden, der Ausbau der Initiativen „Gesunde Gemeinde“, die Weiterentwicklung der „Frühen Hilfen“, die Dotierung des Schulbaufonds, damit unsere Kinder ein bestmögliches Lernumfeld haben, unsere Musikschulen, damit auch die musischen Begabungen gefördert werden, die Förderung des Schul- und Breitensportes, der Entfall von Elternbeiträgen bei Spitalsaufenthalten, die Sicherung unserer gesunden Lebensmittel und einer intakten Umwelt, die Lehrlingsförderung. Der Ausbau der Berufsorientierung, das Jugendticket, die Jugendkarte, die Kärntner Familienkarte, die Sicherung von Kinderinteressen im Wohnbau und der Ausbau und die Schaffung von Spielplätzen in den Gemeinden und vieles mehr. Wenn Sie sich das Budget 2018 ansehen, so sehen Sie, dass jede Referentin und jeder Referent sich zu diesem Thema im Sinne der Wirkungsorientierung committed hat und auch einen Beitrag leistet. Dieser Schwerpunkt ist im Budget auch an den Zahlen ablesbar. Die höheren Ausgaben im Bereich des Kinderbetreuungswesens von 5,56 Millionen Euro sind im Wesentlichen die Kosten, die wir brauchen, um für das heurige Jahr die beitragsfreie Kinderbetreuung umzusetzen. Der Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildungseinrichtungen darf und wird in Kärnten nicht an finanziellen Hürden scheitern. Im Schulbereich sichern wir eine moderne und effiziente Infrastruktur mit wirklich umfassenden Bildungsangeboten. Wir schaffen regionale Bildungszentren mit Campus-Modellen. Wir bauen die Nachmittagsbetreuung aus, und wir entwickeln unsere Kärntner Schullandschaft zukunftsorientiert weiter. Wir fördern die Neugierde und die Talente unserer Kinder

durch „Educational Labs“, „Tech Kids“, „Entrepreneurship Education“, vertiefende „MINT-Camps“, den Einsatz von Native Speakers an Ganztagschulen und Möglichkeiten, die individuellen Talente und Begabungen sowie die soziale Kompetenz unserer Kinder zu fördern. Auf die Chancen und Herausforderungen einer so rasch wie noch nie sich verändernden Welt können wir unsere Kinder nicht mit der Reproduktion von Lerninhalten vorbereiten, sondern nur durch die Stärkung des Selbstbewusstseins, der Kreativität und der Förderung der Freude am Lernen. Dazu brauchen wir aber vor allem personelle Ressourcen, denn Bildung ist Beziehungsarbeit. Es nützt nichts, wenn wir die tollsten Schulräume haben, aber nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer, um die Bildungsinhalte den Kindern näherzubringen. Deshalb gibt es auch eine Steigerung von 7,73 Millionen Euro bei der Position „Lehrer an Allgemein bildenden Pflichtschulen“, denen Einnahmen des Bundes von 7,02 Millionen Euro gegenüberstehen, sodass der vom Land zu bedeckende Anteil von insgesamt 13 Millionen um 700.000,- erhöht wird. Das erfolgreiche Projekt „Lehre mit Matura“ wird fortgesetzt und ausgeweitet um ein neues Konzept, das sich „Matura und Lehre“ nennt, wo wir Schülerinnen und Schüler nach der Matura dafür begeistern möchten, in einen Lehrberuf zu gehen und sich hier Zukunfts-Chancen zu eröffnen. Für Lehrlinge in den Kärntner Lehrwerkstätten haben wir ein erweitertes Angebot mit Sprachkompetenzen, die an der Werkbank und nicht an der Schulbank weitergegeben werden, wo in den normalen Tagesablauf der Lehrwerkstätten Native Speaker eingebaut werden, die sich mit den Jugendlichen zu ihren Fachthemen in englischer Sprache austauschen. Und wir werden die Fahrtkostenzuschüsse für Lehrlinge verbessern, sodass auch all jene, die in Heimen übernachten und nur zweimal die Woche pendeln, einen Anspruch auf Fahrtkostenzuschuss haben. *(Es herrscht Unaufmerksamkeit bei den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* - Ich darf die Herren von der Fraktion der FPÖ einladen, wenn Sie sich nicht so lange konzentrieren wollen oder können, wir haben eine nette Cafeteria, die steht Ihnen jederzeit offen! *(Abg. Pirolt: Das werden Sie mir nicht sagen!)* Mit praxisbezogener Berufsorientierung in allen Schulen ab der Sekundarstufe 1 soll die Schnittstelle „Übergang Schule – Beruf – Ausbildung“ gestärkt werden. Wir werden auch die Ressourcen im Bereich der

Schaunig-Kandut

Berufsorientierung erhöhen, ab der 7. und 8. Schulstufe vertiefen und erweitern, damit wir den jungen Menschen in Kärnten eine möglichst breite Auswahl an ganz unterschiedlichen Berufsfeldern geben können und LehrerInnen, Eltern und Jugendliche sich vertieft mit den Berufsangeboten in Kärnten auseinandersetzen können. Mit dem Ziel, auch den tertiären Bildungssektor zu stärken, arbeiten die Kärntner Hochschulen zusammen und erarbeiten ein zukunftsorientiertes und qualitätsvolles Studienangebot. Wir werden es auch schaffen, unser Konservatorium, auch ein großes Anliegen unseres Landeshauptmannes, in eine Privatuniversität des Landes umzuwandeln, um dem Hochschulstandort Kärnten zu einem weiteren Aufschwung zu verhelfen und in diesem Bereich neue Studentinnen und neue Studenten für Kärnten zu interessieren. Das Gleiche gilt auch für die Stiftungsprofessuren der Silicon Austria Labs, die wir im technischen Bereich bekommen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt im vorgelegten Landesvoranschlag ist unsere Infrastruktur. Wir wollen unsere Verkehrs-, Daten-, Wasser- und Energienetze zukunftsfähig ausbauen. Für die Breitband-Initiative Kärnten werden wir im Jahr 2018 9 Millionen Euro aus Landesmitteln aufwenden. Dazu kommen 2,4 Millionen Euro, die Landesrat Ing. Fellner aus dem Gemeindereferat beiträgt und die Masterpläne für die Gemeinden hier weiter forciert werden. (*KO Darmann: Fellner oder Bengler?*) - Fellner, zuhören! Aber danke, das ist das Zeichen, dass jetzt aufgepasst wird! (*3. Präs. Lobnig: Wir passen schon auf!*) Dazu kommen noch die Mittel, die wir aus der Kofinanzierung für die ELER-Mittel erreichen können, damit diese Infrastruktur für Kärnten bestmöglich und rasch ausgebaut wird. Wir verfolgen hier einen erfolgreichen Kärntner Weg, der lautet: Zuerst planen und dann bauen. Das gilt auch für den Straßenbau, der ja heute schon ausführlich in der Aktuellen Stunde behandelt worden ist und nunmehr bekannt ist, dass in allen Bereichen des Straßen-, Brücken- und Wegbaus zum einen ein optimierter Mitteleinsatz erfolgen wird, aber auch die Budgets maßgeblich erhöht werden – 7,7 Millionen Euro für den Bereich Straßen, Brücken und 0,8 Millionen Euro für den Bereich des ländlichen Wegenetzes. Des Weiteren wird auch der Radwege-Ausbau wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Ziel

ist es, einen „Radwege-Masterplan“ inklusive einer Budgetierung auf einem eigenen Budgetansatz umzusetzen. Ganz wichtig ist hier die Koordination mit den Gemeinden und dem Tourismus und dem Radkoordinator des Landes. Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie referatsübergreifend die Regierung arbeitet. Das Straßenbaureferat, der Bereich der touristischen Infrastruktur, der Bereich des Sportes und der Bereich der Gemeinden arbeiten gemeinschaftlich an dieser Zielsetzung. Besonderes Augenmerk wird der Qualitätssicherung des Fünf-Sterne-Drauradweges, der Planung von Verbindungen zwischen Drauradweg und den Kärntner Badeseen sowie Lückenschlüssen im überregionalen Radwegnetz geschenkt.

Zusätzlich zum Straßenbau gibt es eine Schwerpunktsetzung in Richtung einer gesamtheitlichen Planung der Mobilitätsketten im öffentlichen Verkehr. Diese Schwerpunktsetzung beinhaltet auch alternative Mobilitätsformen einschließlich des Radverkehrs und der Elektromobilität. Es werden 2018 ebenfalls übergreifend – Land, ÖBB und Gemeinden – neue Park & Ride-Anlagen errichtet und es soll die E-Mobilität auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs ausgebaut werden. Zusätzlich zum regulären Betrieb wird für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrlinge ein Sommerticket eingeführt werden, das Landesrat Zafoschnig auch schon präsentiert hat, das der Jugend die Möglichkeit gibt, den gesamten Verbund des Netzes zu einem Pauschalbetrag entsprechend zu konsumieren.

In Zeiten zunehmender Warenströme, gerade in einem Exportland wie Kärnten, hat das Thema Logistik eine besondere Bedeutung. 2018 wird der Logistik-Masterplan auf der Grundlage von nationalen und europäischen Projekten erstellt. Die erforderlichen Budgetmittel sind vorgesehen und wir möchten unsere Verkehrsnetze auch in die überregionale Netzplanung mit einbringen. Netze sind aber auch die Voraussetzung für eine gesicherte Energieversorgung und Energie-Infrastrukturqualität. Versorgungssicherheit ist durch eine bestmögliche Versorgungsqualität und dem Ausbau des Verteilernetzes sicherzustellen. Das gilt sowohl für den Lückenschluss im Bereich der 380 kV-Leitung als auch für die untergeordneten Netze, die sukzessive ausgebaut und erneuert werden.

Schaunig-Kandut

Im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewirtschaft ist es vorrangiges Ziel, die Maßgaben des gültigen Energiemasterplanes weiter zu verfolgen und auszubauen. Insbesondere auch das e5-Programm für die Gemeinden sollte auf alle Kärntner Gemeinden ausgerollt werden. Das ist der ambitionierte Plan unserer Landesrätin Sara Schaar. Ich glaube, du wirst das auch erreichen!

Eine der wichtigsten Infrastrukturen ist die Verfügbarkeit von ausreichend qualitativ hochwertigem Trinkwasser sowie die ordnungsgemäße Entsorgung von Abwasser. Die Diskussion zwischen Daniel Fellner und mir, wer jetzt das Zukunftsreferat hat, ist noch unentschieden, aber ich glaube, es ist beides gleich wichtig. Wir brauchen zum einen digitale Datennetze, auf der anderen Seite aber ganz sicher auch entsprechende Versorgungsleitungen für unsere Wasser-Infrastruktur. 2018 wird eine Wasser-Charta erstellt und beschlossen werden, mit der ein klares Bekenntnis, „Wasser gehört in die öffentliche Hand“, einhergehen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* In Planung sind Wasserschienen für die Bereiche Zentralraum Kärnten, Lavanttal und Völkermarkt. 2018 wird auch eine Studie über die Trinkwasserversorgung in Auftrag gegeben werden. Die dafür erforderlichen Mittel sind ebenfalls im Landesvoranschlag vorgesehen.

Im Bereich der Hochwasserschutzmaßnahmen – und es vergeht in letzter Zeit ja leider kaum ein Tag, an dem nicht Schlagzeilen in diesem Bereich in den Medien zu finden sind, und vor allem die betroffenen Menschen, die darunter leiden, sind in den Mittelpunkt zu stellen – möchten wir die Bundesmittel zu 100 Prozent ausschöpfen. Hier haben wir die Landes-Kofinanzierung so angehoben, dass es uns möglich ist, wirklich jeden Cent von der Bundesebene auch abzuholen und in Kärnten einzusetzen. Das dient der Sicherheit der Kärntner Bevölkerung, das ist gut für unsere Bauwirtschaft. Jeder investierte Euro hat eine siebenfache Bruttowertschöpfung in Kärnten.

Ein Dach über dem Kopf, das zählt zu den elementarsten Grundbedürfnissen, die die Menschen haben. Leistbarer Wohnraum war daher schon in der letzten Legislaturperiode eines der Kernthemen und er wird es auch in dieser Legislaturperiode sein. Wir werden mit innovativen Maßnahmen unser Programm fortsetzen. *(Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Strauß.)* Wir haben

bereits im August den nächsten Schritt im Mietensenkungsprogramm. Wir haben Projekte in der Umsetzung zum Fünf-Euro-Wohnen, das heißt, eine Miete all inclusive, Betriebskosten plus Heizung um fünf Euro für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Und wir möchten neue Modelle fördern, die generationsübergreifend Wohnformen vorsehen. Da freue ich mich schon gemeinschaftlich mit Beate Prettnner und Sara Schaar, diese Modelle in die Umsetzung zu bringen! Wir gehen aber verstärkt in den Bereich Sanierung und Attraktivierung von Altbestand. Hier braucht es ganz innovative technische Lösungen, wie zum Beispiel in Klein St. Paul, wo wir es unter schwierigen Bedingungen schaffen, nachträglich Lifte einzubauen, damit die Bevölkerung vor Ort in den eigenen vier Wänden verbleiben kann, dort, wo man sozial integriert ist, sich wohlfühlt, und man wirkt auch der Abwanderung aus den ländlichen Regionen Kärntens entgegen. Liebe Gabi, *(Angesprochen ist Abg. Gabriele Dörflinger, Bürgermeisterin der Gemeinde Klein St. Paul.)* danke auch für deinen Einsatz in dem Bereich und für das Know-how, das du eingebracht hast! Ebenso brauchen wir neue Formen der Betreuung, Sozialraumbetreuung, „Kümmerer“ in größeren Wohnbereichen. Wir möchten mehr Gemeinschaftsräume errichten, damit betreubares Wohnen auch sinnvoll umgesetzt werden kann. Und, wie schon erwähnt, wir unterstützen generationsübergreifende Wohnmodelle, wo Nutzer einander gegenseitig unterstützen. Allein für den Bereich der Mietwohnungen ist im Wohnbauprogramm 2017/2018 die Errichtung von 1.180 neuen Mietwohnungen vorgesehen, mit einem Investitionsvolumen von 180 Millionen Euro.

Durch den Bereich Forschung, Entwicklung, Technologie, das haben wir gesehen, hat sich Kärnten als Standort unheimlich positiv entwickelt. Wir haben international erfolgreiche universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, aber auch massiv forschungsfreudige Unternehmen. Die Forschungsquote von 3,15 Prozent, die aktuell diesen Wert erreicht hat, soll in den nächsten Jahren noch weiter angehoben werden. Wir werden die Forschungsachse Süd gemeinschaftlich mit der Steiermark und jetzt auch mit dem Burgenland, das dazugekommen ist, sowie die Silicon Austria Labs erweitern und entsprechend umsetzen und auf einen Erfolgskurs bringen. 2018 wird dazu die

Schaunig-Kandut

Erweiterung des Lakeside Parks in Klagenfurt und des High Tech Campus in Villach erfolgen. Im Budget sind die erforderlichen Dotierungsgrößen von 1,2 Millionen Euro für 2018 vorgesehen. Im Rahmen der Silicon Austria Labs werden wir zusätzliche Stiftungsprofessuren bekommen, wodurch Kärnten auch als Studienort international attraktiver wird. Im Bereich des KWF werden die bestehenden Förderschienen weiter um Digitalisierungsthemen erweitert. Es wird auch ein Schwerpunkt auf den Start-up-Bereich gelegt und Initiativen wie die „Pop-up-Stores“ sollen auf andere Städte ausgedehnt werden. Mit dem neu aufgestellten Bild möchten wir insbesondere jungen Gründerinnen und Gründern und Start-ups die entsprechenden Möglichkeiten geben. Unternehmerisch denkende Menschen sollen in Kärnten von einer guten Idee bis zur Unternehmensgründung begleitet werden. Für die Ein-Personen-Unternehmen halten wir die Initiative aufrecht, dass der erste zusätzliche Arbeitnehmer mit 50 Prozent der Bruttolohnkosten gefördert wird, weil das für viele der so entscheidende Schritt ist, vom Alleinunternehmer hin zum Gründer eines größeren Unternehmens. Hier möchten wir unterstützen, und das haben schon viele aus allen Wirtschaftsbereichen in Anspruch genommen. Ich freue mich, Markus, (*Angesprochen ist KO Mal-le.*) gemeinschaftlich mit der Wirtschaftskammer auch in diesem Bereich die Impulse zu setzen! Investitionen in Aufbau- und Wachstumsprojekte von technologieorientierten kleinen und mittelständischen Unternehmen, sozusagen der Rest der Erfolgsgeschichte der Start-ups, wird durch einen Venture-Capital-Fonds finanziert, bei dem 70 Prozent der Mittel aus einer Beteiligung über den BABEG Venture Fonds erfolgt und die restlichen 30 Prozent von unabhängigen privaten Investoren aufgebracht werden müssen. Hier wurden wirklich sensationell innovative, technologische Projekte eingereicht, die ganz sicher dazu beitragen werden, auch die Forschungsquote in Kärnten weiter zu erhöhen.

Von besonderer Bedeutung wird in den nächsten Jahren aber das Standort-Marketing werden, sowohl was Unternehmerinnen und Unternehmer betrifft, aber – und insbesondere auch – was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft. Wir merken zunehmend, dass die Firmen in Kärnten erweitern, sie expandieren. Dafür brauchen sie aber Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer. Wir müssen die Standort-Qualität Kärntens auch in diesem Bereich nach außen tragen, um qualifizierte MitarbeiterInnen für Kärnten zu lukrieren. Dazu wird es auch die Einrichtung eines „Carinthian Welcome Center“ geben, um all jene zu servicieren, die sich dazu entschließen, nach Kärnten zu kommen. Wir möchten Kärnten als Wirtschafts-, Arbeits-, Studien- und Lebensort – und da haben wir wirklich viel zu bieten – über die Grenzen Kärntens und über die Grenzen Österreichs hinaus positionieren. Wir arbeiten daran, dass Kärnten zum unternehmerfreundlichsten Bundesland wird. 2018 erfolgt die Einrichtung einer Wirtschafts-Ombudsstelle, die dort vermitteln soll, wo es in Genehmigungsverfahren zwischen Behörden und Unternehmen Probleme gibt oder Beschleunigungen notwendig sind, um hier im Sinne einer Verfahrenskonzentration bestmöglich zu agieren, deshalb liegen auch neu alle Bereiche, die rechtlich mit Unternehmensgenehmigungen zu tun haben, in einer Hand. Die Initiative von Landesrat Zafoschnig im Bereich der Wirtschafts-Ombudsstelle wird ein Beitrag sein, Kärnten auf diesen Weg, unternehmerfreundlichstes Bundesland zu werden, zu bringen.

Neben den Global Players, die wir haben, haben wir aber auch eine tolle regionale Wirtschaft. Wir haben zum einen den Auftrag, global zu denken, aber auch lokal zu handeln. Neben der Exportförderung, die wir auch fortsetzen werden, ist es wichtig, die regionalen Wirtschaftsmessen und Wirtschaftsverbände auch zu unterstützen. Dafür gibt es hinkünftig eine Position im Budget. Es fallen uns allen genug Beispiele ein, wo die regionalen Unternehmen sich gemeinschaftlich finden, tolle Initiativen bilden, initiativ sind, auch im Bereich der Lehrlingsausbildung. Dies soll nicht nur mit lobenden Worten, sondern auch mit finanziellen Zuwendungen unterstützt werden.

Der Kärntner Tourismus ist in den letzten Jahren aufgrund einer strategisch orientierten Tourismuspolitik und der Leistungen der Tourismuswirtschaft im Aufwind. Auch hier werden Schwerpunkte gesetzt, und insgesamt gemeinschaftlich – das Gemeindereferat und das Tourismusreferat – werden rund fünf Millionen Euro an Budgetmitteln für die Weiterentwicklung von innovativen Projekten im Tourismus eingesetzt werden. Das umfasst auch den Bereich der Digitalisierung, denn hier haben wir Nachholbedarf,

Schaunig-Kandut

weil viele Betriebe in Kärnten derzeit nicht online buchbar sind, keinen entsprechenden Online-Auftritt haben, denn das sind die Vertriebswege der Gegenwart und umso mehr der Zukunft, die forciert werden müssen.

Ich habe schon erwähnt, dass ein „Radwege-Masterplan“ ausgearbeitet wird, übergreifend über mehrere Referate, der dazu führt, dass die Naturarena Kärnten – und wir haben die beste Outdoor-Sportfläche, die man sich überhaupt nur vorstellen kann – für Einheimische und Touristen entsprechend erschlossen wird. Wer sich viel bewegt, der darf auch gut essen. Wir haben auch die Weiterentwicklung des Projektes „Slow Food Travel“ und „Slow Food Region“ im Bereich Tourismus, Landwirtschaft im Mittelpunkt und möchten diese weiter entsprechend unterstützen.

Aber auch bei einer gut verlaufenden Konjunktur braucht es Impulse am Arbeitsmarkt. Ich habe eingangs erwähnt, nicht alle Bevölkerungsgruppen, nicht jede und jeder profitiert von dieser positiven Entwicklung gleichermaßen. Besonders ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Personen, die längere Zeit keine Beschäftigung finden, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen brauchen Unterstützung. Hier werden wir auch in Beschäftigungsprojekte investieren – 8,7 Millionen Euro, die an ESF-Mitteln für Kärnten zur Verfügung stehen und mit denen ein Gesamtvolumen von Projekten in der Größenordnung von 20 Millionen Euro ausgelöst wird. Im Rahmen des Territorialen Beschäftigungsplanes sind 38 Millionen Euro vorgesehen, die mehr als 3.700 – wenn der Bund nicht so stark kürzt, kommen wir vielleicht auf 4.000 – Maßnahmenplätze beinhalten. Die Schwerpunkte liegen dabei bei der älteren Generation, die schon bei 50plus beginnt, bei Jugendlichen, das ist vor allem der Übergang zwischen Schule und Beruf, bei Langzeitarbeitslosen, Wiedereinsteigerinnen, Frauen und geringer qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. An dieser Stelle ein wirklich sehr ernst gemeinter Appell an die Bundesregierung! Die Aktion 20.000, die Menschen über 50, die bereits über Jahre in der Arbeitslosigkeit waren, wieder Job-Perspektiven gegeben hat, war eine der wirklich sinnvollsten sozialpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre. Die zusätzlichen Kosten sind überschaubar, denn die Betroffenen beziehen Leistungen aus dem

solidarischen System. Die Mehrkosten waren gering. Wenn man diesen Mehrkosten die Einnahmen gegenüberstellt, die aus den mit einer Beschäftigung verbundenen Abgaben kommen, dann gehen diese gegen null. Wenn man noch berücksichtigt, was es an Gewinn an Lebensqualität – und, Beate, wahrscheinlich an Einsparungen im Gesundheitssystem – bedeutet, wenn Menschen in Beschäftigung kommen, was es bedeutet, wenn wir gemeinnützige Arbeiten damit leisten können, die sonst nicht erbracht werden können, dann ist das eine absolute persönliche und volkswirtschaftliche Win-Win-Situation! Ich fordere daher nachdrücklich und im Interesse der Betroffenen, bitte nicht aus ideologischen Gründen menschlich und volkswirtschaftlich absolut sinnvolle Arbeitsmarkt-Projekte zu streichen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

In Kärnten unterstützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch durch die Arbeitnehmerförderung, vor allem durch zwei große Maßnahmen. Der eine Teil ist die Qualifizierung. Hier gibt es den Schwerpunkt 2018 im Bereich der Digitalisierung. Und der zweite Bereich: Wir sind ein Land mit weiten Verkehrswegen und mit vielen Tälern. Das ist der Fahrtkostenzuschuss. Hier gibt es ab 01. Jänner.2018 für viele Kärntner Pendlerinnen und Pendler eine Erhöhung der Förderung um bis zu 50 Prozent. Auch die Einkommensgrenzen wurden um 10 Prozent angehoben. Besonders verstärkt wurde die Förderung für die Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind zwei Seiten einer Medaille, das kann man nicht voneinander trennen. Gerade jetzt, in Phasen eines tiefgreifenden und sehr raschen wirtschaftlichen Wandels im Zeitalter der Digitalisierung, profitieren nicht alle von dieser Entwicklung, deshalb ist an zwei Punkten anzusetzen, bei der Aus- und Weiterbildung, beginnend bei den Jüngsten bis hin zur laufenden Qualifizierung und bei der Absicherung gegen soziale Risiken. Der Zugang kann nicht sein, wie nehme ich jenen, die es am notwendigsten brauchen, etwas weg, sondern wie schließe ich in einer reicher werdenden Gesellschaft die Lücken im Sozialsystem, um eine bestmögliche Absicherung zu bieten? *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Nur wenn – in Anlehnung an einen wirklich beeindruckenden Beitrag von Christian Hölbling in einer Kärntner Tageszeitung vom letzten

Schaunig-Kandut

Sonntag – die digitale Revolution und die humane Revolution Hand in Hand gehen, nur dann werden wir als Gesellschaft gesamt erfolgreich sein. Die Mindestsicherung ist ein Beitrag dazu. Das ist die Hilfe des Landes Kärnten für ein möglichst selbstbestimmtes Leben und eine soziale Teilhabe-Möglichkeit. Da gibt es unterschiedliche Maßnahmen von laufenden Zuschüssen über Eingliederungsbeihilfen, Heizkostenzuschüssen, die Förderung von Beschäftigungsprojekten, die allesamt der Armut entgegenwirken. Das ist auch etwas, was in der letzten Legislaturperiode gelungen ist, die Reduktion der Armut in Kärnten. Aber jede und jeder Einzelne, der davon betroffen ist, ist nach wie vor einer zu viel. Ich habe es schon erwähnt, wir bemühen uns sehr in Kärnten, aber es macht mir große Sorge, wenn auf der Bundesebene Leistungen gekürzt werden, Kindern die notwendige Unterstützung entzogen wird, Gelder für Beschäftigungsprojekte gestrichen werden und Leistungen der Gesundheitsversorgung nicht entsprechend forciert werden! Diese Kürzungen, und das gilt für alle Bundesländer, können wir mit Landesbudgets nicht kompensieren.

Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist es oberstes Ziel von Beate Prettner, alle Kinder und Jugendlichen in Kärnten bestmöglich zu unterstützen, um ein chancengleiches Heranwachsen zu ermöglichen. Für den Bereich der Jugendwohlfahrt gibt es im heurigen Budget 3,65 Millionen Euro mehr, um insbesondere so früh wie möglich Familien auch unterstützend zur Seite zu stehen. Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderung, das stellt der Vollzug des Kärntner Chancengleichheitsgesetzes sicher. Auch hier braucht es zusätzliche Maßnahmen in zwei Bereichen, das betrifft die Wohnversorgung und den Bereich des Arbeitsmarktes. In der Behindertenhilfe ist ein Zuwachs von 7,64 Millionen vorgesehen, der insbesondere Wohnprojekte und Arbeitsprojekte für Menschen mit Behinderungen beinhaltet.

Eine Kürzung von 11,08 Millionen gibt es im Bereich der Flüchtlingsfürsorge, weil aufgrund der aktuellen Anzahl an Asylwerbern dieser Budgetbereich massiv rückgängig ist. Weniger Mittel müssen wir auch in der Wohnbeihilfe ausgeben. Das ist eins zu eins der Niederschlag der Mietenreduktion, die wir umgesetzt haben. Das heißt, die Menschen zahlen von vornherein

eine geringere Miete und müssen nicht zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen jeweils jährlich beantragen.

Neben der Sozialpolitik ist aber die Gesundheitspolitik ein elementarer Sicherheitsfaktor für uns alle. Die Prämisse ist eine flächendeckende und beste medizinische Versorgung ohne Altersunterschiede, ohne Klassenunterschiede, ohne Einkommensunterschiede. In den vergangenen Jahren wurde das Kärntner Gesundheitssystem in diesem Sinn konsequent weiterentwickelt und steht auf einem festen und hochwertigen Fundament. Allerdings haben wir in Zukunft auch besondere Herausforderungen, die demografische Entwicklung – wir werden Gott sei Dank alle immer älter – zum anderen die Weiterentwicklung der modernen Medizin, die immer mehr und immer individuellere medizinische Mittel zur Verfügung stellt und drittens eine markante Zunahme psychischer und chronischer Erkrankungen. Allen diesen drei Aspekten muss gleichermaßen Rechnung getragen werden. Die Versorgung im Gesundheitsbereich, die Dr. Beate Prettner sich zugrunde gelegt hat, ist so etwas wie eine Gesundheits- und Pflegenahversorgung, möglichst nahe an den Menschen, zu Hause vor den Wohnorten. Dazu sollen Zentren rund um den Hausarzt geschaffen werden, die gleich mehrere gute Möglichkeiten bieten, zum einen für die Kärntnerinnen und Kärntner möglichst wohnortnahe versorgt zu werden, für Ärztinnen und Ärzte neue Kooperationsmodelle und für die Spitäler eine Entlastung im Bereich ihrer Ambulanzen. Auch im Bereich der Pflege soll die wohnortnahe Versorgung forciert werden. Wir möchten möglichst viel im Bereich der Hauskrankenpflege anbieten, pflegende Angehörige verstärkt entlasten, damit wir den Zuzug in den Pflegeheim-Bereich, auch begründet durch den Entfall des Pflegeregresses, eindämmen können und den Menschen das bieten, was jede und jeder von sich auch wünscht, zu Hause alt zu werden. Gesundheitspolitik beginnt aber nicht bei der Behandlung von Krankheiten, sondern beim Erhalt der Gesundheit, daher wird auch verstärkt im Bereich der Prävention angesetzt, der Ausbau der „Gesunden Gemeinden“, Präventionsprogramme, die bereits im Kindergarten beginnen, die Ausweitung von Bewegungsparks mit Fitness-Coaches in den Gemeinden und das schon erwähnte Projekt „Frühe Hilfen“. Wir haben in Kärnten die Situation, dass generell zur

Schaunig-Kandut

Steigerung des Lebensalters die Kärntnerinnen und Kärntner – und das dürfte an unserer guten Umwelt liegen – noch älter werden als der Durchschnitt in Österreich, deshalb muss das Pflgethema auch aus einem anderen Blickwinkel betrachtet werden. (*Den Vorsitz übernimmt I. Präs. Ing. Rohr.*) Es ist nicht nur ein Blickwinkel der Pflege und der Gesundheit alleine, sondern ein gesellschaftspolitischer Bereich, der als Gesamtheit zu lösen ist, von Wohnen über Betreuungsformen bis hin zur Unterstützung gegenseitig und des ehrenamtlichen Engagements. Der Entwicklungsplan Pflege 2030, der bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossen worden ist, sieht genau das vor, diese Betreuung und Prävention auf niederschwelligem Niveau, eine Pflegenahversorgung für die Kärntnerinnen und Kärntner. Dazu werden bereits auch bestehende Angebote der kostenlosen Beratung für pflegende Menschen ausgebaut, die GPS-Homepage, das Pflgetelefon Kärnten und auch eine Neuauflage des Pflege- und Demenz-Atlas, gemeinschaftlich mit dem Sozial- und dem Generationenreferat werden auch die Senioren-Organisationen mit eingebunden, die ein ganz wichtiger Faktor im ehrenamtlichen Engagement und in der Unterstützung gegenseitig sind. Beate Prettner sagt immer, die Senioren-Organisationen bieten so viel an, da hat kein Mensch mehr Zeit, krank zu werden. Darin steckt ganz sicher auch ein großes Körnchen Wahrheit.

Ein wichtiger Bereich in der Pflege sind aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier wird im Bereich der stationären Pflege eine Ausweitung des Pflegeschlüssels vorgenommen. Es wird eine Pflege-Image-Kampagne gestartet werden, eine Implacement-Stiftung zwischen Land Kärnten und AMS, damit wir auch hinkünftig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen. Denn der Pflegebereich und der Gesundheitsbereich ist einer der wesentlichen Wachstumsbereiche der Zukunft und ganz sicher auch ein interessanter Arbeitsmarkt für den Zukunftsbereich. Das schlägt sich im Budget mit Mehrausgaben in der Größenordnung von 23,62 Millionen gegenüber dem Landesvoranschlag 2017 nieder. Dazu kommt noch der Pflegefonds mit 6,2 Millionen, also insgesamt 30 Millionen Euro, die aber zu einem Großteil durch den Entfall des Pflegeregresses aus Einnahmen der Sozialversicherungsträger wie aus Bundesmitteln kompensiert wer-

den. Der Bereich der Mobilen Dienste – Hauskrankenpflege, um genau diese Pflegenahversorgung umzusetzen, wird um 3,5 Millionen gesteigert und beträgt in Summe 41,7 Millionen Euro. Dazu kommt noch ein Ausbau der Tageszentren. Da geht es darum, auch die Hol- und Bringdienste entsprechend zu entwickeln, weil das oft der hemmende Faktor ist für Menschen, eine Tagesbetreuung in Anspruch zu nehmen.

Der soziale Zusammenhalt ist wichtig und deshalb braucht es auch dieses koordinierte Vorgehen zwischen dem Gesellschafts- und dem Sozialreferat, das ein solidarisches Miteinander gewährleistet, die Freiwilligen-Arbeit entsprechend einbindet und insbesondere die schon erwähnten Verbände von SeniorInnen und PensionistInnen auch als Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnt. Sara Schaar ist es auch gelungen, dass durch eine Umschichtung der Mittel die Erholungsaktion für ältere Menschen möglich ist. Und es ist schön und auch ein Zeichen für generationenübergreifendes Denken, dass sich die Jüngste in der Landesregierung mit größtem Einsatz für die ältere Generation einsetzt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Kärnten ist ein Land des Miteinanders. Wir haben ein Integrationsleitbild und das ist auch Ausgangspunkt für einen fortlaufenden und dynamischen Prozess und richtet sich an alle – an alle! – in Kärnten lebenden Menschen, egal aus welchem Grund sie sich für unser Bundesland entschieden haben. Die Menschen müssen gefördert und gefordert werden. Das gilt auch für den Spracherwerb, der ein ganz wichtiger Schlüssel zur gelungenen Integration ist.

Kunst und Kultur – Chefsache – bereichern mit zeitgenössischen und traditionsorientierten Impulsen unser Leben und öffnen den Blick auf Neues. Die Kultur soll allen Menschen dieses Landes zugänglich gemacht werden. Es soll ihnen freistehen, ohne finanzielle Hürden, geschlechtsabhängige, bildungs- oder altersbestimmte Einschränkungen. Das zur Verfügung stehende Budget wurde bereits von 2016 auf 2017 um rund eine Million Euro erhöht. Das Gleiche gilt in den Voranschlägen 2017 auf 2018, auch hier wieder eine Steigerung um rund eine Million von 21,4 auf 22,4 Millionen Euro. Ein ausgeprägtes und vielseitiges kulturelles Leben ist nicht nur ein unverzichtbarer Bestandteil Kärntens, sondern auch zunehmend ein

Schaunig-Kandut

Standort-Faktor. Denn kulturelle Attraktivität ist für all jene, die in ein Land zuziehen, ein Faktor, den man nicht gering einschätzen darf. Weltoffenheit ist auch durch ein entsprechendes kulturelles Klima zu positionieren.

Neben der Kulturförderung gilt besonderes Augenmerk aber auch der Sportförderung, und zwar der Ausgewogenheit zwischen Nachwuchsförderung, Gesundheit und Breitensport, die alle Bereiche entsprechend berücksichtigt. Ich habe es schon erwähnt, wir haben in Kärnten den besten Sportplatz, den man sich vorstellen kann, das ist unsere Natur. Aber neben der Naturarena braucht es auch entsprechende Sportstätten. Auch die Förderung und die Umsetzung von Sportstätten-Konzepten haben im Budget ihren entsprechenden Niederschlag.

Auch heute in der Aktuellen Stunde war der ländliche Raum schon Thema. Wir bekennen uns zur Stärkung und Belebung des ländlichen Raumes durch ganz unterschiedliche Initiativen. Zum einen durch die interkommunale Zusammenarbeit, die sicherstellt, dass nicht jede Gemeinde jedes Angebot haben muss, aber in entsprechender Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger alle Angebote in den Regionen vorhanden sind. Die Sicherung und Bereitstellung kommunaler Infrastruktur ist eines der wichtigsten Themen. Es freut mich, dass die Kommunale Bauoffensive, die ja ein wichtiger Impulsgeber ist, fortgeführt wird und Daniel Fellner sich schon Gedanken über weitere Offensiven macht, damit auch die Kärntner Gemeinden hinkünftig zu einem wichtigen Konjunktur- und Wirtschaftsfaktor in Kärnten gehören. Daneben sorgen aber Land und Gemeinden auch für ein gut funktionierendes Netzwerk der Sicherheit. In Zusammenarbeit aller Einsatz- und Rettungsorganisationen mit den Behörden und mit den Gebietskörperschaften haben wir jetzt auch den Schritt gesetzt, die Landesalarm- und Warnzentralen entsprechend zu erneuern. Durch einen Leitstellenverbund ist eine flächendeckende Alarmierung und Warnung im Katastrophenfall vorgesehen. Die Budgetierung ist im Budget 2018 und in den Folgejahren sichergestellt. Die Gesamtinvestition beträgt 9,1 Millionen Euro. Unsere Lebensmittel habe ich schon erwähnt, sie sind ein wichtiger Faktor und Grundlage auch eines Genusslandes und eines wunderschönen Landes, das durch die Land- und Forstwirtschaft entsprechend betreut und gepflegt wird. Hier gilt

es, durch Innovationen auch unsere heimischen Familienbetriebe – und wir haben in Kärnten kleinstrukturierte Betriebe – entsprechend zu unterstützen, EU-Förderungen auszunützen, aber auch dort entsprechende Impulse zu setzen, wo Bäuerinnen und Bauern durch schwierige Lagen, Almwirtschaft oder auch im Bergbauern-Bereich oder im Bereich der Milchwirtschaft, besondere Herausforderungen in Kärnten haben.

Wenn wir uns die Entwicklung unseres Bundeslandes ansehen und vor allem die Möglichkeiten, die noch vor uns liegen, dann gibt es eigentlich keinen Grund für falsche Bescheidenheit. Wir haben Weltklasse-Forschung bis hinaus ins Weltall. Wir haben junge Menschen, die, ganz egal, ob in Schule, Lehre oder Studium wirklich beeindruckende Leistungen vollbringen. Wir haben Unternehmen, die global erfolgreich sind. Das gilt für die bekannten Global Players ganz, ganz gleich wie für viele Hidden-Champions, die wir in Kärnten haben. Wir haben ein Gesundheitssystem auf Top-Niveau und Seen mit Trinkwasser-Qualität und eine Lebensmittel-Qualität, die wirklich hervorragend ist. Das können nicht viele Regionen dieser Welt bieten. Kärnten bietet High Tech in intakter Umwelt. Wir haben unser Bundesland zudem aus finanziellen Untiefen in eine zuverlässige Zukunft geführt. Diese Dinge müssen wir voller Stolz auch erzählen, unsere Kärntner Erfolgsstory, damit das, was in letzter Zeit sehr oft passiert, zum Regelfall wird, nämlich die E-Mails, die Anrufe, „ich möchte nach Kärnten, echt interessant, was sich bei euch tut“. Wir haben ein tolles Team in Regierung und Landtag sowie eine leistungsfähige Verwaltungsmannschaft. Und um in der Eishockey-Sprache zu bleiben „liebe Teamchefs, das Recruiting ist perfekt gelungen“. Ein Team von erfahrenen Profis und vielversprechenden Neuzugängen, eine gute und vertrauensvolle Stimmung im Team, also beste Voraussetzungen für eine optimale Leistung der gesamten Frau-, Mannschaft. Aber über Erfolg und Misserfolg entscheiden manchmal Hundertstel-Sekunden oder Millimeter, das entscheidende bisschen Glück, das man zum Erfolg braucht.

Aber eines kann ich – und ich glaube, da spreche ich für alle Regierungsmitglieder und jede und jeden Abgeordneten – der Bevölkerung versprechen: Alles, was wir beeinflussen können, werden wir beitragen, mit harter Arbeit, größtmöglicher Anstrengung! Wir werden unser Können

Schaunig-Kandut

und unsere Fähigkeiten, unsere unterschiedlichen Talente und Weltanschauungen, unsere ganze Energie und unsere größte Leidenschaft aufbringen, um alle Chancen für Kärnten auch zu nutzen! Wir werden Tabellenführer, nicht mehr und nicht weniger streben wir an! (*Lang anhaltender Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist der vorliegende Tagesordnungspunkt erledigt. Wir haben eine entsprechende - Wir haben 11 Uhr 59 Minuten, 10 Uhr 47 war die vermerkte Zeit. Nein, tut mir leid! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben folgende Uhrzeit, wir haben 11 Uhr 49 Minuten. Ich habe die Tagesordnung eröffnet und vermerkt, dass das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen mit 11 Uhr 57 Minuten (*richtig: 11 Uhr 47*) endet, daher ist es nicht mehr möglich, weitere Dringlichkeitsanfragen und -anträge einzubringen.

Wir haben in der letzten Sitzung einer Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landesrätin Sara Schaar betreffend eine Novelle zum Kärntner Naturschutzgesetz im Rahmen der Angelfischerei die Dringlichkeit zuerkannt. Frau Landesrätin Schaar hatte sich jedoch entschuldigt und konnte daher die gestellten Fragen nicht beantworten. Eine Übermittlung zur schriftlichen Beantwortung, wie dies nach den alten Bestimmungen der Geschäftsordnung möglich war, ist nunmehr nach der neuen Rechtslage nicht mehr möglich, sondern hat die Beantwortung in derselben Sitzung zu erfolgen. Bei einer entschuldigen Abwesenheit kann die Beantwortung aber auch durch ein anderes Regierungsmitglied auf Ersuchen des befragten Regierungsmitgliedes erfolgen. Es wird also zukünftig zwischen den Mitgliedern der Landesregierung notwendig sein, die Beantwortung für die laufende Sitzung vorzubereiten und bei unaufschiebbaren Terminkollisionen jedenfalls für eine Vertretung zu sorgen. Für den Fall einer Verhinderung, ohne sich vertreten zu lassen, etwa bei kurzfristiger Krankheit, sieht die Geschäftsordnung keine Regelung vor, daher haben wir das auch heute in der Präsidiale so besprochen, dass die nicht erfolgte Beantwortung der

dringlichen Anfrage – und die Frau Landesrätin wurde von mir auch über diese Absicht entsprechend informiert – in der heutigen Sitzung vor Behandlung des Einlaufes der heutigen Landtagssitzung beantwortet wird.

Ldtgs.Zl. 54-4/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landesrätin Schaar betreffend Novelle Naturschutzgesetz im Rahmen der Angelfischerei

Frau Landesrätin, ich darf Sie bitten, diese Dringlichkeitsanfrage der Freiheitlichen der letzten Sitzung jetzt entsprechend zu beantworten!

Landesrätin **Schaar** (SPÖ):

Sehr gerne! Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Presse! Ja, das Thema Fischerzelte begleitet euch schon eine Weile, mich seit Kurzem. Ich habe gemerkt, dass da ganz viel Rechtsunsicherheit im Raum ist und auch nicht immer die richtigen Informationen vorliegen. Mein Zugang war, bevor wieder isoliert an einem Gesetz gearbeitet wird, die Vertreterinnen und Vertreter der Fischerei, der Bergwacht, der Abteilung 8 an einen Tisch zu holen und gemeinsam einmal die Sachlage und das Problem zu erörtern und zu diskutieren. Das haben wir gleich darauf auch gemacht. Es sind Vertreter der Fischerei, der Bergwacht, der Abteilung 8 zusammengesessen. Wir haben das Problem erörtert und sind dann relativ schnell einmal draufgekommen, dass auf beiden Seiten Rechtsunsicherheit da war, bei den Fischern, teilweise auch bei der Bergwacht und die Fischerinnen und Fischer teilweise sehr unsicher waren, vor allem wenn sie ihre eigenen Kinder zum Fischen geschickt haben, weil sie oft nicht mehr gewusst haben, was dürfen sie jetzt und was nicht. Aus dem Grund haben wir uns in der ersten Runde gleich einmal darauf geeinigt, wenn es dann eine Lösung gibt, dass wir von Haus aus ein A4-Schreiben, also kom-

Schaar

primiert, in kurzer Form erstellen, gemeinsam mit Bergwacht und Fischerei, die diese neue Verordnung dann betreffen würde und das von Haus aus mit der Fischerkarte mit ausgegeben wird, damit für Rechtssicherheit in allen Bereichen gesorgt werden kann. Das war aber nur einmal das Aufzeigen des Problems. Wir sind dann in einen lösungssuchenden Prozess gegangen und haben uns dann wieder getroffen, wiederum Vertreter der Fischerei, der Bergwacht, der Abteilung 8 und haben dann dort einen konkreten Vorschlag ausarbeiten können im Einvernehmen mit beiden, eigentlich mit allen drei Gruppen. Und es wurde explizit noch einmal nachgefragt, ob das wirklich für alle so in Ordnung ist, Vertreter der Bergwacht, der Fischerei und der Abteilung 8. Es wurde ein Vorschlag erarbeitet, der auf der einen Seite den § 15 des Naturschutzgesetzes ein klein wenig verändern würde und im zweiten Schritt nicht wie bei der vorherigen Lösung einen Erlass mit sich bringen würde, sondern eine Verordnung. Wir sind gerade dabei, diesen Entwurf rechtlich überprüfen zu lassen, um darauffolgend noch einmal mit Fischerei und Bergwacht zusammensitzen zu können. Da ist es für mich so, dass ich sage, ich brauche keinen Schnellschuss, sondern wir wollen in geordneter Art und Weise für Rechtssicherheit auf beiden Seiten sorgen, bei den Fischern und bei der Bergwacht. Es ist auch von den Fischerinnen und Fischern konkret kommuniziert worden: Sie wollen das Camping-Verbot und sie wollen das Zelt-Verbot auch nicht knicken. Sie wollen nicht campen oder zelten in der freien Natur, das wollen sie nicht. Auch die Bergwacht, die das einhält, will das genauso wenig. Das heißt, wir werden eine Möglichkeit finden, dass dieser Wetterschutz, der ein Wetterschutz in der Ausübung der Tätigkeit des Fischens ist, auch weiterhin als Wetterschutz definiert ist. Wir werden keine Ausnahmeregelung des Campierens, keine Ausnahmeregelung des Zeltens in einer neuen Verordnung bringen, sondern dabei haben sich alle Partnerinnen und Partner, die zusammengesessen sind, darauf geeinigt, dass das nicht stattfinden soll. Diese Lösung wird jetzt gerade ausgearbeitet und auch rechtlich begutachtet. Wenn das fertig ist, wird das natürlich in weiterer Folge eingebracht werden. Ich bin auch mit der Bergwacht ständig in Kontakt, mit den Fischerinnen und Fischern in Kontakt. Ich habe bei der Bergwacht auch nachgefragt, was wirklich in diesem Zeitraum pas-

siert ist. Es hat in diesem Zeitraum sieben Organmandate gegeben. Es hat in diesem Zeitraum 58 Verwarnungen gegeben. Es hat in diesem Zeitraum zwölf Abmahnungen gegeben, und es hat in diesem Zeitraum eine einzige Anzeige gegeben. Dass das aber natürlich ein emotionales Thema ist und dass das auch ein bisschen hochgeschaukelt wurde aufgrund der Rechtsunsicherheit, die da war, haben wir zur Kenntnis genommen. Dennoch sind wir bemüht, an einer Lösung zu arbeiten, die für beide beteiligten Vertreterinnen und Vertreter nicht nur eine zufriedenstellende ist, sondern vor allem in beiden Bereichen für Rechtssicherheit sorgt. Da sind wir dran, das werden wir weiter bearbeiten. Ihr werdet sicher, sowie eine Lösung auf dem Tisch ist, von dieser auch in Kenntnis gesetzt. Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – KO Darmann meldet sich zur Geschäftsordnung.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag, aber ich verweise darauf, dass unmittelbar auf die Beantwortung einer Dringlichkeitsanfrage die Möglichkeit einer Debatte erfolgen kann. Bitte, mir eine entsprechende Wortmeldung vorzulegen, dann findet die Debatte statt, dann ist die Geschäftsordnungswortmeldung nicht erforderlich! *(Abg. Staudacher gibt eine Wortmeldung ab. – KO Darmann: Damit ist das erledigt!)* Der Abgeordnete Staudacher hat sich als Debattenredner zu Wort gemeldet. Ich verweise darauf, dass der Debattenbeitrag auf fünf Minuten zeitlich begrenzt ist und dass die Gesamtdauer der Debatte 30 Minuten nicht überschreiten sollte. Herr Abgeordneter Staudacher, du bist am Wort!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Kärntner Landtages! Liebe Referentin! Vorab muss ich festhalten, dass sich genau das jetzt abzeichnet, was wir in der vorigen Legislaturperiode – wo du natürlich noch nicht die Zuständigkeit gehabt hast - aber insbesondere in Bezug auf das Naturschutzgesetz durch die Novellierung sich die Baustellen auch auf tun. Unter anderem ist es natürlich das im Bereich der Fischer. Hier geht es wirklich darum, endlich eine 100-prozentige Lösung her-

Staudacher

beizuführen und das aber zielorientiert und nicht verschleppend über eine längere Zeit! Denn wir sind genau jetzt in der Thematik, da der Angelsport draußen gelebt werden möchte und wir das eigentlich in Wirklichkeit blockieren, weil wir als Gesetzgeber dementsprechende Rahmenbedingungen und Rechtssicherheiten nicht herstellen können. Geschätzte Frau Referentin, ich würde auch ans Herz legen, das Naturschutzgesetz insgesamt gesehen noch einmal zu betrachten und das dementsprechend zu novellieren! Denn in Wirklichkeit ist es ja nicht nur so, dass ein Bereich der Fischerei große Problemstellungen hat, sondern auch in weiterer Folge – durch die Aufblähung des Naturschutzbeirates, durch die Verzögerung der Verfahren, durch die Aufblähung von weiterer Bürokratie und das auch damals im Entwurf dieses Gesetzes von den Bezirkshauptmannschaften und den Bezirkshauptleuten dementsprechend kritisiert worden ist und das aus einem bestimmten Grund – weil sie nämlich draußen vor Ort, wo sie aufgefordert sind, das abzuhandeln, die personellen Ressourcen gar nicht haben. Das ist die nächste Geschichte. Des Weiteren haben wir keine Kostenwahrheit, was die Auswirkungen im Bereich dieses Gesetzes mit sich bringen werden. Also du siehst, wir haben wirklich viele, viele Flecken, die in diesem wichtigen und sensiblen Bereich vorhanden sind, deswegen appelliere ich an die Vernunft aller hier im Landtag vertretenen Parteien, angeführt von dir als Referentin, dieses Naturschutzgesetz zu überarbeiten!

Ich muss noch einmal etwas sagen: Du als Spittalerin, du als diejenige, die unseren Bezirk gut kennt und weiß, wie die wirtschaftliche Situation ist, da muss ich sagen, es ist echt empörend, dass du in einem Zeitungsinterview zu einem Projekt, das 60 Millionen Euro ausmacht, sagst, das kommt nicht, das machen wir nicht. Ich hätte mir erwartet, dass du einen Lösungsansatz aufzeigst und sagst, jawohl, prüfen wir eine Möglichkeit, wie im konsensualen Weg Ökologie und Ökonomie möglich ist. (*Zwischenruf von KO Seiser.*) - Kollege Seiser, das ist auch Naturschutzgesetz, weil das betrifft den Naturschutzbeirat. Das habt ihr ja beschlossen! Also, das zu der Thematik! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion.*) Ich würde dich bitten, die Novellierung des Naturschutzgesetzes voranzutreiben, aber in allen Bereichen noch einmal nach-

zudenken, auch bei den Entschädigungsleistungen für die Grundeigentümer und im Bereich der Ausweisungen der Natura 2000-Gebiete! Da haben wir große Baustellen. Das ist in Wirklichkeit ein Bauchfleck der Vergangenheit, der dringend repariert gehört! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. – KO Darmann: Bravo!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir liegt keine weitere Wortmeldung in der Debatte vor. Gibt es den Wunsch der Referentin, noch darauf zu reagieren? Dann bitte das auch mit einer entsprechenden Wortmeldung zu machen! Darf ich diese haben? Ich denke mir, wir werden uns gerade in der Frage dieser neuen Praktiken auch noch einüben müssen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil die Geschäftsordnungswortmeldung wäre auch nicht notwendig gewesen, Herr Abgeordneter, wenn eine Wortmeldung dagewesen wäre. (*Einwand von KO Darmann.*) Okay, das Mikro ist offen. Bitte, noch einmal darauf zu reagieren!

Landesrätin **Schaar** (SPÖ):

Dankeschön! Man möge es mir verzeihen, aber wir haben es soeben erledigt. Ich möchte nur darauf hinweisen – da sind wir wahrscheinlich schon zugekommen – dass wir bereits in Auftrag gegeben haben, das Naturschutzgesetz zu novellieren. Wir werden auch verschiedenste Stakeholder dazu einladen beziehungsweise wenn wir das Gesetz überarbeiten, wir das über einen längeren Zeitraum machen werden. Wir werden aber die Thematik der Fischerzelte gleich angehen. Sowie wir einen möglichen Lösungsvorschlag haben, werden wir das in der Situation verändern. Wir lassen uns aber für die Novellierung etwas länger Zeit, weil wir auch teilhabende Personen mitbeteiligen wollen. Dankeschön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist diese dringliche Anfrage erledigt. Wir kommen nun zur weiteren

Ing. Rohr

Mitteilung des Einlaufes

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Gemäß der Geschäftsordnung sind die Dringlichkeitsanträge entsprechend zuerst zu behandeln. Ich bitte den Landtagsdirektor um Verlesung des ersten Dringlichkeitsantrages seitens der Freiheitlichen!

A) Dringlichkeitsanträge:

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**Ldtgs.Zl. 177-13/32:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Finanzkontrolle: Haushaltsreform – Finanzen – Landesbeteiligungen** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird dringend aufgefordert, aktuell auch im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2017 und dem Landesvoranschlag 2018 sowie vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltsreform und eines vollständigen Beteiligungsberichtes folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Im Sinne der Haushaltsreform ist auch der derzeit innerhalb der Landesregierung geltende Beteiligungsbegriff um jene Gesellschaften, an denen das Land Kärnten (z. B. BABEG) bzw. ein ausgegliederter Rechtsträger (z. B. indirekte Beteiligungen wie Lakeside Park, Kärnten Werbung, Kärnten Airport) beteiligt ist, zu erweitern. Dies, um in einem gesamten Beteiligungsbericht dem Landtag einen vollständigen Überblick zu ermöglichen und um die finanziellen Mittelflüsse kontrollieren zu können.
2. Der adaptierte vollständige Beteiligungsbericht ist dem Kärntner Landtag mit den jeweiligen LVA sowie LRA beginnend ab dem Rechnungsabschluss 2017 vorzulegen.
3. Der Beteiligungsbericht hat im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltung neben den finanziellen Inputdaten auch Output- bzw. Leis-

tungsdaten sowie operationalisierbare Zieldefinitionen zu umfassen.

4. Im Sinne der Transparenz sind neben der Zusammensetzung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates auch Informationen wie die Gesamtbezüge der einzelnen Geschäftsführer, Vorstände und Aufsichtsräte sowie die Grundsätze der Vergütungspolitik darzulegen. Dies in Anlehnung an § 243b UGB bzw. an den Corporate Governance Kodex.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Dritte Präsident Josef Lobnig. Ich erteile ihm das Wort!

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ja, dieser Dringlichkeitsantrag ist nichts anderes als eine Untermauerung und eine Aufforderung der Empfehlungen des Rechnungshofes, die er mit einem offenen Bericht im März 2018 herausgegeben und veröffentlicht hat. Hier ist ganz dezidiert zu dem Thema der Beteiligungen der ausgegliederten Rechtsträger unter den Punkten 197 und 198 angeführt, was hier der Landesregierung empfohlen wird, bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses, aber auch der künftigen Landesvoranschläge umzusetzen. Ich zitiere alleine einmal den Punkt 197, wo es heißt: „Der Beteiligungsbegriff des von der Finanzabteilung der Landesregierung erstellten Leitfadens zum Beteiligungscontrolling sollte ausgehend von der bisherigen Praxis im Sinne der Haushaltsreform erweitert werden.“ Das ist einmal die erste Empfehlung. „Damit wären auch Anstalten und Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie indirekte Beteiligungen mit einer durchgerechneten Beteiligung in einem nicht unwesentlichen Ausmaß umfasst, womit ein vollständiger Überblick ermöglicht wäre.“ Was heißt vollständiger Überblick, weil ja in der Kärntner Landesverfassung auch festgehalten ist, „dass man nach Artikel 63 Abs. 2 bei der Haus-

Lobnig

haltensführung des Landes die Grundsätze der möglichst getreuen, vollständigen und einheitlichen Darstellung der finanziellen Lage des Landes einzuhalten hat“. Was heißt das? Dass man natürlich auch ausgegliederte Rechtsträger, dort, wo das Land Kärnten beteiligt ist, wo das Land Kärnten über das Budget Landesmittel zur Verfügung stellt, dass man die auch ins Budget hineinnimmt, damit auch wir als Opposition die Kontrollrechte dort ausüben können, weil hier kann man nicht hergehen und sagen, wir streichen jetzt diese und schränken diese Kontrollrechte ein. Hier sei auch erwähnt, wenn man zum Beispiel die Reduzierung der Aufsichtsräte in der KABEG hernimmt oder die Streichung von den ordentlichen Stimmrechten der damit ausgestatteten Aufsichtsräte der Kärntner Beteiligungsverwaltung, das ist genau das, wo wir dann keinen Zugang haben, wo die Kontrollrechte eingeschränkt sind und daher dann auch natürlich die Kontrolle der Oppositionsparteien nicht mehr möglich ist. Dieser Sachverhalt ist von uns auch schon im Jahre 2016/2017 zu diesen Rechnungsabschlüssen kritisiert worden. Man hat das wohl zur Kenntnis genommen, aber geschehen ist bis heute nichts. Daher wird von uns natürlich mit diesem Dringlichkeitsantrag aufgerufen und werden Sie alle ersucht, das auch umzusetzen und dem Antrag die Zustimmung zu erteilen, damit man einen weiteren Schritt in der Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes weiterkommt, *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!)* denn der Rechnungshof hat nicht umsonst diese Punkte aufgezeigt, weil dann haben wir Transparenz, dann haben wir eine vollständige Kontrolle gewährleistet, was im Sinne nicht nur der Oppositionsparteien, sondern im Sinne aller Abgeordneten des Kärntner Landtages dann umgesetzt wird. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt mir zur Begründung der Dringlichkeit keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher lasse ich über die Zuerkennung der Dringlichkeit zu diesem Antrag abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen! Wer diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der vollzählig anwesenden Abgeordneten der

Freiheitlichen und der zwei Abgeordneten des Teams Kärnten nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, daher wird die Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement erfolgen.

Wir kommen zur Behandlung des nächsten Dringlichkeitsantrages. Ich verweise noch einmal, die Begründung für Dringlichkeitsanträge und -anfragen darf maximal drei Minuten betragen. Wir haben neue Zeiten aufgrund der neuen Geschäftsordnung. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, diesen Antrag zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 107-5/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend sofortige Umsetzung des Digitalfunks in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung, insbesondere der zuständige Referent wird aufgefordert, im Sinne der Blaulichtorganisationen umgehend für eine zielorientierte Umsetzung des Digitalfunks in Kärnten zu sorgen und das Projekt nicht mehr weiter durch Diskussionen zu verschleppen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Staudacher. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Kärnten stand in den letzten Tagen im Zeichen von Unwetterkatastrophen. Die Blaulichtorganisationen sind wieder an ihre Grenzen gegangen. Es ist eine Schande, dass man nicht in der Lage ist, die Rahmenbedingungen so herzustellen, dass diese für die Blaulichtorganisationen, die 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag im Einsatz sind, adäquat sind! Das ist eine Schande für das Land Kärnten! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Herr Landesrat, kom-

Staudacher

men Sie endlich in die Gänge und bringen Sie das in eine zielorientierte Umsetzung!

Und jetzt zu dieser beschämenden Argumentation, dass der Bund da hängt: Von Seiten des Bundes sind die Hausaufgaben erledigt worden. Von Seiten des Bundes hat es eine Kostenaufstellung und eine Abschätzung der Kosten gegeben. Das liegt seit Jahren vor. Es hat Gespräche gegeben, es hat Erfahrungswerte gegeben. *(KO Seiser: Du kennst dich nicht aus!)* Vom Ministerium wurde sogar kommuniziert, dass das Land Kärnten diese Diskussionen verschleppt. *(KO Seiser: Du kennst dich nicht aus!)* Deswegen, Herr Landesrat, hören Sie auf, Ihre Briefe auszusenden! Hören Sie auf, mit Überschriften zu glänzen! Setzen Sie endlich die Infrastruktur um, die diese Helden brauchen, denn das sind wir ihnen schuldig! Ich erwarte mir hier von all jenen Abgeordneten, die bei den Feuerwehresten und bei den Blaulichtorganisationen immer blumige Reden halten, dass sie endlich der Dringlichkeit zustimmen und dass dieses wichtige Infrastrukturthema endlich in eine positive und zielorientierte Umsetzung kommt und das im Sinne einer Sicherstellung der Blaulichtorganisationen in Kärnten! Danke für die Aufmerksamkeit! *(KO Darmann: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Bürgermeister Herbert Gaggl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohe Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Hause und an den Internetgeräten! Meine Damen und Herren, reden wir nicht von Schande, reden wir nicht von gegenseitigen Schuldzuweisungen, *(3. Präs. Lobnig: Weil ihr selber nicht verantwortlich seid! Ist ja logisch!)* sondern reden wir darüber, wie wir diese Dinge umsetzen können! Wir haben gemeinsam in der letzten Legislaturperiode die Finanzierung beschlossen. Wir haben gemeinsam die Umsetzung beschlossen. Wenn wir schon zurückblicken, also bei aller

Fairness, dann geht es schon bis zum Haider und bis zum Dörfler zurück. *(Abg. Staudacher: Herbert, bitte!)* Also, wenn wir schon zurückblicken. Ich will da jetzt gar nicht zurückblicken, sondern in die Zukunft schauen. Damit wir da etwas weiterbringen, haben wir auch beim letzten Mal bei der Jahreshauptversammlung vom Roten Kreuz festgestellt, dass das dringender denn je notwendig ist. Wir haben auch gemeinsam mit dem zuständigen Referenten, mit dem Daniel Fellner, eben vereinbart, nachdem die Unterlagen vom Innenministerium noch nicht da sind, *(Abg. Staudacher: Sind ja da!)* die richtigen Unterlagen *(Abg. Staudacher: Sie sind ja da!)* nicht da sind, *(KO Seiser: Gebt sie her!)* die vom Bundesministerium geliefert werden müssen für die Prüfung des Landesrechnungshofes! Das sind die Unterlagen, meine Damen und Herren! *(KO Darmann: Ihr müsst entscheiden! – Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der FPÖ-Fraktion.)* - Wenn ihr vielleicht zuhört! *(Vorsitzender: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Regt euch bitte ein bisschen ab und schenkt dem Redner auch die entsprechende Aufmerksamkeit!)* - Danke! Wenn ihr vielleicht zuhört, wenn ihr die Unterlagen habt, dann gebt die Unterlagen dem Referenten! *(KO Seiser klatschend: Bravo!)* Der Referent kann dann sofort handeln und wir werden die Ersten sein, das garantiere ich dir! Wir werden die Ersten sein, wenn die Unterlagen da sind! Und wenn er das heute nicht macht, dann werden wir ihm auf die Finger klopfen! *(Abg. Trettenbrein: Ihr werdet die Ersten sei, die wieder umfallen!)* Aber wir haben jetzt festgestellt, und das möchte ich sagen, wir koordinieren einen Termin mit dem Innenministerium und laden euch ein, mit hinaus zu fahren, damit wir die Unterlagen draußen abholen, wenn sie von draußen schon nicht geschickt werden, meine Damen und Herren, damit wir dann prüfen können! Das ist konstruktive Arbeit für die Umsetzung des Digitalfunks, denke ich, weil die warten draußen nur, dass wir das tatsächlich in die Umsetzung bringen. Nicht nur darüber reden, meine Damen und Herren, das ist, glaube ich, ein entscheidender Faktor! Dafür stehen wir, dafür werden wir alle Kräfte einsetzen! *(Abg. Staudacher: Seit fünf Jahren redet ihr das Gleiche!)* Deswegen glaube ich, ist es dringlich, nach Wien zu fahren und nicht dringlich, dem Antrag zuzustimmen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

(Heiterkeit und Lärm unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion. – Abg. Scherwitzl: Mit einem berittenen Boten! – KO Seiser: Rittmeister Darmann!) Ich meine, ihr könnt euch jetzt da mit Worten über die Bänke unterhalten. Ich kann die Sitzung auch unterbrechen, bis wieder Ruhe einkehrt. Das ist so! Dann gebe ich dem nächsten Redner zur Begründung der Dringlichkeit das Wort, dem Abgeordneten Klaus Köchl. Du hast das Wort!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich muss mich da vollinhaltlich dem Bürgermeister Gaggl anschließen und euch zwei Sachen vorlesen: „Wie bereits im Schreiben des Kärntner Landesrechnungshofes vom 28. Juli 2017 angeführt, sind zur Prüfungsdurchführung von Projektträgern detaillierte und plausible Unterlagen zur Berechnung der Soll-Kosten und der Folgekosten zu erstellen und dem Rechnungshof in übersichtlicher und nachvollziehbarer Weise vorzulegen.“ „Der Rechnungshof betrachtet die am 02. Oktober übermittelten Unterlagen als Vorinformationen.“ Mehr hat er noch nicht. Mit diesen Unterlagen kann der Rechnungshof ganz einfach nichts anfangen. Das ist eine Tatsache! Ich glaube, das ist einfach zu wichtig, um da jetzt daraus Politik zu machen, wer etwas tut oder nicht tut. Ich bin auch beim Herbert Gaggl. 2011, als das im Kärntner Landtag passieren hätte sollen und als alle anderen Bundesländer das gemacht haben, haben wir nach einer Alternative gesucht mit dem Herrn Landeshauptmann Dörfler. Das haben wir dann eben nicht beschlossen. Das ist der Grund dafür, warum wir jetzt eigentlich an letzter Stelle sind und das noch nicht haben! *(Abg. Staudacher: Hör' auf, bitteschön!)* Es gibt ganz wichtige Dinge, die noch zu klären sind. Das fängt dabei an, dass man den Herrn Darmann bitten muss, beim Herrn Sickl vorzusprechen, dass er zum einen die Unterlagen bringt, und vor allem auch – *(Abg. Staudacher: Sickl? Kickl! Märchenonkel!)* Kickl, ja. Sickl war die Umweltministerin, da hast du auch wieder recht! *(Dies wird humorvoll vorgetragen. – Abg. Staudacher: Jetzt ist er peinlich auch noch!)* Das ist das Entscheidende! Da werden wir schauen, ob das so richtig kärntenfreundlich abgeht, weil da geht es doch um

einen Haufen Geld, da geht es um Wartungskosten. da geht es um Zuschüsse. Wir haben damals auf alle Fälle die Hausaufgaben in Kärnten gemacht. Wir haben die 22 Millionen Euro bereitgestellt, aber allerdings gegenüber anderen Landtagen natürlich mit Bedingungen. Und da das eine Großraumprüfung ist und der Rechnungshof das bei uns so verlangt, brauchen wir die Unterlagen, damit er das machen kann. Um das geht es! Da sind wir natürlich alle dafür, das ist überhaupt keine Frage. Nur, die Dringlichkeit geht so nicht! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zur Begründung der Dringlichkeit erledigt. Ich lasse nun über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der anwesenden Freiheitlichen Abgeordneten und des Teams Kärnten nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, daher weise ich diesen Antrag dem Ausschuss für Gemeinden, Feuerwehren und Katastrophenschutz zu.

Wir kommen nun zur eingebrachten Dringlichkeitsanfrage. Ich darf den Herrn Landtagsdirektor bitten, diese zu verlesen!

B) Dringlichkeitsanfrage:

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 54-5/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landesrätin Schaar betreffend Natura 2000 – Mitspracherecht der betroffenen Grundeigentümer mit folgendem Wortlaut:

Im Regierungsprogramm bekennen sich die Koalitionspartner von SPÖ und ÖVP zu einer nachhaltigen Umwelt- und Naturschutzpolitik und zur europaweiten Umsetzung des Natura 2000-Programmes. Kärntenweit wurden bereits in den letzten Jahren zahlreiche Flächen gegen den Willen der jeweiligen Eigentümer zur Un-

Mag. Weiß

terschutzstellung an die Europäische Union gemeldet. Erfolgreicher Natur- und Umweltschutz verlangt allerdings ein partnerschaftliches Miteinander aller Beteiligten.

Die Anfragesteller stellen daher gemäß § 24 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages nachstehende Fragen:

1. Räumen Sie den Grundeigentümern bei der beabsichtigten Meldung von Natura 2000-Gebieten ein Mitspracherecht ein?
2. Was tut die Landesregierung, um die betroffenen Grundeigentümer von Natura 2000-Gebieten zu unterstützen?
3. Haben betroffene Grundeigentümer Möglichkeiten, sich gegen eine beabsichtigte Ausweisung eines Natura 2000-Gebietes in Kärnten auszusprechen?
4. Werden Ausweisungen auch ohne Zustimmung der betroffenen Grundeigentümer vorgenommen werden? Wenn ja, warum?
5. Im Regierungsprogramm 2018 - 2023 wird festgehalten, dass künftige Schutzgebietsausweisungen so durchzuführen sind, dass sie die geringstmöglichen Eingriffe in den Wirtschaftsraum von Land- und Forstwirtinnen/Forstwirten, Unternehmerinnen/Unternehmern und den Tourismus darstellen. Was ist tatsächlich in Natura 2000-Gebieten möglich?
 - 5.1. Müssen die Grundeigentümer für etwaige Verschlechterungen an Fauna und Flora in Schutzgebieten haften?
 - 5.2. Darf dort Forstwirtschaft und Ackerbau betrieben werden?
 - 5.3. Wie sieht es mit den Einbauten, Wegerrichtungen und ähnlichen Maßnahmen aus?
6. Wie weit ist der aktuelle Umsetzungsstand Kärntens in Bezug auf die von der EU vorgegebene Ausweitung von Natura 2000-Schutzgebieten?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Staudacher gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und verweise darauf, dass die Redezeit drei Minuten beträgt.

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! In der Dringlichkeitsanfrage geht es prioritär um die Ausweisung von Natura 2000-Gebieten, eine sehr sensible Thematik, überhaupt für die Grundeigentümer. Die Linie der FPÖ Kärnten war immer ganz klar und ist nie verrückt und hat auch immer gehalten, nämlich jene, immer im konsensualen Weg mit den Grundeigentümern. Immer nur dann, wenn ganz klar geregelt war, wie die Entschädigungszahlungen ausfallen. Immer nur dann, wenn die Ausweisungen der angrenzenden Flächen mit den Grundeigentümern geregelt gewesen sind. Geschätzte Damen und Herren, das ist unser Zugang! Wir halten nichts von Enteignungen. Leider bin ich selbst Zeuge am Tisch der Regierung gewesen, wo diese Thematiken besprochen und abgestimmt worden sind. Da war es jene Partei, die sich immer als Retter der Bauern und als Beschützer der ländlichen Regionen ausgibt, die dann eigentlich die Grundeigentümer verraten und verkauft hat, weil sie nämlich entgegen dieser Kriterien, die für uns wichtig sind, das in eine Umsetzung gebracht hat. *(KO Darmann: Das kann ich bestätigen!)* Deswegen, geschätzte Damen und Herren, werte Referentin, bitte legen Sie darauf Wert, dass die Bauern und dass die Grundeigentümer nicht mehr eiskalten Enteignungen, der Willkür seitens irgendwelcher Referenten ausgesetzt sind und dass endlich klare Positionen, klare Regelungen und klare Rahmenbedingungen für die Kärntnerinnen und Kärntner im Bereich der Bauernschaft und vor allem auch im Bereich der Grundeigentümer festgeschrieben sind! Ich hoffe, die ÖVP wird sich in Zukunft in diesen Bereichen auf ihre Werte besinnen und endlich im Sinne der Bäuerinnen und Bauern hier vernunftbegabte Lösungen der Freiheitlichen unterstützen! Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor, daher lasse ich über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer dieser Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist

Ing. Rohr

einstimmig mit den Stimmen – Abgeordneter Köfer? (*Abg. Köfer: Ja!*) Ja, schon, auch dabei – einstimmig so mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten beschlossen.

Ich frage die Frau Landesrätin Schaar, ob es ihr aufgrund der doch relativ kurzen Vorbereitungszeit möglich ist, diese Dringlichkeitsanfrage zu beantworten? Sonst müssten wir theoretisch die Sitzung bis zur Erledigung und bis zur fachlichen Aufbereitung der Dringlichkeit unterbrechen und dann fortsetzen. Aber nachdem die Frau Landesrätin und ihr Team rasch gearbeitet haben, darf ich sie bitten, diese zu beantworten!

Landesrätin **Schaar** (SPÖ):

Dankeschön, Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Natura 2000, ein schönes geerbtes Thema! Da wird so ein bisschen ein Schreckgespenst erzeugt, was es am Ende vom Tag eigentlich gar nicht ist. Das ist so! Das ist mir auch so gegangen. Zuerst habe ich mir gedacht, boah, was heißt das? Die EU verordnet Flächen. Dann habe ich mich selber mit dem Thema beschäftigt und habe mir gedacht, hmm, da sind aber wirklich ganz viele falsche Informationen bei den Leuten draußen. Ich habe mir jetzt einmal Zahlen, Daten, Fakten selber herausgesucht, deswegen war es jetzt auch nicht das Problem, gleich einmal darauf zu antworten, weil es für mich permanent und aktuell ist. Wir haben Nachnominierungsbedarf. Wenn wir bis zum 31.12.2018 unsere Gebiete nicht einmelden, sind wir in einer Vertragsverletzung. Diese Nachnominierung betrifft 10 Lebensräume und 18 Tier- und Pflanzenarten. Es gibt in Kärnten 44 Gebiete. Wenn man weiß, dass Kärnten eine Fläche von circa 950.000 Hektar hat, dann haben diese insgesamt 44 Gebiete eine Fläche von circa 75.000 Hektar, also das sind 7,84 Prozent. Wir reden in Kärnten von 7,84 Prozent der Gesamtfläche, welche wir als Natura 2000-Schutzgebiete einreichen. Wir haben davon bereits 19 Gebiete eingereicht, also das war nicht ich, das war in der Vorgängerzeit. Das sind 6,08 Prozent. Es fehlen derzeit 1,76 Prozent, welche wir noch einreichen müssen oder anders gesprochen, circa 17.000 Hektar. Insgesamt betrifft das derzeit noch circa 1.200 Grundeigentümer, wobei der größte Bereich natürlich der Nationalpark Hohe Tauern ist, deswegen war mein erster

Weg in den Gesprächen auch dorthin. Was ich sicher nicht machen werde, weil ich selber einfach kein Freund davon bin, dass ich irgendwo drüberfahre, weil das mag ich nicht. Ich mag es auch nicht, wenn das mit mir getan wird. Deshalb wird es von uns einen Etappenplan geben, bei dem wir die Gebiete noch einmal befahren, mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern noch einmal das Gespräch suchen werden. Und was ich in den ersten Gesprächen jetzt schon herausgefunden habe, da sind ganz viele Falschinformationen in Umlauf! Da wird davon gesprochen, wenn es irgendein Gebiet betrifft, wo zum Beispiel Forstwirtschaft betrieben wird, diese nicht mehr betrieben werden darf. Das stimmt nicht! Da wird davon gesprochen, wenn dort drinnen ein Schutzgut ist und das zum Beispiel nach einer sechsjährigen Evaluierung nicht mehr dort drinnen ist, dass es zu Strafzahlungen kommt! Das stimmt nicht! Da wird vor etwas Angst gemacht, vor dem man keine Angst zu haben braucht! Wo es aber schon um Diskussionsbedarf geht, das ist im Nationalpark Hohe Tauern, weil es auch die Kernzone betrifft. Da haben wir uns bereits mit den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zusammengesetzt, nicht nur einmal, um auch zu schauen, was betrifft es dort oben und wo sind die Herausforderungen dort oben? Da geht es auch schon um Menschen, Bäuerinnen und Bauern, vor allem im Hochalmbereich, die ganz viele regionale Produkte, Bioprodukte für uns erzeugen. Ich habe auch schon mit den Kollegen von der ÖVP darüber gesprochen. Wir haben auch das beste Einvernehmen in dieser Geschichte. Wir werden da über niemanden drüberfahren, sondern da geht es darum, Gespräche zu führen, falsche Informationen aus dem Weg zu räumen. Und es geht auch darum, wenn es irgendwo nicht möglich ist beziehungsweise es zu so großen Einschränkungen kommt, dass derjenige oder diejenige davon nicht mehr leben kann, dass man da auch hergeht und sagt, man nimmt andere Gebiete, man schafft Ausgleichsflächen, wie auch immer. Das wird keiner von uns in Angriff nehmen, dass da irgendeiner enteignet wird oder sonst irgendetwas. (*Abg. Staudacher: Wir nehmen dich beim Wort!*) Das kannst du gerne machen!

Wir werden einen Etappenplan machen, weil wir sind auch in anderen Gebieten schon draufgekommen, dass die Menschen dort eher dasitzen

Schaar

und sagen, reicht jetzt endlich ein, was diskutieren wir denn so lange darüber! Es gibt Gebiete, wo es so der Fall ist und es gibt Gebiete, wo es anders der Fall ist. Das gilt es abzuklären, so schnell wie möglich, damit wir mit 31.12.2018 die restlichen circa 17.000 Hektar oder 1,76 Prozent der Landesfläche noch einreichen können! Ich hoffe, diese Frage beantwortet zu haben, ansonsten werde ich es eh noch mitgeteilt bekommen! Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Mir liegt in der Debatte eine Wortmeldung des Abgeordneten Ferdinand Hueter vor. Ich erteile ihm das Wort! Ich verweise auf die Redezeit von fünf Minuten!

Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

(Abg. Staudacher: Ferdi, du bist der Einzige, dem ich das zutraue!) Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Referentin, ich möchte zuerst einmal festhalten, deine Ansätze gefallen mir sehr gut! Das sollte man einmal lobend hervorheben, weil ich glaube, das ist der richtige Ansatz, dieser Etappenplan, mit den Grundbesitzern zu sprechen, nur dann unter Schutz zu stellen, wenn alle Beteiligten auch am Tisch waren und wissen, was auf sie zukommt und nach Lösungen zu schauen! Ich glaube, du hast das richtig erwähnt, mit den Grundbesitzern im Nationalpark Hohe Tauern kann man reden. Ich rede mit sehr vielen Grundbesitzern, und ich habe wenige kennengelernt, die kategorisch sagen, tue ich nicht, aus, Ende, fertig. Da gibt es vielleicht auch ein paar, aber mit den meisten, wenn man ihnen – und das ist das Entscheidende – mit offenem Visier gegenüber sitzt, kommt man zu einer Lösung. Oft ist die zweitbeste Lösung besser als gar keine. Ich glaube, in diese Richtung sollten wir weiterarbeiten. Diese Inhalte kann ich alle unterschreiben. Ich glaube, das habe ich da schon zehnmal oder viel öfter gesagt: Im Einklang mit den Grundbesitzern alles, gegen die Grundbesitzer mit Enteignung, da bin ich kategorisch dagegen! Weil Druck im ganzen Leben Gegendruck erzeugt. Wir sind in der Politik dazu da, um Lösungen zu finden und nicht, um drüberzufahren, zu enteignen oder sonst etwas,

weil man trifft sich im Leben mindestens zweimal, oft sogar einmal öfter. Hintennach ist es immer blöder, wenn ich meine, einen über den Tisch gezogen zu haben, egal, wie auch immer. Hintennach ist es immer schwieriger, dann mit dem auf Augenhöhe zu einer besseren Lösung zu kommen. Deswegen: Vertragsnaturschutz, die Interessen der Grundbesitzer, weil die haben auch eine Verantwortung wahrzunehmen, denen ein Gefühl der Hoffnung und des Verstehens zu geben, dann bin ich überzeugt, Frau Landesrätin, dann bringen wir das gemeinsam zusammen, auch im Nationalpark Hohe Tauern! Da bin ich wirklich überzeugt davon, das sind alles verantwortungsvolle Leute da oben, die wollen ein Gemeinsames, die wollen eine Weiterentwicklung!

Mein Satz war immer: Naturschutz muss auch einen Mehrwert für den haben, dem der Grund gehört, sonst ist das kein gescheiter Naturschutz! Mein erster Ansatz war immer der, zu sagen, stellen wir zuerst einmal das unter Schutz, was uns allen gehört, die Bundesforste. *(Einwand aus der FPÖ-Fraktion.)* Geht nicht, das weiß ich auch, aufgrund der Gesellschaftsform. Die waren sehr geschickt, die haben das ausgelagert – Gewinn-Maximierung. Dann bleiben halt leider großteils nur mehr die Privaten übrig. Da sind wir in der Politik gefordert, hier Lösungen zu finden. Ich kann nur sagen, ich gratuliere zu diesem Ansatz! Bitte, bleibe weiter so! Wir finden die Lösung! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. – KO Darmann meldet sich zur Geschäftsordnung.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Darmann! Das Mikro ist offen.

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Natürlich nimmt die freiheitliche Fraktion das Bemühen der zuständigen Landesrätin zur Kenntnis, hier aktuell und sehr rasch und emotional eine dringliche Anfrage zu beantworten. Fakt ist aber: Nach der Geschäftsordnung wäre es notwendig gewesen, hier auch in den Fragen konkret zu antworten und das ist nicht geschehen. Denn als einzige Antwort, die hier zu einer Fragestellung

Darmann

herauszuhören war, wurde die Frage 6 beantwortet: Wie weit ist der aktuelle Umsetzungsstand Kärntens in Bezug auf die von der EU vorgegebene Ausweitung von Natura 2000-Schutzgebieten? Das war sicherlich hineingepackt in die ganze Beantwortung. Aber wenn es hier ganz konkret um die Bedürfnisse der Grundeigentümer, der Forstwirte, der Bauern in Kärnten geht, die in der Vergangenheit mehrfach leidend und erleidend erdulden mussten, dass über sie drübergefahren wurde und wir sogar vom damaligen zuständigen Referenten Holub in der Landesregierung angelogen wurden, wenn ich höchstpersönlich als anwesendes Regierungsmitglied die Frage gestellt habe, wurde mit den Grundeigentümern Einvernehmen erzielt, und er hat gesagt, ja und kurz darauf habe ich das aber noch einmal geklärt mit den Grundeigentümern und natürlich war das Einvernehmen nicht hergestellt, dann ist hier eine Gefahr im Raum schwebend für jeden Grundeigentümer in Kärnten, dass das Land weiterhin dieses Prozedere fortschreibt und über unsere Grundeigentümer drüberfährt und diese auch enteignet wird! Deswegen haben wir nicht umsonst diese Fragestellungen gestellt wie beispielsweise in Frage 5: Müssen die Grundeigentümer für etwaige Verschlechterungen an Fauna und Flora in Schutzgebieten haften? Sie haben sehr oberflächlich jetzt gesagt, nein, das ist alles falsch, das stimmt alles nicht. Wichtig wäre für einen Grundeigentümer, eine rechtliche Substanz zu haben – das sage ich jetzt hier als Jurist – auf was er sich verlassen kann, was hier in einer Anfragebeantwortung auch festgemacht wird und dann zu sagen: Ja, er muss haften, weil das da und dort drinnen steht und das die internationalen Vorschriften sind, oder nein, weil wir diese und jene Rechtsvorschriften haben, die das verhindern werden. Das wollen die Grundeigentümer wissen in einer solchen Anfragebeantwortung. Genauso darf dort Forstwirtschaft und Ackerbau betrieben werden. Die Kollegen von der ÖVP, auch wenn sie bei allen diesen Enteignungen zugestimmt haben – (*Vorsitzender: Herr Kollege Darmann! Diese Wortmeldung geht weit über eine Geschäftsordnung hinaus! Das wäre ein klassischer Debattenbeitrag zu dem Thema gewesen!*) Das ist aber keine Beantwortung einer dringlichen Anfrage gewesen und ich versuche das aufzuzeigen, Herr Präsident! (*Vorsitzender: Ja, aber ich denke, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat die Frau Landesrätin*

versucht, diese Fragestellung grundsätzlich zu beantworten. Die von Ihnen aufgeworfenen Fragen werden, wenn von Ihrer Seite die Bereitschaft besteht, mit den Grundeigentümern direkt ins Gespräch zu kommen, ja auch dort entsprechend erörtert werden. Bitte, das zur Kenntnis zu nehmen!) Zur Geschäftsordnung darf ich bitte doch noch ausführlich reden! (*Vorsitzender: Ich würde dann aber bitten, diese Geschäftsordnungswortmeldung zu fokussieren auf einen Beitrag, der wirklich die Geschäftsordnung beinhaltet und nicht eine inhaltliche Debatte als Geschäftsordnungswortmeldung zu führen!*) Herr Präsident, bei allem gebührendem Respekt, das mache ich natürlich sehr gerne! (*Vorsitzender: Herr Klubobmann, es steht Ihnen nicht zu, den Präsidenten zu kritisieren! Es wäre Ihnen ohne Weiteres möglich gewesen, eine Wortmeldung hier auch abzugeben und ganz normal als Debattenbeitrag das vom Rednerpult aus entsprechend zu behandeln!*) Herr Präsident, noch einmal, ich nehme das natürlich von Seiten des Präsidenschaftssitzes zur Kenntnis! Ich wundere mich aber doch als Klubobmann im Kärntner Landtag, dass der Präsident des Kärntner Landtages lieber zum Verteidiger eines Regierungsmitgliedes wird, anstatt eine korrekte Beantwortung nach eingebrachter Dringlichkeitsanfrage vom Regierungsmitglied im Sinne des Landtages einzufordern! Das hätte ich mir von Ihnen als oberster Repräsentant des Landtages gewünscht! Aber ich darf trotzdem in der Möglichkeit, die mir gegeben ist in einer Geschäftsordnungsmeldung, es so auf den Punkt bringen, dass es wirklich notwendig wäre, wenn hier schon neue Spielregeln gegeben sind, lassen wir es uns einmal so formulieren und da nunmehr auch Regierungsmitglieder hier hineinwachsen, dass es doch hier so sein sollte, wie auch überall sonst es Gepflogenheit ist, auf entsprechend ausformulierte Fragestellungen auch konkrete Antworten zu geben, um damit arbeiten zu können! Ich habe es vorhin schon gesagt, Frau Landesrat, es wird von uns zur Kenntnis genommen, es ist versucht worden, in der Kürze der Zeit das sehr oberflächlich zu machen. Aber mit dieser Antwort kann natürlich nicht gearbeitet werden und wir können uns auch nicht zufrieden geben, weil diese Fragen bei Gott nicht beantwortet sind! Danke! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist diese Dringlichkeitsanfrage erledigt. Aber ich denke, und das darf ich schon anmerken, dass es auf informellem Weg, Herr Klubobmann Darmann, durchaus möglich ist, sich die entsprechenden Informationen im direkten Kontakt mit der Landesrätin zu holen. (*Zwischenruf von KO Darmann.*) Das ist auch eine Frage des Willens der Zusammenarbeit. Vielleicht kann man auch auf diesem Wege das, was heute im Detail nicht beantwortet wurde, noch entsprechend nachholen!

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. (*KO Darmann meldet sich zur Geschäftsordnung.*) - Bitte!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke vielmals für den Hinweis! Aber ich habe mich, und auch der Freiheitliche Landtagsklub, alleine innerhalb unserer uns selbst gegebenen Spielregeln bewegt. Das heißt, wenn ich jetzt darauf verwiesen werde, mit dem Freiheitlichen Landtagsklub den informellen Weg zu einem Regierungsmitglied zu suchen, ist es das Eine. Was wir als Recht einfordern, wird wohl auch noch recht und billig sein, das auch entsprechend als Antwort erstattet zu bekommen. Das ist dann keine Beliebigkeit, ein informeller Weg, sondern die Pflicht und die Verpflichtung laut der Verfassung und der Geschäftsordnung eines Regierungsmitgliedes, innerhalb unserer Spielregeln im Kärntner Landtag auch korrekt zu antworten! Nichts anderes und nicht mehr haben wir verlangt! Danke! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Um der Wahrheit des Tages die Ehre zu erweisen, ist auf die Frage an den Freiheitlichen Klubobmann in der heutigen Präsidiale geantwortet worden, es gibt zwei Dringlichkeitsanträge, eine Dringlichkeitsanfrage wurde nicht angekündigt. (*KO Darmann: Überlegen wir uns! Ich brauche das nicht anzukündigen!*) Sie hat stattgefunden. Wenn man es entsprechend geschäftsordnungskonform das nächste Mal abwickeln will und auch die entsprechenden detaillierten Antworten haben will, dann werden wir

auch in Zukunft natürlich die Regeln so halten, dass wir die Sitzung unterbrechen, bis die Antwort da ist. (*KO Darmann: Das ist entgegen das Recht des Kärntner Landtages!*) Dann gibt es vier Stunden Möglichkeit auch für das Regierungsmitglied, sich die entsprechenden Grundlagen einzuholen. Das können wir natürlich auch machen. Dann unterbrechen wir die Sitzung (*KO Darmann: Unglaublich! Nicht zu fassen! Nicht zu glauben!*) eben für die Dauer von vier Stunden und in weiterer Folge wird sie dann wieder fortgesetzt. (*KO Darmann: Nicht zu fassen! – KO Malle meldet sich zur Geschäftsordnung.*) - Bitte, zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Klubobmann Markus Malle!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Herr Präsident! Darf ich nur vorschlagen, dass wir solche Themen vielleicht im Zuge einer Präsidiale besprechen und nicht mit allen 36 Abgeordneten hier im Saale! (*3. Präs. Lobnig: Das betrifft alle! Das ist kein Geheimnis!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich werde diesen Vorschlag selbstverständlich aufgreifen, dort wo es noch Nachjustierungsbedarf gibt beziehungsweise Auslegungs- und Verständnisfragen zur Geschäftsordnung, dass man das dort auch entsprechend bespricht. Wir haben das heute in Bezug auf die Beantwortung der letzten Dringlichkeitsanfrage getan und diesbezüglich einen entsprechenden Konsens erzielt. Ich werde das auch in Zukunft so handhaben. Ich denke, dass wir das Thema jetzt einmal erledigt haben.

Wir kommen zum Einlauf über den weiteren Eingang in der heutigen Sitzung.

C) Anträge von Abgeordneten:

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

1. Ldtgs.Zl. 35-5/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Beteiligungen/Lan-

Mag. Weiß

desfuhrpark: Umsetzung Rechnungshof-Empfehlungen

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

2. Ldtgs.Zl. 177-14/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Haushaltsreform/Finanzschulden

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

3. Ldtgs.Zl. 75-10/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Kontrollrechte Opposition: Kontrollorgane in Landesgesellschaften

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

4. Ldtgs.Zl. 14-11/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Rechte des Kärntner Landtages: Künftiger Verkauf von Landesvermögen

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

5. Ldtgs.Zl. 35-6/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Beteiligungen/Leitungsfunktionen/Verträge: Umsetzung Rechnungshof-Empfehlungen

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

6. Ldtgs.Zl. 75-11/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Landesgesellschaften: Reduzierung Vorstandsfunktionen

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

D) Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 64-2/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner betreffend Einhaltung des Bundesgesetzes über die Transparenz von Medienkooperationen sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums (Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz, MedKFTG)

2. Ldtgs.Zl. 75-12/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut betreffend DMC SHOP Holding GmbH/DMC SHOP GmbH

3. Ldtgs.Zl. 51-2/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landesrätin Schaar betreffend HCB-verseuchtes Heu

4. Ldtgs.Zl. 75-13/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landesrat Zafoschnig betreffend Kärntner Beteiligungsverwaltung

5. Ldtgs.Zl. 36-6/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrat Zafoschnig betreffend „Löwen.Ticket“

Mag. Weiß

- 6. Ldtgs.Zl. 124-11/32:**
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Jantschi an Landesrat Zafoschnig betreffend Kärntner Reitwegenetz
- 7. Ldtgs.Zl. 35-7/32:**
Schriftliche Anfrage des KO Darmann an Landeshauptmann Kaiser betreffend Aufblähung der Landesverwaltung
- 8. Ldtgs.Zl. 210-2/32:**
Schriftliche Anfrage des KO Darmann an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner betreffend Probleme bei der Totenbeschau in Kärnten
- 9. Ldtgs.Zl. 75-14/32:**
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Jantschi an Landesrat Zafoschnig betreffend Kärntner Beteiligungsverwaltung (KBV)
- 10. Ldtgs.Zl. 75-15/32:**
Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubnig-Kandut betreffend Kärntner Beteiligungsverwaltung/Nachtragsverteilungsmasse (KBV) als Gesamtrechtsnachfolgerin der Kärntner Landesholding (KLH): Aufklärung im Zusammenhang mit den Untreue-Vorwürfen gegen Vorstände

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir auch den Einlauf erledigt. Ich darf, bevor ich die Sitzung schließe, noch zwei Ankündigungen beziehungsweise Termine bekanntgeben: Am 18. Juni, um 10.00 Uhr, gibt es für alle Abgeordneten, aber besonders für die neuen Abgeordneten hier im Hohen Hause eine Einführung hier im Sitzungssaal des Landtages zur Themenstellung Elektronische Landtagsverwaltung und auch Handy-Signatur. Es wird im Zuge dieser Veranstaltung auch möglich sein, die entsprechenden Signaturen dann auch schon abzugeben. Für die Budgetsitzung, die am Donnerstag, den 21. Juni, um 09.00 Uhr, vorgesehen ist und für Freitag, den 22. Juni, jedenfalls auch noch freigehalten werden sollte, möchte ich mitteilen, dass wir aufgrund der Änderungen auch in der personellen Zusammensetzung bei den Klubs und aufgrund der Veränderungen bei den Landtagsparteien auch im Zuge der „Plattform Politische Bildung“ entsprechende Interviews brauchen. Die CHS Villach hat sich wieder bereiterklärt, diese Interviews entsprechend durchzuführen. Es werden am 21. Juni, ab 09.30 Uhr, die Klubobleute und die Präsidenten dann auch entsprechend vor die Kamera geholt werden. Die Fragestellungen werden den betreffenden Gesprächspartnern noch zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden. Die Klubobleute und die drei Landtagspräsidenten werden da entsprechende filmlich festgehaltene Kommentare abzugeben haben. Nur, dass das auch schon heute bekannt ist. Damit ist alles gesagt, was heute zu sagen war. Nach bei mir eingelangten Wortmeldungen, in Summe 20, darf ich mich beim Protokoll und den Schriftführerinnen sehr herzlich bedanken! Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche ein gutes Nachhausekommen beziehungsweise eine gute Verrichtung der weiteren Erledigungen des Tages! Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 12.45 Uhr